Nr. 279. Donnerstag, den 28. November 1889. 6. Jahrg.

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

**Das „Berliner Volksblatt"**
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)
**Für das Ausland:** Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

**Insertionsgebühr**
beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
**Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.**

**Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.**

## Die russischen Rüstungen.

Die Träume der Panslavisten und jener kosakischen Abenteurer in Generalsuniform, welche den „verfaulten" Westen Europas als eine gute Beute betrachten, die das heilige Rußland gelegenen Tags nur wegzuschnappen braucht, werden wohl nicht so bald in Erfüllung gehen. Auch in Rußland wachsen die Bäume der Abenteurer nicht in den Himmel und man wird sich denn doch auch dort besinnen, einen Weltbrand zu entzünden, nur damit einige kecke Gesellen zu Ruhm und Beute kommen. Neuerdings wird sogar von Russen vor ihren eigenen Rüstungen bange und das will etwas heißen. Man braucht gewiß nicht Alles zu glauben, was die offizielle russische Presse sagt, denn in Rußland wird amtlich und nicht amtlich gelogen. Wenn aber ein Blatt wie der Petersburger „Graschdanin", das zu den leitenden Kreisen Rußlands in engen Beziehungen steht, die hohen Rüstungsausgaben als ein Unheil bezeichnet, so will das etwas heißen und verdient Beachtung. In den leitenden Kreisen Rußlands ist man nicht gewohnt, auf die finanzielle Wohlfahrt des Reiches solche Rücksichten zu nehmen, denn wenn die Regierung Alles an sich nimmt, so sieht man das als ein Walten der Vorsehung an. Zwar könnte man glauben, die Wehklagen des russischen Blattes über die Heeresausgaben seien nur eine Maske, um die Feinde Rußlands in Sicherheit einzulullen. Dagegen läßt sich allerdings einwenden, daß Rußland wohl keine Regierung für so naiv halten wird, als könnte sie ihre Politik nach den Aeußerungen russischer Blätter einrichten.

Der „Graschdanin" sagt mit dürren Worten, die russischen Rüstungen seien nun so angewachsen, daß der Staatsschatz zu Grunde gerichtet werde und daß die Möglichkeit eines Krieges mehr und mehr in die Ferne gerückt sei. — Das mag wahr sein und in diesem Bekenntniß einer schönen Seele liegt noch mehr, nämlich das Eingeständniß, daß auch die russischen Rüstungen nur eine Art Spekulation, eine Art industriellen Unternehmens sind. Die Spekulanten und Unternehmer, die Diplomaten und militärischen Abenteurer, betrachteten die Sache offenbar so, daß das in den Rüstungen angelegte Kapital sich reichlich verzinsen werde durch Eroberungen und Kontributionen, wie sie ein glücklicher Krieg mit sich bringt. Sie haben viel Geld in das Geschäft gesteckt, die Herren, und zwar anderer Leute Geld. Aber sie sind immer noch nicht so weit, daß sie ihren Konkurrenten überlegen sind. Das Geschäft war zu groß angelegt und nun geht auf einmal das Betriebskapital aus. Kredit ist auch nicht mehr viel vorhanden — in der That, die Herren müssen mit der Steigerung der Rüstungen nachlassen oder der Staatsschatz löst sich in Rauch auf und der Staatsbankerott kommt.

Es ist eine über alles Erwarten erfreuliche Thatsache, daß zuerst in jenem Reiche, dessen unermeßliche Rüstungen eine stete Bedrohung des europäischen Friedens bilden, die Leere des Staatssäckels den Einhalt erzwingt. Darf man hoffen, daß diese Erscheinung den Beginn einer neuen, friedlichen Aera bildet? Das wagen wir nicht ohne Weiteres, denn die Rüstungen, die man in Jahrzehnten emporgetrieben hat, können nicht mit einem Mal wieder hinweggefegt werden. Aber es liegt doch ein gewisser Trost darin, daß überhaupt einmal eine Grenze für die Steigerung der Rüstungen erscheint, eine Grenze, die vom Horizont des unter seiner Waffenrüstung stöhnenden Europa verschwunden zu sein schien.

Sollte es einer weisen und gemeinsamen Staatenpolitik im Westen nicht möglich sein, darauf Rücksicht zu nehmen, daß ein Weg der Erleichterung der Waffenrüstung auch beschritten werden kann, ohne daß man bis zur Erschöpfung der öffentlichen Mittel gelangt ist? Oder wird man die Konkurrenz auch so lange fortsetzen, bis man vor einer gähnenden Oede im Staatsschatz zurückschreckt?

Das erwähnte Petersburger Blatt ist übrigens auch mit einem guten Rath für den Lenker des russischen Reiches bei der Hand. Es meint, man solle von den Millionen, die man für die Armee verwendet, Einiges streichen und solle alljährlich eine größere Summe für „diplomatische Bedürfnisse" verwenden, denn mit Geld lasse sich Alles erreichen. Das vortreffliche Blatt meint also, man solle vorläufig die Beunruhigung Europas durch Intriguen auf der Balkanhalbinsel, durch Wühlereien in den Nachbarstaaten, durch Alarmartikel in der auswärtigen bestochenen Presse u. s. w. fortsetzen, bis eine bessere Gelegenheit gekommen sei, auf Eroberungen auszugehen. Eine löbliche Gesinnung das!

Der russische Koloß hat damit wieder einmal seine bekannten thönernen Füße gezeigt. Man sieht, daß die Furcht vor den Schrecken eines großen Krieges, die man bei der heutigen Bewaffnung noch gar nicht einmal ermessen kann, vor dem Schaden und der Verwüstung, die er anrichten muß, auch in diejenigen russischen Kreise eingedrungen ist, die sonst am leichtfertigsten mit der Eventualität kriegerischer Verwickelungen zu spielen pflegten.

Europa wird so ziemlich Ruhe vor Rußland haben, wenn es keine russischen Anleihen mehr zu Stande kommen läßt; dann fallen die russischen Rüstungen zum großen Theil in sich selbst zusammen, weil der erschöpfte Staatsschatz nicht die Mittel hat, sie aufrecht zu erhalten. Diese letztere wichtige Thatsache erhellt aus dem genannten russischen Blatte; die allzu hoch gesteigerten Rüstungen führen zum Staatsbankerott.

Ob man in Rußland nun so klug sein wird, mit der Steigerung inne zu halten und sich mit den diplomatischen Wühlereien zu begnügen, oder ob man so unbesonnen sein wird, mit irgend einem verzweifelten Streich sich aus der furchtbaren Finanzklemme zu befreien, das muß die Zeit lehren. Wir sind froh, einmal eine Grenze des Militarismus, wenn auch nur von ferne, erblickt zu haben.

## Politische Uebersicht.

**Die Vorgänge in Brasilien** beschäftigen mehr und mehr unsere offiziöse Presse — und bei der unleugbaren Wichtigkeit und Tragweite dieser Ereignisse halten wir das auch für durchaus berechtigt. Nur sollte man sich damit begnügen, die Wahrheit über die Vorgeschichte und den Verlauf der brasilianischen Revolution zu ermitteln, und die Wirkungen und Folgen in Erwägung zu ziehen. Dies geschieht jedoch nur in sehr unzulänglicher Weise, und statt dessen wird viel von Schritten geredet, zu denen „die europäischen Großmächte" sich veranlaßt sähen, oder sehen könnten. Daß die europäischen Monarchien durch den Sturz des Kaiserreichs und Proklamirung der Republik in Brasilien mittelbar berührt sind und daß sie vielleicht Grund zu Vorsichts- und Schutzmaßregeln haben, das läßt sich wohl kaum in Abrede stellen. Wenn man aber in offiziösen Blättern von europäischen Flottendemonstrationen an der brasilianischen Küste, insbesondere vor Rio Janeiro, der Landeshauptstadt, liest, so zeugen solche Auslassungen von einer völligen Verkennung der Situation und der internationalen Rechts- und Machtverhältnisse. Es darf nicht vergessen werden, daß Brasilien in Amerika liegt, und daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika seit längerer Zeit die sogenannte Monroe-Doktrin, d. h. den Satz: Amerika für die Amerikaner, in ihr Programm aufgenommen haben. Vor 27 oder 28 Jahren, als Napoleon der Kleine seine berüchtigte Expedition nach Mexiko organisirte und den republikanischen Mexikanern ein Kaiserreich aufzwingen wollte, mußten die Vereinigten Staaten sich zunächst mit einem Proteste begnügen, weil der furchtbare Bürgerkrieg all' ihre Kräfte in Anspruch nahm. Unter der Hand jedoch unterstützten sie die bedrohte Nachbar-Republik, und wäre das Kaiserreich Mexiko nicht schon vorher zusammengebrochen, so würde sofort nach Niederwerfung der Sklavenhalter-Rebellion die ganze Riesenmacht der Vereinigten Staaten zur Vernichtung des importirten Kaiserthums benutzt worden sein.

Seitdem hat aber die Macht der Vereinigten Staaten sich verzehnfacht; und — sind auch die Amerikaner entschlossen, die Politik der Nichteinmischung in europäische Dinge vorläufig beizubehalten, so sind sie doch auf der anderen Seite ebenso fest entschlossen, keiner europäischen Macht die geringste Einmischung in amerikanische Dinge, und den leisesten Eingriff in die amerikanische Machtsphäre zu gestatten.

## Feuilleton.

[40

Nachdruck verboten.]

### Germinal.

**Sozialer Roman von Emile Zola.**

**Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Ziegler.**

Schon mochte er zwanzig Leitern zurückgelegt haben und immer noch sank das Licht unter ihm tiefer hinab. Er begann zu zählen: einundzwanzig, zweiundzwanzig, dreiundzwanzig, und immer weiter ging's bergab. Eine feurige Lohe umglühte seinen Kopf; ihm war's, als stiegen sie in einen brennenden Schlot. Plötzlich verschwand Jeanlin's Licht in einem Seitenstollen. Stephan hatte dreißig Fahrten gezählt, sie mußten zweihundertzehn Meter tief sein.

„Was wird er jetzt machen? Wahrscheinlich verkriecht er sich in die Pferdeställe."

Aber die Gallerie, welche links zu den Ställen führte, war verschüttet; Jeanlin bog rechts in einen Gang. Fledermäuse flohen erschreckt auf und hängten sich an die Decke des Gewölbes. Stephan mußte sich beeilen, um den Burschen nicht zu verlieren; aber während Jener leicht durch die engen Wege schlüpfte, konnte er selbst nur mühsam vorwärts dringen, denn unter der Last des Berges hatten sich die verlassenen Strecken zusammengedrückt, engten sich täglich mehr, bis der nachdrängende Fels sie ganz verschütten wird. Die Stützen bogen und barsten, rissen ihm die Haut mit ihren scharfen Brüchen und drohten, ihn aufzuspießen.

Er kroch jetzt auf den Knieen dahin; eine Schaar aufgestörter Ratten lief ihm über die Hände, über Nacken und Rücken.

„Werden wir denn endlich da sein!" sagte er halblaut.

Sie waren angelangt. Nachdem sie wohl einen Kilometer zurückgelegt, weitete sich plötzlich die Gallerie, und ein prächtig erhaltener Stollen that sich vor ihnen auf. Jeanlin stellte sein Licht zwischen zwei Steine und legte sich mit zufriedener Behaglichkeit, wie Jemand, der endlich zu Hause ist, auf einem Heulager nieder. Ein Tisch, aus alten Brettern geformt, stand vor ihm; darauf lagen Lichte, Brot, Flaschen Wachholder, allerhand zusammengeraubtes Diebsgut; selbst hier unverwerthbare Gegenstände: Seife, Wichse, die nur aus Lust am Raube gestohlen worden, befanden sich darunter. Und zwischen all' diesen Sachen saß Jeanlin und weidete sein Auge an den heimlichen Schätzen.

„Sag' mal, Du gewissenloser Patron," rief Stephan, „Du thust Dir hier gütlich, während wir oben verhungern?"

Jeanlin zitterte furchterstarrt; aber als er den Pensionär seiner Eltern erkannte, beruhigte er sich schnell und fragte:

„Willst Du mit mir essen? Was meinst Du zu einem Stück gerösteten Stockfisch?"

Er hielt den Fisch noch in der Hand und schabte nun mit einem neuen Messer den Fliegenschmutz davon ab. Es war eines jener kleinen Dolchmesser, mit knöchernem Griff, auf dem Sprüche oder Widmungen stehen. Stephan las die Worte „Aus Liebe."

„Du hast ein hübsches Messer!" antwortete er endlich.

„Ein Geschenk von Lydia," erwiderte Jeanlin, vergaß aber hinzuzusetzen, daß sie es auf sein Geheiß einem Krämer von Montsou vor dem Wirthshause „Zum abgeschnittenen Kopf" gestohlen hatte. Er fuhr fort, seinen Fisch zu reinigen, dann sagte er:

„Nicht wahr, es ist hübsch bei mir? Etwas wärmer als oben."

Stephan, begierig, den Knaben auszufragen, hatte sich gesetzt. Sein Zorn war verflogen und er empfand ein gewisses neugieriges Interesse für den verschmitzten Gesellen, der so klug für sich zu sorgen wußte. Es war wirklich behaglich in seinem Schlupfwinkel: Eine gleichmäßige angenehme Wärme durchwehte den Raum; die alten Stollen hatten im Laufe der Jahre ihre Gase verloren, und dem modernden Holze entströmte ein ätherischer Parfüm, der mit einem Atom Gewürznelke zersetzt schien. Das Holz selbst wdr von blaßgelber Marmorfarbe, und flockiger Schimmel behing es, gleich von Seide und Perlen durchwebten weißen Spitzen; dann wieder wucherten Pilze darauf, und Motten, Nachtschmetterlinge und Schneespinnen schwirrten und krochen dazwischen, ein seltsam farbloses Volk unterirdischen Gethiers, das nie die Sonne gesehen.

„Aber fürchtest Du Dich hier nicht?" fragte Stephan.

Jeanlin blickte ihn erstaunt an:

„Fürchten? Vor wem denn, ich bin ja ganz allein?"

Bald war der Fisch gesäubert. Der Junge machte ein Holzfeuer, stellte einen Rost mit dem Fisch daneben, und theilte ein Brod in zwei Hälften. Es war ein entsetzlich gesalzenes Mahl, aber von trefflichem Geschmack für einen starken Magen.

Stephan hatte die Portion, welche ihm der Knabe anbot, genommen und sagte:

Jetzt wundert es mich nicht mehr, daß Du fett wirst, während wir wie die Gerippe ausschauen . . . Aber weißt Du, daß es gemein ist, sich hier zu mästen, ohne an die Andern zu denken?!"

„Warum sind die Andern so dumm?"

„Uebrigens hast Du Recht, Dich zu verstecken, denn wenn der Vater von Deinen Räubereien wüßte, würde er Dir übel mitspielen."

„Und was thue ich Böses? Bestehlen uns die Bürger nicht auch? Du hörst ja nicht auf, es uns zu predigen! . . . Dies Brot, welches ich dem Maigrat fortgenommen habe, ist doch sicher ein Brot, das von Rechtswegen uns gehört?"

Stephan schwieg verlegen. Er betrachtete die herabgekommene Gestalt, die großen Ohren, den spitzen Mund, die grün schillernden Augen dieses Geschöpfes, des wild

Die — schwer begreifliche — Ignorirung dieser Thatsachen hat erst jüngst zu der empfindlichen Niederlage der deutschen Politik auf den Samoa-Inseln geführt und eine europäische Flottendemonstration, gegen die Brasilische Republik, wie sie von unserer Reptilienpresse angekündigt wird, würde für die betheiligten Mächte nur Unannehmlichkeiten zur Folge haben, — zumal in dieser Angelegenheit England und Frankreich voraussichtlich auf Seiten der „Vereinigten Staaten" stehen würden, keinenfalls auf Seiten der demonstrirenden Mächte.

Das wissen die betheiligten Kreise auch ohne Zweifel; es ist also mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sie sich vor einem Abenteuer hüten werden, das wohl schwere Blamagen und Niederlagen, nimmermehr aber Ehre und Vortheile bringen kann. —

**Drohungen gegen die Nationalliberalen.** Dem „Hamburger Korresp." wird geschrieben, daß der Ausweisungsparagraph im Sozialistengesetz für die verbündeten Regierungen wirklich unantastbar ist. „Die nationalliberale Partei steht hier vor einer starken politischen Verantwortlichkeit und ist um so mehr darauf hingewiesen, eine Verständigung herbei zu führen, als eben das bisher ausgesprochene non possumus nicht auf grundsätzlicher Gegnerschaft beruht." In Regierungskreisen nehme man an, daß in dem Entwurf schon weitgehende Rücksichten auf die Stellung der nationalliberalen Partei genommen seien. Die nationalliberale Partei möge sich daher bei der zweiten Lesung in der Kommission zu dem Ausweisungsparagraphen bekehren.

**Ein Kompromiß** über das Sozialistengesetz mit den Nationalliberalen ist nach dem „Reichsboten" auf der Grundlage zu erwarten, daß dem Gesetze eine Dauer bis zum Ende des Jahrhunderts und dem Paragraphen mit der Ausweisungsbefugniß eine zwei- bis dreijährige verliehen wird.

**Wie wenig das Schreiben der Grubenverwaltungen des Essener Kohlenreviers** an das Bergarbeiterkomitee geeignet ist, das Vertrauen der Arbeiter zu der Versöhnlichkeit der Grubenbesitzer wieder herzustellen, geht aus folgenden Mittheilungen des in Essen erscheinenden „Allg. Beob." hervor:

Am Sonnabend Vormittag, sofort als das Schreiben der Herren Grubenvertreter bekannt wurde, begaben sich mehrere langjährige, aber vor einiger Zeit entlassene Deputirte von Belegschaften des Kölner Bergwerksvereins zu Altenessen zu den betr. Betriebsführern und meldeten sich dort unter Hinweis auf das Schreiben der Grubenvertreter zur Arbeit an. Und welche Antwort wurde ihnen zu Theil? Es wurde ihnen einfach bedeutet: „Wir haben Arbeiter genug, wir können Euch nicht gebrauchen!!" Eine Versammlung am Sonntag Vormittag in Borbeck, über welche Berichte in der Montag Ausgabe erfolgen werden, beschäftigten sich eingehend mit dem Schreiben der Grubenvertreter, sowie mit dem Vorgehen der betreffenden Grubenverwaltungen in Altenessen, und einstimmig war man der Ansicht, daß unter den gegebenen Verhältnissen von einer Aufhebung der Sperre keine Rede sein kann. Die Borbecker Versammlung gab ihrer Meinung durch die einstimmige Annahme folgender Resolution Ausdruck: „Die heute im Lokale des Herrn Hausmann zu Borbeck von mehreren hundert Bergleuten besuchte Versammlung erklärt die Behauptung der Grubenvertreter, als seien keine Arbeiter infolge des Streiks gekündigt worden, für unrichtig; ferner muß dieselbe die Erklärung der Grubenvertreter, die Arbeiter, welche während und nach dem Ausstand entlassen worden sind, wieder in Arbeit zu nehmen, als nicht ernsthaft gegeben betrachten, nachdem heute bereits durch mehrere Redner nachgewiesen wurde, daß sie, trotzdem sie lange Jahre auf der betreffenden Zeche gearbeitet, bei ihrer gestrigen Nachfrage abgewiesen worden sind. Die Versammlung hält dieses Vorgehen für durchaus verwerflich und nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu den Grubenbesitzern zu kräftigen und den sehnlichst erwünschten Frieden herbeizuführen."

**Die sächsischen Kartellbrüder** haben die Allianz der Antisemiten abgelehnt — so berichten die Zeitungen. Die Nachricht ist richtig und falsch. Richtig, weil in der That den Judenhetzern ein Körbchen verabreicht wurde — falsch, weil der weitaus größere Theil der sächsischen Kartellbrüder antisemitisch angehaucht ist und die Antisemiten mit Freuden in's Kartell aufnehmen würde, sobald — von Berlin die Erlaubniß gekommen ist. Das ist der Punkt, um den es sich handelt. Und die Erlaubniß wird gelegentlich kommen, denn das sächsische Kartell kann ohne die Antisemiten gar nicht bestehen. Auch dann nicht, wenn die „Kammerfortschrittler", was diese sehnlichst wünschen, formell in das Kartell aufgenommen sind.

**Das „Sächsische Wochenblatt"** ist von der königlichen Kreishauptmannschaft verboten worden. Das Erscheinen dieses Arbeiterblattes war schon vor ungefähr drei Jahren einmal sozialistengesetzlich inhibirt worden. Die Reichskommission hob damals das Verbot auf. Hoffentlich geschieht das jetzt wieder.

**Aus Halle a. S.** wird uns gemeldet: Das am 24. November 1889 auf der Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei zu Halle a. S. gewählte Zentral-Wahl-Agitations-Komitee für die Provinz Sachsen, die thüringischen Staaten und Anhalt hat sich konstituirt und besteht aus den Herren: Adolph Hoffmann, Vergolder, Gr. Klausstr. 35, Vorsitzender; Adolph Albrecht, Schneider, Gr. Brauhausgasse 16 I, Kassirer; Wilhelm Sengpiel, Schneider, Gr. Sandberg 6, Schriftführer; August Groß, Korkschneider, Ober-Glaucha 36 und Wilhelm Biehl, Schuhmacher, Wörmlitzerstraße Nr. 35, Ersatzmänner. Sämmtliche zu Halle a. S. wohnhaft.

**Elberfeld,** 26. November. Die heutige Verhandlung im hiesigen Sozialistenprozeß überbot an sensationellem Interesse noch ihre Vorgä gerinnen. Zeigte der Verhandlungssaal bisher das Bild eines sozialdemokratischen Kongresses, der unter dem Vorsitze eines Gerichtshofes stattfindet, so gewann heute der Verhandlungssaal das Bild einer Volksversammlung, die von zahlreichen uniformirten Polizeibeamten überwacht wurde. Es war die Schaar der Zeugen, die neben den Angeklagten von allen Richtungen der Windrose erschienen waren, darunter zahlreiche von auswärts geladene Polizeibeamte. Von bekannten Sozialdemokraten befanden sich der frühere Reichstagsabgeordnete Pfannkuch aus Kassel und Dr. Bruno Schönlank aus Nürnberg unter der Zeugenschaft. Auch eine Anzahl Frauen waren als Zeugen erschienen, darunter mehrere Ehefrauen von Angeklagten. Als der Zeugenaufruf erfolgte, machte ganz besonderen Eindruck das dünne „Hier!" einer Kinderstimme. Es war der achtjährige Knabe eines der Angeklagten, der als Belastungszeuge gegen seinen eigenen Vater geladen ist! Der Präsident machte bekannt, daß zu seinem Bedauern er nur einen kleinen Theil der erschienenen Zeugen werde verhören können; er ersuchte die von auswärts Erschienenen, anwesend zu bleiben, dagegen die aus Elberfeld-Barmen Geladenen, sich morgen Vormittag 9 Uhr wieder einzufinden.

Die Verhandlungen begannen mit der Fortsetzung der Zeugenvernehmung des Barmer Polizei-Kommissars Wilsing. Der Zeuge verlas wieder eine Menge von Berichten über alle möglichen angeblichen geheimen Zusammenkünfte und Parteitage, wußte aber merkwürdiger Weise fast nichts über die Verbreitung des „Sozialdemokrat" und verbotener Schriften in Barmen zu berichten. Konstatirt wurde auch heute, daß, obgleich dem Zeugen verschiedene angeblich geheime Versammlungen, die stattfinden sollten, vorher gemeldet worden waren, er die nöthigen Schritte nicht that, um dieselben unmöglich zu machen oder aufzuheben. Das gleiche geschah bezüglich des Bezugs verbotener Schriften, wie des „Sozialdemokrat". Von den Vertheidigern und dem Angeklagten Bebel inquirirt, warum er die Beschlagnahme von verbotenen Schriften, die an ihm näher bezeichnete Personen gelangten, nicht vorgenommen habe, erklärte er zum größten Staunen der Versammlung, darüber die Aussage verweigern zu müssen. Ebenso verweigerte er die Aussage, ob er wisse, daß der gestern verhaftete Zeuge Weber den „Sozialdemokrat" bezogen und auch an ihn, den Kommissar Wilsing, verbreitet habe. Bei Eintritt der üblichen Pause wurde der Kommissar Wilsing für einstweilen entlassen und nach Beendigung der Pause mit der Vernehmung der von auswärts erschienenen Zeugen begonnen. Diese wußten sämmtlich nur so absolut Belangloses auszusagen, daß man sich wohl fragen darf, zu welchem Zweck die Anklage dieser mit so vielem Geld und Zeitaufwand verknüpfte Zeugenschaar ins Treffen führte. Mitten in diese Art von Verhandlungen fiel die Nachricht, daß der gestern verhaftete Zeuge Weber sich gemeldet habe, um jetzt Zeugniß abzulegen. Die Spannung stieg auf den höchsten Grad, als Weber, der den Eindruck eines vollständig gebrochenen in höchster Aufregung befindlichen Mannes machte, dessen Hände sich krampfhaft öffneten und schlossen, jetzt vorgeführt wurde. Weber wurde von dem Präsidenten in sehr nachdrücklicher Weise aufmerksam gemacht, die Wahrheit und zwar die volle Wahrheit zu sagen, bei der Gefahr, sonst wegen unwahrer Aussagen wegen Meineid bestraft zu werden. Weber gestand nun zu, daß er Polizeispion sei, daß er für Geld seine Parteigenossen verrathen habe, daß er aber auch in seinen Aussagen und Berichten an den Polizeikommissar Wilsing oft die Unwahrheit berichtet, manches verschwiegen, anderes übertrieben habe, daß er aus Noth gehandelt, weil er eine starke Familie habe und arbeitslos gewesen sei. Dabei wiederholte Weber, daß er ein verächtlicher Mensch sei und die furchtbarsten Qualen zu erdulden gehabt habe. Auf der anderen Seite wich der Zeuge einer ganzen Reihe von Fragen über die von ihm erstatteten Polizeiberichte mit der Angabe aus, daß er sich dieses und jenes nicht mehr entsinne, sein Gedächtniß habe unter den Folterqualen der letzten Jahre schwer gelitten. Er bejahte ohne Zögern die Fragen des Angeklagten Bebel: ob er in mehreren Exemplaren den „Sozialdemokrat" bezogen und zwar auf Betreiben des Kommissars Wilsing und diesem auch regelmäßig ein Exemplar behändigte. Der Eindruck dieses Verhörs auf sämmtliche Anwesende ist schwer zu beschreiben. Kaum einer der Angeklagten dürfte Szenen, wie sie der heutige Verhandlungstag bot, beigewohnt haben und der Eindruck, den diese Vorkommnisse nach außen machen werden, wird den öffentlichen Ankläger und den Einfädlern des Prozesses schwerlich zum Ruhm gereichen. Wehe über ein System, das mit solchen Mitteln arbeitet oder arbeiten zu müssen glaubt.

**In der Elberfelder „Fr. Presse"** finden wir folgende Erklärung: Nach den Berichten der Zeitungen hat der Polizeikommissar Kammhoff vor Gericht ausgesagt, daß er auch in der Druckerei der „Freien Presse" seine Gewährsmänner habe. Da Niemand von den Unterzeichneten in dem entehrenden Ruf eines Kammhoff'schen Gewährsmannes stehen will, so weisen wir die obige ganz allgemeine Verdächtigung bestimmt und entschieden zurück und bezeichnen dieselbe so lange für völlig grundlos, als Herr Kammhoff nicht mit dem Namen seines Gewährmannes in der „Freien Presse" herausrückt. Jeder von uns ist bereit, zu bezeugen, daß er niemals zu Herrn Kammhoff in irgend welchen Beziehungen gestanden hat.

Das Personal der Buchdruckerei der „Freien Presse";
A. Braun. E. Erichsen. F. Görgen. O. Ihanes. E. Issel. C. Koch. E. Koßmann. W. Krämer. W. Krüger. O. Schumann.
Lehrlinge: J. Böcken. H. Kaiser.
Einlegerinnen: Adele Runkel. Maria Kroll.

**Aus Bagamoyo,** 29. Oktober, geht den „Hamb. Nachr." ein Schreiben zu, welches ausführliche Schilderungen der Kämpfe enthält, die die deutschen Schutztruppen mit Buschiri und dessen Anhang im Monat Oktober zu bestehen hatten. Wir entnehmen demselben folgende Stellen:

Herr von Gravenreuth stieß schon am 19. in der Nähe von Yombo auf ein Mafitilager, aus welchem zirka 400 derselben nach einigem Widerstand und mit großen Verlusten vertrieben wurden. Die Gegend, welche mit dem Namen Yombo bezeichnet wird (einen Ort oder ein Dorf dieses Namens gibt es nicht) ist sehr hügelig. Es ziehen sich zwei Thäler, ziemlich parallel, etwa eine halbe deutsche Meile hin; sie sind jetzt in der Regenzeit, etwas sumpfig und nur schwer zu passiren. Auf dem Höhenzuge, welcher östlich von dem linksseitigen Thale liegt, hatte Buschiri zwei Lager errichtet. Das größere Lager schien für 500 Krieger eingerichtet zu sein; Buschiri und die vornehmeren Häuptlinge hatten sich Lehmhütten erbauen lassen. Nachdem das erste Lager ohne große Mühe genommen war, sandte Chef v. Gravenreuth den Lieutenant v. Behr mit einem kleinen Trupp auf derselben Höhe nördlich weiter, während er selbst das Thal durchzog und den zwischen den beiden Thälern liegenden Höhenzug hinsteigen wollte. Plötzlich tauchten jedoch im hohen Grase links rechts bald links Krieger mit den wunderbarsten Kopfbedeckungen auf, Wurfspeere sausten durch die Luft und in kurzer Zeit sah sich die kleine Kolonne von 8 Europäern und 80 schwarzen Soldaten einem Heere von mindestens 3000 Wilden gegenüber. Nun mußte sich der deutsche Muth bewähren. Wenn in diesem kritischen Augenblick die schwarzen Soldaten Furcht oder Bangigkeit bei den Weißen gesehen hätten, so wären sie sofort weggelaufen. Wie Pilze aus der Erde wuchsen die Mafitis zu einer erdrückenden Ueberzahl an. Glücklicherweise sind ihre Waffen nicht so gefährlich wie ihr Aussehen. Kleine, leichte, etwa 1½ Meter lange Wurfspeere als Waffen und große, 1½ Meter hohe ovale Schilde aus Kuh- oder Gazellenhaut als Abwehrmittel sind die ganze kriegerische Ausrüstung. In diese dichten Haufen hinein feuerte nun unsere brave Mannschaft Salve auf Salve, so daß sich die Angriffslinien der Gegner immer mehr lichteten, bis als die Mafitis endlich einsahen, daß Spieß und Schild gegen Pulver und Blei doch nicht rivalisiren können, auch von dem gegenüberliegenden Hügelabhang her ein neuer Kugelregen auf sie hineinbrach (Lieutenant v. Behr hatte inzwischen mit seiner kleinen Abtheilung Buschiri aus dem Lager geworfen) da ergriffen sie, trotz ihrer Uebermacht die Flucht. Es fielen in diesem Gefechte über 200 Feinde, wir hatten auf unserer Seite einen Verlust von 3 Todten und 7 Verwundeten.

## Großbritannien.

In England ist man geneigt, den Mittheilungen Stanley's über den Flächenumfang des Victoria-Nyanza die weitgehende Bedeutung im Hinblick auf die Handels- und Verkehrspolitische Zukunft Binnenafrikas beizumessen. Wie schon berichtet worden, hat Stanley sich durch persönlichen Augenschein überzeugt, daß das genannte Wasserbecken sich nicht unerheblich weiter erstreckt, als bis dahin angenommen worden war. Der Viktoria-Nyanza entsendet nämlich einen langen Ausläufer in südwestlicher Richtung, welcher den bisher See von dem Tanganyika trennenden Zwischenraum auf nur 155 englische Meilen verringert, den wahren Flächeninhalt des Viktoria-Nyanza aber um 1900 Quadratmeilen vermehrt. Auf Grund dieser Stanley'schen Entdeckung erhält man von der Anordnung der großen afrikanischen Binnenseen ein ganz anderes Bild; gerade die beiden größten derselben treten in ein ungleich engeres Verhältniß zu einander; der Umstand, daß Victoria-Nyanza und Tanganyika nur anderthalbhundert englische Meilen auseinanderliegen, hat in unternehmenden englischen Köpfen schon den Plan entspringen lassen,

---

listige Klugheit zum thierischen Ursprung zurück zu neigen schien. Die Mine, die ihn geboren, hatte ihn vollendet, indem sie ihm die Beine brach.

„Bringst Du auch Lydia zuweilen hierher?"

Jeanlin lachte spöttisch:

„Die Kleine, fällt mir nicht ein ... Ein Frauenzimmer, das kann den Mund nicht halten."

Er mißachtete seine beiden Gespielen gründlich: Was für dumme Dinger! Die Erinnerung daran, wie sie ihm all' seine Flausen glaubten und sich mit leeren Händen forttrollten, während er hier im Warmen sitzt und Fisch ißt, machte ihm besonderes Vergnügen und er streckte sich behaglich in seinem Heu; dann setzte er mit ernster Philosophie hinzu:

„Man ist am besten allein, da verträgt man sich immer."

Während Stephan sein Brod verzehrte und einen Schluck Wachholder dazu trank, dachte er darüber nach, ob er nicht Jeanlin's Gastfreundschaft damit belohnen müsse, daß er ihn bei den Ohren nahm, nach Haus jagte und ihn verhinderte, weiter zu stehlen. Aber, indem er diesen verborgenen Versteck betrachtete, fiel ihm ein, daß er denselben möglichenfalls für die Kameraden oder für sich selbst ausnutzen könne, falls ihre Angelegenheiten schlecht abliefen. Darum ließ er Jeanlin nur schwören, daß er nie wieder die Nacht ausbleiben werde, wie ihm das passirt war, wenn ihn der Schlaf hier im Heu überrascht hatte; darauf zündete der junge Mann ein Licht an und ging voraus den Weg zurück, den er gekommen war, während Jeanlin sein Heim wieder aufzuräumen begann.

Die Mouquette saß trotz der Kälte, ihn erwartend, auf einem Balken vor ihrer Wohnung. Als sie ihn endlich erblickte, fiel sie ihm stürmisch um den Hals; doch da er ihr sagte, er wolle sie nicht mehr besuchen, fuhr es wie ein Stich durch ihre Brust: Warum denn nicht, mein Gott? Liebte sie ihn nicht?

Um der Versuchung aus dem Wege zu gehen, bei ihr einzutreten, schritt er auf die Straße hinaus, indem er ihr so schonend wie möglich erklärte, daß sie ihn in den Augen der Kameraden kompromittirte und damit der Sache schade, die er verfechte. Sie meinte, daß er sich ihrer schäme, und sie war nicht verletzt darüber, sondern fand es natürlich und bot ihm an, er möge sie öffentlich ohrfeigen, damit sie vor den Augen der Welt mit einander brächen; aber heimlich solle er von Zeit zu Zeit zu ihr kommen. O, nur zuweilen und nur fünf Minuten; sie werde sich verstecken, Niemand solle darum wissen, bat sie mit hinreißend flehendem Ton. Er war bewegt, aber er mußte nein sagen. Sie waren, sich mit den Armen umschlungen haltend, bis nahe Montsou gekommen, und der runde Mond beschien sie. Eine Frau begegnete ihnen und schrak plötzlich, da sie an ihnen vorüber ging, mit entsetzter Geberde zusammen, als wenn sie über einen Stein gestolpert wäre.

„Wer war das?" fragte Stephan.

„Katharine ist's, die aus Jean-Bart heimkommt."

Die Andere hatte gesenkten Hauptes mit wankenden Knieen ihren Weg fortgesetzt; Stephan, ihr nachblickend, ärgerte sich, daß er von ihr gesehen worden. Gewissensbisse quälten ihn, er machte sich Vorwürfe, und doch wußte er, daß er ihr nichts schuldig war: hatte sie nicht einen Anderen, und hatte sie nicht auch ihm gerade auf dieser Straße soviel Herzeleid bereitet, an jenem Abend, wo sie Chaval's Geliebte geworden? Das war wohl richtig; aber es schmerzte ihn doch, daß er ihr Gleiches mit Gleichem vergolten.

„Soll ich Dir sagen," flüsterte die Mouquette, als sie unter Thränen von ihm Abschied nahm, „warum Du mich nicht lieben willst? — Weil Du eine Andere liebst!"

Am nächsten Tage wölbte sich ein prächtig frostklarer Himmel über den Feldern, und die festgefrorene Erde tönte wie Krystall bei jedem Schritt. Jeanlin war schon um ein Uhr verschwunden; aber er mußte hinter der Kirche lange auf Bébert warten, und Beide waren im Begriff, ohne Lydia aufzubrechen, welche ihre Mutter wieder in dem Keller eingeschlossen hatte, als die Kleine plötzlich mit einem großen Handkorb am Arm erschien. Ihr war aufgetragen, Löwenzahn zu suchen, und die Mutter hatte ihr gedroht, wenn sie den Korb nicht mit Salat gefüllt heimbringe, würde sie die ganze Nacht mit den Ratten eingesperrt werden. Ihr war bange und sie wollte sofort den Salat suchen gehen, aber Jeanlin sagte, das werde man später besorgen, und nahm sie mit. Seit langer Zeit schon reizte ihn „Polonia", die riesige Kaninchenmutter Rasseneur's, und als sie vor dem Wirthshause das Thür herumhüpfen sahen, ergriff er es bei den Ohren, steckte es in Lydia's Korb, und alle drei flohen damit im Galopp über die Felder.

Aber sie erblickten Zacharias und Mouquet, welche, nachdem sie mit zwei anderen Kameraden bei Rasseneur einige Schoppen getrunken hatten, ihre Ballpartie begannen. Der Preis war eine neue Kappe und ein rothes Halstuch, beides bei Rasseneur deponirt. Die vier Spieler, je zwei für eine Partei, versteigerten unter einander die erste Partie, welche vom Voreux bis zum Pachtgute Paillot gespielt werden mußte.

Zacharias war der mindest Fordernde, er versprach, in sieben Coups die drei Kilometer zu durchmessen, während Mouquet acht verlangt hatte. Sie stellten den Ball, ein kleines aus Buchsbaum gedrechseltes Ei, mit der Spitze nach oben auf das Pflaster; Alle hielten ihre Schläger in der schiefen Metallscheibe und dem langen, mit einem Strick umsponnenen Griffe bereit; es schlug zwei Uhr; das Spiel begann. Zacharias schleuderte den Ball mit seinem ersten Coup, der aus drei Würfen bestand, mehr als vier hundert Meter über die Zuckerrübenfelder dahin; denn es war verboten, auf den Landstraßen und in den Dörfern zu spielen, weil der Holzball schon Menschen getödtet hatte. Mouquet aber schwang seinen Schläger mit solcher Wucht, daß er das hölzerne Ei mit einem einzigen Hieb über hundertfünfzig Meter zurückwarf. Und so trieben die beiden Parteien den Ball hinüber und herüber, während die Spieler im Sturmlauf über die hart gefrorenen Stoppeln rannten.

Zuerst waren die Kinder hinter den Ballspielern einher getrabt und hatten mit großer Lust die mächtigen Würfe verfolgt. Dann aber dachten sie plötzlich an „Polonia", welche sie im Korbe hin und her warfen, und sie ließen mitten auf den Feldern das Spiel im Stich und öffneten den Korb, um zu sehen, ob das Kaninchen tüchtig laufen werde.

(Fortsetzung folgt.)

fehlende Zwischenglied durch Anlegung eines Kanals zu ergänzen und dadurch einen Wasserweg von dem Mittelmeer bis in das Herz des dunklen Welttheils, und darüber hinaus zu schaffen; einen Wasserweg, der freilich hier und da durch Wasserfälle, Stromschnellen und Untiefen unterbrochen wird, aber in seiner gewaltigen Ausdehnung von der Meeresküste bis zum 9. Grad südlicher Breite der modernen Technik eine Aufgabe stellt, in deren Lösung ein auf die Dauer unwiderstehlicher Anreiz gegeben sein dürfte. Wenn nach Stanley's Richtigstellung die Gesammtlänge des Victoria-Nyanza nunmehr auf 270 Meilen sich erhöht, während der Tanganyika ihrer 400 mißt und der Zwischenraum mit 155 Meilen hinzukommt, so würde nach Fertigstellung des Verbindungskanals zwischen beiden Wasserbehältern Binnenafrika in den Besitz einer ununterbrochenen schiffbaren Straße von 825 Meilen treten. Es kommt hinzu, daß die Südspitze des Tanganyika von der Nordseite des Nyassasees nur durch etwa zwei Breitengrade geschieden ist und letzterer wiederum seinerseits tief in die Gebiete hineinreicht, wo jetzt die britisch-südafrikanische Gesellschaft und das portugiesische Kolonialreich einander den Vorrang streitig machen — um zu erkennen, welch' ein ungeheures Gebiet fruchtbringender Thätigkeit sich der europäischen Kultur auf binnen-afrikanischem Boden eröffnet.

---

## Elberfelder Sozialistenprozeß.

7. Tag der Verhandlung.

Der Präsident läßt die Liste der geladenen Zeugen verlesen. (Darunter befindet sich ein etwa achtjähriger Knabe, dessen Vater angeklagt ist.) Nur die auswärtigen Zeugen sollen, so weit als möglich vernommen werden, die hiesigen werden entlassen und auf morgen bestellt.

Grillenberger (auf Befragen des Staatsanwalts): Im Sommer wurde ich brieflich um Unterstützung der „Freien Presse" gebeten. Das habe ich abgelehnt. Von wem der Brief war, kann ich mich nicht mehr erinnern. Von den an Harm gegebenen 1500 M. waren 500 M. aus dem Unterstützungsfonds, das Uebrige von einem Privatmann. Es handelte sich nicht um die Unterstützung der „Freien Presse". Bebel hat an den Beschluß nicht Theil genommen; er war im Gefängniß.

Bebel (auf Befragen des Staatsanwalts): Ich erkläre, daß ich von dem Vorgang keine Kenntniß hatte, sonst würde ich ihn erwähnt haben. Erst viel später habe ich davon vernommen und nicht einmal etwas Genaues. Ich habe einfach den Saldobetrag von Singer empfangen und neue Bücher angelegt. Für das, was während meiner Haft geschah, kann ich nicht verantwortlich sein. Das Kassireramt führe ich neben vielen anderen Geschäften und konnte mich um die einzelnen nicht kümmern. Die Summe war kein Darlehn, sondern ein Geschenk.

Zeuge Polizei-Kommissar Wilsing: Am 4. September 1887 und später fanden geheime Versammlungen statt. Müller und Harm wurden als Kongreßdelegirte gewählt.

Schumacher: Den Kongreß habe ich mit einberufen, aber nicht besucht.

Wilsing: Die Delegirten erhielten Anweisungen für die Reise. Am 4. November fand wieder eine Versammlung statt; es handelte sich um die Bewilligung der Kosten für die Delegirten, Organisationsfragen u. a.

Auf Befragen Bebel's erklärt der Präsident, daß mehrere Parteitage polizeilich überwacht wurden.

Wilsing: In einer späteren geheimen Versammlung wurde von den Delegirten Bericht erstattet. Der „Soz." sei vor wie nach Parteiblatt. Die Hamburger Organisation wurde als Muster angeführt.

Bebel: Ich setze voraus, daß der St. Gallener Parteitag, noch einmal bei meiner persönlichen Vernehmung vorkommt. Daß über den „Sozialdemokrat" beschlossen worden, ist unwahr.

Auf Befragen der Vertheidigung erklärt Wilsing, daß der „Sozialdemokrat" in dem Berichte seines Gewährsmannes nur als Parteiblatt, nicht als „offizielles Parteiblatt" bezeichnet wurde.

Bebel: Das ist also wieder so ein Irrthum der Anklageschrift. Ich konstatire, daß kein einziger Beschluß des Kongresses in dem Bericht unterdrückt ist. Alles, was über die Resolution betreffs des „Sozialdemokrat" dem Zeugen berichtet wurde, ist unwahr, erfunden und erlogen.

Vertheid.: Ich erkläre, daß in der Anklageschrift ein Irrthum ist.

Wilsing: Am 20. November fand eine geheime Versammlung statt, in welcher 350 Mark, als die Hälfte des Forderung des Buchdruckers Berle, bewilligt wurden. (Auf eine Frage der Vertheidigung erklärt Wilsing, daß ihm nicht bekannt sei, ob das Geld aus der Parteikasse kam.) Vom Kongreß wurde berichtet, daß nach demselben noch eine Berathung zwischen Bebel, Singer und anderen Abgeordneten stattgefunden habe.

Bebel: Das erkläre ich als unwahr!

Wilsing: Am 23. Dezember 1887 fand eine geheime Versammlung statt, bei welcher Grillenberger war.

Grillenberger: Es war ein Privatbesuch, keine geheime Versammlung. Bücher habe ich nicht revidirt. Wie käme ich auch dazu, in die Verhältnisse eines Privatgeschäfts Einsicht zu nehmen.

Wilsing: Am 15. Januar 1888 fand eine geheime Versammlung statt, in welcher Harm berichtete, daß bei Verschärfung des Sozialistengesetzes die Abgeordneten ihre Mandate niederlegen würden. Dann sei der Anarchismus in schönster Form hergestellt.

Bebel: Es ist zu einfältig, als daß Harm so etwas äußert haben könnte. Den Gefallen thun wir unseren Gegnern nicht!

Die Vertheidigung bemerkt, daß wieder ein Bericht des Gewährsmannes mit der Anklage nicht übereinstimme. (Herrn Lenzmann wird vom Vorsitzenden das Wort entzogen.)

Staatsanwalt: Aus der Kasse der örtlichen Organisation kamen die Zuschüsse. An Stelle des Wortes „Organisation" ist nur das Wort „Verwaltung" in der Anklageschrift enthalten.

Zu Protokoll wird genommen, daß Herr Lenzmann zur Ordnung gerufen und ihm das Wort entzogen wurde. Ferner erklärt der Präsident, daß Niemand das Wort bekommt, bis Wilsing mit der Verlesung seiner Protokolle fertig ist.

Wilsing: In einer späteren Versammlung war von der Deckung von Wechseln und von Flugblättern gesprochen, ferner ein Parteitag für Rheinland-Westfalen beschlossen und Delegirte gewählt. Am 19. Februar fand eine geheime Versammlung statt, in welcher zwei Manuskripte des Flugblattes vorgelegt wurden. Gedruckt sollte es werden in der „Fr. Presse" mit der Druckfirma „Hottingen-Zürich". Scharfe Ausdrücke sollten vermieden werden. Eine geheime Komiteesitzung fand am nächsten Sonntag statt und später noch eine geheime Versammlung. Der Ausflug nach Langenhaus wurde mir mitgetheilt und er wurde überwacht von zwei Beamten in Zivil, die nicht einschreiten sollten, wenn keine Versammlung stattfinde. Als wir erfuhren, daß eine Ungehörigkeit stattfinde, eilten wir hin und sorgten für Ruhe. Harm sorgte für Ordnung. Der Parteitag in Blankenstein wurde mir vorher von meinem Gewährsmann mitgetheilt und er wurde, so viel ich weiß, überwacht. Auch von der Versammlung in der Beek erhielt ich Kenntniß, an welcher Hasenclever Theil nahm. Letzterer sollte auch an einer öffentlichen Volksversammlung sich betheiligen. Karten a 30 Pfg. wurden zu dem Parteitag verkauft, die den Stempel, „örtliche Verwaltung", trugen. Es wurde über den Streit Bebel-Frohme verhandelt. Hülsmann begleitete Hasenclever. Am 9. August 1885 fand eine geheime Versammlung in Iserlohn statt, an welcher sich Parteigenossen aus Barmen-Elberfeld betheiligten. Im Felsenmeer traten verschiedene Redner auf. Man verhandelte über die Organisation Rheinland-Westfalens. Es wurde noch auf die Verbreitung von Schriften aufmerksam gemacht. Am 14. August 1887 war eine geheime Versammlung der Führer im Neanderthal.

Schumacher: Aus Solingen war Niemand dabei.

Wilsing: Im Neanderthal wurde ein Lied gesungen, das gedruckt vertheilt wurde. Am 15. Septbr. 1885 fand eine geheime Versammlung statt, in welcher über die Verbindung mit der „Parteivertretung" berathen wurde.

Staatsanwalt: Die Parteivertretung hat mit den örtlichen Verwalungen dadurch in Verbindung gestanden, daß sie ihre Kundgebungen an dieselben sandte. Ist die Einladung zur Wahl eines Delegirten nach Barmen oder Elberfeld gekommen?

Löwenstein beschwert sich, daß der Staatsanwaltschaft das Wort gestattet, der Vertheidigung aber entzogen wurde.

Wilsing: Ich weiß nicht, ob eine Einladung zum Kongreß gekommen. Das betreffende Zirkular wurde mir von meinem Gewährsmann übergeben; es war gedruckt, nicht aus einer Zeitung geschnitten.

Bebel: Derartige Zirkulare wurden verschickt.

Wilsing: Es ist noch ein Zirkular eingegangen wegen der Kongreßberichte vom 10. Oktober 1887, von St. Gallen. Es sollte an Oertel-Nürnberg mitgetheilt werden, wie viel Kongreßprotokolle gewünscht werden.

Grillenberger weist auf seine früheren Angaben hin, wonach das Zirkular durch Wirth-St. Gallen versandt wurde.

Auf Wunsch Bebels wird konstatirt, daß das erste Zirkular von verschiedenen Abgeordneten unterzeichnet ist.

Wilsing: Vor mehreren Jahren habe ich bei Löwenstein gehausucht. In der Tasche Seligmanns wurde ein Zettel mit der Adresse: „Frau Eisele, Zürich" gefunden.

Löwenstein: Der Zettel lag am Boden, beschmutzt, wo ihn ein Polizeibeamter fand und dem Kommissar übergab.

Richter Dr. Schäfer konstatirt aus früheren Akten, daß der Zettel auf dem Boden gefunden wurde.

Löwenstein: Der Zeuge wird sich erinnern, daß ein Sergeant den Zettel fand und ihn als werthlos wegwerfen wollte.

Wilsing: Ich kann mich des Vorganges nicht mehr genau erinnern. Von Deckadressen des „Sozialdemokrat" theilte mir mein Gewährsmann mit, ebenso von den Stichworten für Barmen bei Quittungen im „Sozialdemokrat", wie „Sperber" 2c.

Bebel: Wurden hier Deckadressen benutzt, d. h. der „Soz." an unverdächtige Personen geschickt?

Wilsing: 1883 habe ich bei einer Haussuchung eine Kiste mit dem „Soz." beschlagnahmt. Die Kiste war mit der Bahn gekommen, das Duplikat des Frachtbriefes im Brief. Eigene Wahrnehmungen über die Versendung des „Soz." habe ich nicht gemacht. Ich glaube, daß die Kisten an Deckadressen kommen. In der örtlichen Verwaltung Barmen waren Deckadressen für den Empfang von Druckschriften. Ich habe verschiedene aufgeschrieben. (Zeuge verliest Stellen aus dem „Soz." und dem Zirkular der „Feldpost", die von Deckadressen sprechen.)

Bebel: Der Zeuge kann keine Deckadresse angeben, nur einen Schumacher, den er nicht näher kennt. Diente Julius Weber als Deckadresse? Hat der Zeuge den „Soz." von Julius Weber erhalten?

Wilsing: Darüber verweigere ich die Aussage. (Zeuge nennt auf Befragen des Staatsanwalts die Adressen von in Pfullendorf aufgegebenen Packete.)

Bebel: Wer ist der Schumacher?

Verth.: Gehört Hermann Schumacher zu den Gewährsmännern?

Wilsing: Darüber verweigere ich die Aussage. (Auf Befragen Bebels:) Ob ich angekommene Kisten beschlagnahmt, darüber verweigere ich die Auskunft.

Der Präsident: In Pfullendorf wurden zwei Packete an Hermann Schumacher in Barmen auf der Post beschlagnahmt. (Die Packete werden vorgelegt und geöffnet; sie tragen die Nummer 99. Dieselben enthalten das „Liederbuch" und den „Rothen Teufel.")

Bebel: Vom „Rothen Teufel" ist nur eine Nummer erschienen.

Grimpe: Der vom Zeugen als Deckadresse angegebene Langenbieler arbeitete bei Julius Weber. War dem Zeugen dies bekannt?

Wilsing: Nein. Ueber die Gewährsmänner verweigere ich die Auskunft. Ob Süther und Borchart darunter, darüber verweigere ich die Aussage. Unter den Angeklagten befindet sich keine Deckadresse. Ich hatte mehrere Gewährsmänner; über die Zahl verweigere ich die Aussage. Ueber denselben Vorgang erhielt ich stets nur von einem Gewährsmann Mittheilung. Es ist mir nicht bekannt, ob an einer Versammlung zwei meiner Gewährsmäner Theil nehmen. Ob die hiesige Polizei der Iserlohner die geheime Versammlung mitgetheilt, ist mir nicht bekannt. So viel ich weiß, habe ich nicht nach Iserlohn geschrieben. (Bebel stellt Fragen an den Zeugen, die dieser wie folgt beantwortet:) Hasenclever war in Elberfeld, nicht in Barmen. Die Versammlung wurde von Elberfeld aus bewacht. Die Gendarmerie überwachte die Versammlung im Neanderthal.

Verth.: Die Karte mit dem Stempel „Oertliche Verwaltungsstelle" ist von der Krankenkasse der Weber 2c. ausgegeben. Sie wurde bei einer Festlichkeit benutzt. Das stelle ich unter Zeugenbeweis: Der Stempel ist der gleiche, wie in den Quittungsbüchern der Krankenkasse.

Präsident: Der Beweis ist wichtig und die Zeugen werden geladen.

Grimpe: Nach meiner Meinung scheint es, daß alle Angaben des Zeugen auf Mittheilungen Julius Webers beruhen. Letzterer hat auch darauf hinzuwirken versucht, die „Freie Presse" unter Kontrole zu stellen. Die Anträge einiger Personen in Barmen, die darauf hinwirkten, habe ich schroff zurückgewiesen. Julius Weber wollte einen Parteitag wegen der „Fr. Pr." einberufen und selbst Beiträge dafür leisten. Das war der Gewährsmann Wilsings.

Präsident: Sie halten also Weber für einen Agent provocateur.

Müller: Was bedeutet: „Müller war in Sonnborn."

Wilsing: Das weiß ich nicht.

Hülle: Die Denunziation eines hiesigen Schutzmanns sollte von meiner Hand geschrieben sein; das wurde als Beweis dafür angeführt, daß ich den Organisationsplan geschrieben. Die Denunziation ist aber von einem Freunde von mir geschrieben.

Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

Der Präsident verkündet, daß die Vernehmung der auswärtigen Zeugen beginne.

Zeuge Frohbein, Bürgermeister von Langenberg (vereidigt): Meines Wissens hat in Langenberg eine Organisation bestanden. Es wurde mir mitgetheilt, daß in Blankenstein eine Versammlung war.

Zeuge Blumbach, Amtmann in Blankenstein bei Hattingen (vereidigt): An einem Nachmittag wurde mir mitgetheilt, daß in Blankenstein sich eine Anzahl Personen ansammelten, anscheinend Sozialdemokraten. Aus eigener Wahrnehmung kann ich nichts bekunden.

Zeuge Hegelich, Wirth in Dürkheim (vereidigt): Ich hatte früher in Barmen eine Gastwirthschaft. Bei mir fand eine Wählerversammlung statt. Einige Personen waren in einem besonderen Zimmer mit Harm.

Harm: War es im unteren Lokal nicht zu voll?

Hegelich: Ja, es war sehr voll. Ich glaube, es war Nachmittags, etwas später als die Wahlversammlung. Das Zimmer war nicht verschlossen; ich habe selbst mehrmals Bier gebracht. Ein Vorsitzender war nicht vorhanden. Auffällig war nichts, die Unterhaltung dauerte fort, wenn ich auch kam. Harm verkehrte auch sonst bei mir.

Zeuge Vollmer, Soldat, früher Konditorgehilfe bei Finke (vereidigt): Ich war Gehilfe bei Gustav Finke. Ich weiß, daß er Sozialdemokrat ist. Von Versammlungen weiß ich nichts; es waren einige Mal mehrere Personen da. Daß es Sozialdemokraten waren, sagten mir Nachbarn. Ob Finke sich an anderen Versammlungen betheiligte, weiß ich nicht. Finke machte einmal einen Ausflug, ob nach Schwelm, weiß ich nicht. Ich sah, daß Finke eine Zeitung, gelbes Papier, hatte. Das habe ich erzählt. Vorgelesen hat er mir nichts. Die Männer haben bei Finke gegessen, als sie ihn besuchten, es war zwei Mal. Finke hatte ein offenes Kaffeehaus. Die Besucher waren in einem Zimmer, wo auch andere Gäste hinkamen.

Finke: Habe ich aus dem „Soz." vorgelesen?

Vollmer: Das habe ich nicht gesehen.

Zeugin Frau Wind will nichts aussagen. Sie wird entlassen.

Zeugin Frau vom Stein, Wirthin aus Blankenstein (vereidigt): Ich kann nicht behaupten, daß in Blankenstein eine Versammlung war; an Sonntagen kamen immer viele Personen. Es wurde mir gesagt, daß einige Personen eine rothe Fahne hatten, ein Taschentuch. Wie viele Leute es waren, weiß ich nicht.

Zeugin Frau Ronsdorf, Barmen (vorläufig unvereidigt, weil sie nach ihrer Angabe gedächtnißschwach ist): Ich habe mit Schmitz in einem Hause gewohnt. Ich hörte durch die Bretterwand, daß Versammlungen stattfanden, Montags und Donnerstags. Die Zahl der Personen war verschieden. Robert v. Eckern war dabei, es ist der Schwager von Schmitz. Sie sprachen von der Sozialdemokraterei und der Arbeiterpartei. Geld sah ich nicht, hörte es aber klingen. Schmitz hat bei der Wahl Schriften vertheilt.

Vertheidiger: Die Frau hat früher ihren Mann denunzirt und Schmitz war Entlastungszeuge für den Mann.

Frau Ronsdorf: Ich habe die Wahrheit gesagt.

Die Zeugin wird vereidigt.

Schmitz: Ich wohne nach der Straße, die Frau hinten hinaus. Konnte sie denn da etwas hören?

Frau Ronsdorf: Die Thüren waren oft verschlossen, oft geöffnet.

Zeuge Gerling, Kaufmann aus Köln (vereidigt): In Köln habe ich keiner Versammlung angewohnt, aber bei Morian einer zufälligen Besprechung, dort zirkulirte eine Liste, ich weiß nicht, ob sie für Gilles oder die „Freie Presse" war. Ich habe 30—35 Mark bezahlt. Später habe ich an Harm ein Darlehn gegeben, 200 Mark. Ich hätte es auch für die „Freie Presse" gegeben. Es waren auch Nicht-Sozialdemokraten bei der Besprechung. Den Eindruck einer Versammlung machte das nicht. Gilles sprach über das Schicksal der „Freien Presse". Ich ging mit meinen Freunden nach oben. Die Herren saßen an einem Tische. Ich bin Sozialist, gehöre aber keiner politischen Partei an. Gilles stand nicht auf, sondern saß, während er sprach. Wir unterhielten uns gemeinsam.

Zeuge vom Stein, Wirth in Blankenstein (vereidigt): Leute mit rothen Taschentüchern an den Stöcken sah ich vor etwa vier Jahren auf der Chaussee. Ob Leute in Trupps kamen, weiß ich nicht. Am Thurm war eine rothe Fahne, die ich entfernen ließ. Es mögen etwa 20 bis 30 Leute gewesen sein.

Zeuge Mosbacher, Klempner aus Essen (vereidigt): Ich war in Blankenstein zufällig auf einer Vergnügungstour. Ich hörte sozialdemokratische Lieder und bemerkte verschiedene Vereine, wie Turner und dergl. Ob Leute aus Elberfeld oder Barmen da waren, weiß ich nicht.

Zeugin Fräulein Schwager aus Blankenstein (vereidigt): Bei mir wurde vor drei Jahren im Sommer eine Gesellschaft angemeldet, die später kam. Ob Reden gehalten wurden, weiß ich nicht, auch nicht, ob es Sozialdemokraten waren. Viele hatten Frauen und Kinder bei sich.

(Fortsetzung in der Beilage.)

---

## Versammlungen.

**Eine öffentliche, von mehr als 3000 Personen besuchte Tischlerversammlung** wurde am 26. d. Mts. im Schweizergarten behufs Stellungnahme zu der Einführung des Achtstundentages abgehalten. Der Andrang zu dieser Versammlung war ein außerordentlicher, so daß, um den zuströmenden Kollegen Eintritt in das Versammlungslokal zu schaffen und einer polizeilichen Sperre vorzubeugen, Tische und Stühle aus dem Saal entfernt werden mußten. Nachdem die stattliche Versammlung die Kollegen Millarch, Lobschütz und Mertens ins Bureau gewählt hatte, hielt Herr Th. Glocke einen bereits früher skizzirten Vortrag über das zur Tagesordnung stehende Thema. Speziell das Tischlergewerbe anbelangend, zeigte Redner, daß auch in diesem die Maschine immer mehr Eingang gewinne und die Handarbeit verdränge, daß sich in Berlin die Kleinmeister noch zu halten vermögen, verdanken sie hauptsächlich dem Fehlen größerer Fabriken und der größten Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter. Dies hätten die Kleinmeister wohl erkannt, indem sie sich mit Macht zu organisiren suchen, besonders in der Innung, deren Bestrebungen natürlich darauf hinauslaufen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken. Demgegenüber habe die Tischlergesellenschaft sich in einer einzigen großen Vereinigung zusammenzufinden, um geregelte Arbeitsverhältnisse und eine Besserstellung der Lage der Arbeiter im Tischlergewerbe herbeizuführen. Hierzu würden die Arbeiter gedrängt durch die Thatsache, daß auf gesetzgeberischem Wege nach dieser Richtung hin bisher noch nichts geschehen sei und voraussichtlich sodald auch nichts geschehen werde. Redner verlangte entschieden Erweiterung des Koalitionsrechts der Arbeiter; bis zur Gewährung dieser Forderung aber Ausnutzung des bestehenden Koalitionsrechtes bis zum letzten Tipfelchen und Anschluß aller Tischler an den Fachverein, um die hauptsächlichste Forderung durchsetzen zu können, die da lautet: Verkürzung der Arbeitszeit. Redner wies ferner darauf hin, daß ebenso, wie die großen Streiks der Bergarber, der Dockarbeiter aus sich heraus Bahn gebrochen hätten, weil die Verhältnisse dieser Arbeiter mit der Zeit derartige geworden waren, daß die Arbeiter nicht mehr zu existiren vermochten, auch im Tischlergewerbe sich über kurz oder lang gleiche Verhältnisse geltend machen und zu einem Massenstreik führen würden, verfehlte aber nicht, darzulegen, daß sowohl vor als auch nach dem Streik eine starke Organisation unbedingt erforderlich sei. Wie der Referent weiter mittheilte, ist der deutsche Tischlerverband, welcher s. Z. hier unterdrückt wurde, am Versammlungstage freigegeben worden, und würde es nunmehr möglich sein, in Berlin eine Zahlstelle zu errichten, und, nachdem die gesammte Berliner Tischlergesellenschaft sich dem Fachverein angeschlossen habe, in corpore dem Verbande beizutreten. Redner schloß mit der Aufforderung, die

Beschlüsse des Pariser internationalen Arbeiterkongresses hochzuhalten. Die vortrefflichen Ausführungen des Vortragenden wurden mit rauschendem Beifalle belohnt. Vor Eintritt in die Diskussion wurde „der Sicherheit wegen“ folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im „Schweizergarten“ tagende öffentliche Tischlerversammlung beschließt, indem sie sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden erklärt, 1. In der richtigen Erkenntniß, daß nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit der durch das Maschinenwesen hervorgerufenen Arbeitslosigkeit mit Erfolg begegnet werden kann, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der achtstündige Arbeitstag eingeführt wird; 2. In der richtigen Erkenntniß, daß nur durch eine feste und starke Organisation dieses Ziel zu erreichen ist, dahin zu wirken, daß die Mehrzahl der Berliner Kollegen dem Fachverein beitritt, den 1. Mai 1890 zur Kundgebung dieser ihrer Erkenntniß zu benutzen und für einen Arbeiter-Feiertag zu erklären. — In demselben Sinne waren noch mehrere Resolutionen beim Bureau eingelaufen. An der folgenden Diskussion betheiligte sich eine große Anzahl von Rednern. In derselben wurde besonders hervorgehoben, daß, nachdem die Berliner Tischler durch die Annahme der vorstehenden Resolution ihren Standpunkt gekennzeichnet haben, sie nun auch den sich selber festgesetzten 9½stündigen Arbeitstag strikte inne halten und nicht, wie es jetzt leider vielfach geschehe, 14—15 Stunden täglich arbeiten müßten. Nach Schluß der Diskussion gelangte der Antrag einstimmig zur Annahme, die Hälfte des Ueberschusses der Tellersammlung dem Komitee in Basel zur Einführung des Organs „Der Achtstundentag“, die andere Hälfte des Ueberschusses den streikenden Tischlern Deutschlands zu überweisen. Des Weiteren wünschte Herr Weber, daß das Bureau beauftragt werde, in kürzester Zeit eine öffentliche Tischlerversammlung einzuberufen behufs Stellungnahme zum Streik der Bildhauer, speziell in den Fabriken von Pfaff, Weimann und Groschlus, um durch eine eventuelle Arbeitsniederlegung den Bildhauern zum Siege zu verhelfen. Die Versammlung beschloß, da die Forderungen der Bildhauer den Bestrebungen der allgemeinen Arbeiterbewegung auf Verkürzung der Arbeitszeit entsprechen, sich mit den streikenden Bildhauern solidarisch zu erklären und dieselben moralisch und materiell zu unterstützen. Auch wird sich die Fünferkommission bemühen, in kürzester Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Auch wurde den Tischlern dringend ans Herz gelegt, am 11. Dezember bei der Stichwahl zur Stadtverordneten-Versammlung mehr ihre Pflicht zu thun, als es bei der Hauptwahl geschehen sei. Nachdem noch beschlossen worden war, nur in solchen Gast- und Schankwirthschaften zu verkehren, in denen die beiden Arbeiterblätter, das „Berliner Volksblatt“ und die „Volkstribüne“, ausliegen, klangen die Verhandlungen dem Geiste, der sie beseelt hatte, entsprechend in einem brausenden dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung aus.

---

## Theater.

Donnerstag, den 28. November.
**Opernhaus.** Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
**Schauspielhaus.** Die Räuber.
**Deutsches Theater.** Macbeth.
**Lessing-Theater.** Der Fall Clémenceau.
**Berliner Theater.** König Lear.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Der Polengraf.
**Residenz-Theater.** Schwiegermama.
**Wallner-Theater.** Geschlossen.
**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.
**Ostend-Theater.** Das neue Gebot.
**Belleallance-Theater.** Der Zauberlehrling.
**Königstädtisches Theater.** Der Glöckner von Notre-Dame.
**Zentral-Theater.** Leute von heute.
**Adolph Ernst-Theater.** Flotte Weiber.
**Gebr. Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Reichshallen-Theater.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
**Kaufmann's Variété.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

**American-Theater.**
1258 **Dresdenerstr. 55.**
Täglich Vorstellung.

## Circus Renz.

Karlstraße.
**Heute, Donnerstag, den 28. November 1889, Abends 7 Uhr:**

**Im dunklen Erdtheil.**

**(Einnahme von Bagamoyo.)**

Große equestrische Original-Pantomime, arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor E. Renz.

Vorführen der 4 engl. Vollblut-Jagdpferde in neuer ganz eigner Art dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Schulquadrille mit 8 Schulpferden, geritten von 8 Herren. — Auftreten der vorzüglichen Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Campeador, engl. Vollblut, geritten in der hohen Schule von Frl. C. Guerra.

Morgen: Vorstellung.
Sonntag: 2 Vorstellungen.

**E. Renz,** Direktor.

## Circus Busch.

**Friedrich-Karl-Ufer.**
**Heute, Donnerstag, den 28. November 1889: Abends 7½ Uhr:** 1081

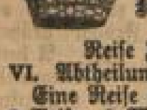
**Große brillante Vorstellung.**

Trampolin-Sprünge mit einfachen und doppelten Saltomortales bis über

**10 Pferde.**

Prämien-Springpferd „Volina“. Clown Tom Tom als Theater-Direktor. Clown W. Olschansky als Corporal. Clown Michael mit seinem Wunderponny „Punschchen“. Auftreten der Reiter Mr. Devigne und Allen. Diophantus, engl. Vollblut, geritten von Fr. Dir. Busch. Die fünffache Postfahrschule, ohne Zügel geritten vom Direktor.

Sonntag: 2 Vorstellungen, 4 und 7½ Uhr, 4 Uhr 1 Kind frei.



**Passage 1 Tr.** 9 M. — 10 Uhr A.
**Kaiser-Panorama.**
**Neu!** 8. Reise d. d. mal. **Schweiz.** III. Cyclus.
Reise **Athen—Constantinopel.**
VI. Abtheilung: **Pariser Weltausstellung.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

**H. Präuscher's anatomisches**

**MUSEUM**

**80/81 Kommandantenstrasse 80/81.**
Täglich geöffnet für **erwachsene Herren.**
■ **Dienstag und Freitag Damentag!** ■
Entree 50 Pf. Vereinskarten giltig. 589

**F. Pietsch, Tanz-Institut,** Dresdenerstraße 10.
Ein neuer Lehrkursus f. Damen u. Herren beginnt Sonntag, 1. Dezember, Nachm. 4 Uhr. Meld. Adalbertstr. 93 u. bei Beginn des Unterr. [1018

**Möbel,** Spiegel u. Polsterwaaren.
Gr. Lager, bill. Preise.
**Emil Heyn,**
eigener **Fabrik.**
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theilz. nach Uebereinkunft.

**Prachtvolle Steppdecken**

Größe Auswahl in Atlas, Wollatlas, Satins, Cretons **zu Fabrikpreisen,** billiger wie in jedem Laden, verkauft die **J. Teßmer'sche** Steppdecken-Fabrik Blumenstr. 62.

**Todes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Metallschleifer

**Julius Urban**

am 25. November nach siebenwöchentlichem Krankenlager in der Charitee am Lungenbrand verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag, 2 Uhr, von der Charitee nach dem neuen Jakobikirchhof, statt.
1079 Frau Urban geb. Prüfer.

## Achtung!

Die **Sperre** ist über folgende Fabriken verhängt: [1084

A. Korff, Grüner Weg 46 (Laden).
M. Laser, Georgenkirchstr. 17 (Laden) Ecke der Gollnowstraße.
Grepling, Wasserthorstr. 25a (Laden).
Einbeck, Weberstr. 19 (Laden).
Keilpflug, Elsasserstr. 8 (Laden).
Ebeling, Gollnowstr. 18.
Kaspari, Langestr. 10.
Hinze, Holzmarktstr. 68.
Probst, Linienstr. 25 (Laden).

Wir danken für die rege Sympathie, die uns von allen Gewerkschaften entgegen gebracht wird, wir werden bestrebt sein, uns derselben würdig zu erzeigen.

**Die Lohnkommission der Tabakarbeiter.**

Empfehle allen Genossen meine

**Glaserei und Bildereinrahmung.**

Besonders empfehlenswerth und zu jedem Geschenk passend:
**Lassalle** und **Hasenclever** als Präsidenten.
**Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht, Singer** in Visites und Kabinet u. s. w.
**Medaillons, Streichholzhülsen,**
■ **Gipsbüsten.** ■

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Nach Auswärts brieflich.

**Karl Scholz,**
695] **Wrangel-Strasse 32.**

**Bitte lesen Sie!**

Im Versatz verfallene

**Winter-Paletots,**

**sowie Anzüge, einzelne Jaquets, Hosen, Damen-Mäntel und -Kleider, Hüte, Stiefel, Wäsche, Uhren, Betten, Reise- u. Holzkoffer** 2c. **Alles** in alt und neu sehr billig zu verkaufen bei [1745

**A. Wergien, Skalitzerstr. 127.**

**Bitte recht genau auf Namen und Nummer zu achten.**

Für reelle Bedienung bürgt mein seit 18 Jahren bestehendes Geschäftsrenommé.

**Wringmaschinen**

**eigenes Fabrikat** auf **Theilzahlung** bei **Bellmann, Gollnowstr. 26.**

**Alten echten Nordhäuser**

| | |
|---|---|
| | à Ltr. — Fl. 75 Pf. |
| **Märkischer Korn** | 60 „ |
| **Ingberliqueur,** hochfein | 90 „ |
| **Thee-Rum,** ganz vorzüglich | 200 „ |
| **Jac.-Rum,** Originalfl. excl. | 100 „ |
| **Politur-Spiritus,** geruchlos pr. Ltr. | 40 „ |

empfiehlt die Groß-Destillation von

**Lettau & Keil,**
**Sophienstraße 12,** 545
an der Rosenthalerstraße.

**Roh-Tabak,** **sämmtlicher Sorten.**
Größte Auswahl, billigste Preise bei [727
**G. Elkhuysen, Münzstraße 10.**

Für den **Westen Berlins** und Umgeg. empfehle mich den Genossen zur pünktlichsten Lieferung des **„Berliner Volksblatt“, „Berliner Volks-Tribüne“, „Wahre Jacob“,** sowie sämmtliche Zeitungen, Zeitschriften und Journale. 1077
**Ferd. Kleinert,** Katzbachstr. 6.

**Rohtabak** **A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6.**
am hiesigen Platze bekanntlich [1653
**Grösste Auswahl.**
**Garantirt sicher brennende Tabake.**
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Roh-Tabake sind am Lager.
**A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6**
am Hackeschen Markt.

Gesucht **Cigarrett.-Arbeiter**
**Seyfert & Goldstein Nchf.,**
1085] **Hamburg.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis.**

**Am Sonnabend, den 30. November, Abends 8 Uhr:**
**Große humoristische Soiree** verbunden mit **Tanz-Kränzchen**
**in Jordan's Salon, Neue Grünstrasse 28.**

Billets (Herren 50 und Damen 25 Pf.) sind zu haben bei O. Wimer, Jüdenhof 7; Pfuhl, Schwedterstraße 225; Lamprecht, Landsbergerstr. 114. 1080
Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

**Große öffentliche Versammlung**
**der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurg. u. anderen Instrumentenmacher Berlins**
**am Freitag, den 29. November, Abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Concerthaus, Alte Jakobstraße 37.**

Tagesordnung: 1. Die Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Bedeutung für die Arbeiter. Ref.: C. Becker. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu der im Dezember d. J. in Jena stattfindenden Konferenz der Kommission vom Heidelberger Mechanikertag. 4. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

**Große öffentliche Versammlung**
**aller in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter als da sind: Schneider, Schuhmacher, Sattler, Tapezirer, Buchbinder, Lederarbeiter, Posamentirer u. s. w.**
**am Freitag, d. 29. November, Abends 8½ Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.**

Tages-Ordnung:
1. Welche Stellung gedenken die Hausindustriellen zu den in Paris beschlossenen Achtstundentag einzunehmen? Ref.: Schneider Leonhardt Pfeiffer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht. **Der Einberufer.**

**Unterstützungsverein der Berliner Maurer.**
**Am Sonnabend, den 30. November,**
**im Deutschen Volkstheater, Schönhauser Allee 136:**
**2. Stiftungsfest** verbunden mit **Tanz-Kränzchen**
**unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins Lorbeerkranz.** 1079
Um zahlreiche Betheiligung bittet
**Der Vorstand.**

Gegründet 1867.

**Nützliche Weihnachtsgeschenke!**

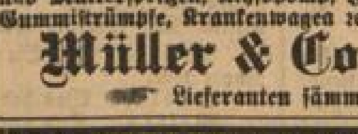
Kragen u. Manschetten.

**Oberhemden** von 2,50—6 M. **Herrenhemden** von 1—5 M. **Damenhemden** von 1,10—7 M. **Kinderhemden** von 0,35—1,75 M. **Eskimohemden,** Arbeitshemden, glatt, blau, gestreift und grauleinene. **Nachtjacken** von 1,25—6 M. **Damenbeinkleider** von 1—5 M. **Taschentücher,** weiß und bunt, Dutzend von 1 M. an. **Unterbeinkleider, Unterjacken, Socken** und **Strümpfe, Leinen, Dowlas, Hemdentuch, Bettzeuge, Stuben- u. Küchenhandtücher, Tischtücher u. Servietten.**

**H. Wessling** vormals **G. C. Matros,**
**Dresdenerstraße 134** am Kottbuser Thor.
**Cravatten, Handschuh, Halstücher.**

**Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen,**
**Läufer und Linoleum.**
**Verkauf zu Fabrikpreisen.**
Grosses Lager von Portièren, Reise- und Tischdecken.
**Stoehr & Behr,** Berlin N., **2 F. Chausseestraße 2 F.**

**Lager v. Rathenower Brillen u. Pincenez.**



**Bruchbänder,** Leibbinden, Nabelbandagen, Suspensorien, Geradehalter, orthopädische Maschinen. **Korsetts,** künstl. Arme u. Beine, Mastdarm- und Vorfall-Bandagen, **Krücken,** Bidets, Stechbecken, Urinhalter, Klystier- und Mutterspritzen, Klysopomp, Irrigator, Inhalations-Apparate, Luft- und Wasserkissen, Gummistrümpfe, Krankenwagen 2c. empfehlen zu soliden Preisen

**Müller & Co.,** Berlin S., Prinzenstr. 42, part. l.
Für Damen: Damenbedienung.
Lieferanten sämmtl. Orts- und freien Hilfs-Krankenkassen.

**Berlin S.-O.** **August Herold,** **Berlin S.-O.**
**Nr. 5. Reichenbergerstraße Nr. 5,** 148
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstraße.
**Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.**
**Gediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Coulante Zahlungsbedingungen.**

Verantwortlicher Redakteur: R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

# 1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 279 — Donnerstag den 28. November 1889. — 6. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 27. November, 1½ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär Graf v. Bismarck, v. Bötticher, v. Maltzahn.

Die Geschäftsordnungskommission beantragt, das Mandat des Abg. Dr. v. Cuny in Folge seiner Ernennung zum ordentlichen Honorarprofessor an der Universität Berlin als nicht erloschen zu betrachten. Ohne Debatte beschließt das Haus demgemäß.

Darauf wird die zweite Berathung des Etats für das Auswärtige Amt bei Tit. 111 „Kamerun" fortgesetzt.

Der dazu vorliegende Antrag Richter lautet: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Lokaletats für das Kamerungebiet, für Togo und das südwestafrikanische Schutzgebiet im nächsten Jahre durch Einverleibung in den Reichshaushalts-Etat der Beschlußfassung des Reichstages zu unterbreiten."

Abg. **Richter**: Der Herr Regierungskommissar hat gestern auf diesen meinen Antrag nichts bemerkt; ich nehme deshalb an, er hatte nichts gegen denselben einzuwenden, so daß ich wohl hoffen darf, auch das Haus werde dem Antrag zustimmen. Was die Frage des Spiritus-Imports nach Westafrika anlangt, so bezogen sich die im vorigen Jahre bei Berathung des Stöcker'schen Antrages erhobenen Beschwerden namentlich auf Togo. Nach den vorjährigen Angaben des Herrn Wörmann betrug im Vorjahre die Spiritus-Einfuhr in Kamerun und Togo etwa den zwanzigsten Theil von der ganzen Spiritusausfuhr Deutschlands, nämlich in Kamerun 700 000 und in Togo 1 700 000 Kilo. Das ist viel. Freilich sagen die amtlichen Berichte von dort, es läge nicht viel Anlaß dort vor, gegen vorgekommener Exzesse einzuschreiten. Aber man wird in dort wohl nicht so scharf nehmen mit dem Einschreiten, wie es hier in der Friedrichstraße. Auf der Hand liegt jedenfalls, daß der Spiritus die Arbeitskraft der Schwarzen korrumpirt. Den amtlichen Berichten von dort und den darauf gestützten gegenen Ausführungen des Herrn Regierungs-Kommissars stehen übrigens lebhafte Beschwerden der Missionare entgegen. Dieselben wird durch die übermäßige Einfuhr von Branntwein entgegen gearbeitet. Treten die Missionare dem übermäßigen Branntweingenuß entgegen, so laufen sie — wie es in einem Missionsbericht heißt — Gefahr, daß die jungen Christengemeinden sich auflösen. Die Angabe der Missionare und die des Herrn Regierungs-Kommissars widersprechen einander jedenfalls. Das Beste wäre, der Spirituseinfuhr dort durch hohe Zölle — wie in Neu-Guinea — entgegenzutreten.

Staatssekretär **v. Maltzahn** will nur auf den oben wiedergegebenen Antrag Richter eingehen. Bisher seien die lokalen Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete niemals als Reichs-Einnahmen und Ausgaben angesehen worden, und bei dieser Ansicht habe man sich in Uebereinstimmung mit den übrigen europäischen Kolonialmächten befunden. Ein dringendes Bedürfniß zu einer Aenderung des seitherigen Buchungsverfahrens liege nicht vor.

Abg. **v. Bennigsen** bemerkt, er persönlich sei geneigt, dem Antrag Richter für richtig zu halten. Bei den Schwierigkeiten der Feststellung der Einzel-Etats schlage er jedoch Verweisung des Antrages an die Budgetkommission vor.

Nach kurzer weiterer Debatte über die Frage der Lokal-Etats der Schutzgebiete wird der Vorschlag von Bennigsen's angenommen und der Antrag Richter in die Kommission verwiesen. Titel Kamerun wird genehmigt.

Bei Titel Togo erinnert

Abg. **Richter** daran, daß laut vorjähriger Angabe Wörmanns Zweidrittel der dortigen Einfuhr aus Gewehren, Munition und Spiritus bestehen. Wenn man von einem „Aufschwung" des Handels in Togo spreche, wie Wörmann dies neulich gethan, so habe dies allerdings seine Richtigkeit. Aber worin bestehe dieser „Aufschwung"? In Zunahme des Schmuggels von Gewehren, Munition und Spiritus über die benachbarte englische Grenze. Nach Angabe des Afrikareisenden Krause herrsche ferner gerade in dem deutschen Togogebiete der Sklavenhandel. Die Ueberzeugung der Sklavenhändler, daß auf deutschem und französischem Gebiete der Sklavenhandel erlaubt sei, werde — wie Krause schreibe — so lange dauern, bis Einer oder der Andere mit Zuchthaus bestraft werde, wie im benachbarten englischen Gebiete. Auch andere Reisende bestätigen die Thatsache des Sklavenhandels. Die einzige Maßnahme, welche die deutsche Regierung getroffen habe, sei — wie ihm versichert werde — nicht, daß die Sklavenhändler ausgewiesen seien, sondern daß Krause ausgewiesen worden sei. Solle Togo ein Schlupfwinkel für den Sklavenhandel bleiben, dann sei es doch wahrlich besser, die deutsche Fahne dort einzuziehen!

Reg.-Kommissar Geh. Legationsrath Dr. **Krauel** bezweifelt, daß das Interesse, welches von der linken Seite des Hauses den Kolonieen entgegengebracht werde, ein wohlwollendes sei. Er wendet sich gegen die Behauptungen Richters bezüglich der Zustände in Togo. Solche Ansichten entständen lediglich durch die häufig beobachtete Unbekanntschaft der Tagespresse mit kolonialen Dingen. Bezüglich der verlangten Statistik verweise er auf das Septemberheft des „Deutschen Handels-Archivs". Er wolle das Haus nicht mit der Vorlesung dieser gedruckten Dinge aufhalten, um die Lücken in dem kolonialen Wissen des Abg. Richter auszufüllen. (Heiterkeit.) Die Briefe des Afrikareisenden Krause in der „Kreuz-Zeitung" seien auch im Auswärtigen Amte aufgefallen und man habe infolge dessen den Kommissar im Togo-Gebiete um einen Bericht ersucht. Derselbe sei noch nicht eingetroffen, würde aber dem Hause nicht vorenthalten. Er (Redner) hält die Krause'schen Angaben über den Sklavenhandel für unglaubwürdig. Wenn Krause persönlich in Gefahr gerathen sei, so liege dies daran, daß er die Geschenke der Häuptlinge nicht erwidert habe. In Deutschland bezeichne man ein solches Benehmen als „grob" (Heiterkeit), in Afrika sei es aber sehr viel bedenklicher. Man habe mit Rücksicht darauf dem Afrikareisenden bedeutet, er möge seine Besuche dort einstellen. (Aha! links.) Kamerun und Togo seien keine „Ackerbau-", sondern Handels- und Plantagen-Kolonieen; es komme daher bei ihnen nicht auf die Zahl der dortigen Europäer, sondern auf die Produktion und Konsumtion der Eingeborenen an. Mit der Zeit würden diese Kolonieen schon prosperiren. Man möge nur mit der Kritik etwas wohlwollender sein; auf dem Boden einer negativen Kritik gedeihe der Baum der Erkenntniß überhaupt nicht. (Beifall rechts.)

Abg. **Wörmann** (natl.) weist nach, daß der Handel in den englischen Kolonialgebieten sich innerhalb 10 Jahren gehoben habe. Weshalb solle das nicht auch bei den deutschen Schutzgebieten der Fall sein? Im einzelnen schildert der Redner die Bedeutung des Afrikahandels für Hamburg und betont, wie nöthig es für unseren überseeischen Handel überhaupt sei, feste Stütz- und Anhaltspunkte in den Kolonieen zu haben. Wenn man die Zahlen des Welthandels betrachte, so ergebe sich, wie klein wir darin noch sind, namentlich England gegenüber, dessen dominirende Stellung wesentlich seiner Kolonialpolitik zu danken sei. Deshalb dürften auch wir hierin nicht zurückstehen. Afrika werde für uns noch von größter Bedeutung werden; man dürfe daher keinen Fuß breit davon aufgeben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Richter** (dfr.) hält an seinem Urtheil fest, daß unsere Kolonialpolitik überhaupt eine Chimäre sei. Das Kapital halte ihr gegenüber entschieden zurück. Aus der vom Abg. Wörmann gepriesenen Schüssel speisen nur einzelne Interessenten, während Millionen dazu beitragen müssen, daß jenen der Schutz des Reiches gewährt wird. Zur Hebung unseres Welthandels sei die Rückkehr zum Freihandel weitaus dienlicher, als „das bischen Kolonialpolitik". Auf die vom Regierungskommissar angeregte Frage des Wohlwollens oder Nichtwohlwollens für diese Politik komme es absolut nicht an, sondern auf die Frage: „Was ist Wahrheit?" Deshalb verlangten seine Freunde thatsächliche Angaben. Was Dr. Krauel vorgebracht, seien nur kleine Momente, welche an seiner Beurtheilung nichts verschlagen. Der Redner kommt alsdann auf die Berichte des Dr. Henrici über das Togogebiet und die dagegen veröffentlichte Broschüre des praktischen Landwirths Krüger zurück. Die Angaben Krauses datirten aus dem Januar und April. So weit liege doch Togo nicht; der von der Regierung verlangte „Bericht" müsse demnach sehr spät eingefordert worden sein. Eigenthümlich sei es, daß man das Verweilen deutscher Forscher in den Schutzgebieten abhängig mache von der Beschränkung der Häuptlinge. Träfen Krauses Angaben zu, so sei die Beibehaltung Togos als Schutzgebiet nicht gerechtfertigt.

Die Debatte wird geschlossen und nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Wörmann und Richter der Titel „Togo" bewilligt.

Der Titel „Südafrikanisches Schutzgebiet" 29 100 M. wird in Verbindung mit dem Einmaligen-Ausgabezuschuß zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben im südwestafrikanischen Gebiet 268 800 M. (166 800 M. mehr als im vorigen Jahre) berathen.

Referent Abg. **Fürklin**: Die Ansprüche Lewe's sind erst hervorgetreten, nachdem die ersten Goldfunde gemacht worden sind. In Bezug auf den Abbau sind die Verhältnisse noch nicht hinlänglich aufgeklärt, gleichwohl hat es die Kommission für gerechtfertigt gehalten, die bisher bestandene Bergbehörde einer Privatgesellschaft in eine Reichsbehörde zu verwandeln. Von den Polizeitruppen sollen einige 20 Mann dem Hauptmann v. François zugetheilt werden, der, wie er selbst berichtet, in einer unangreifbaren Position sich jetzt befindet. Er hat die Aufgabe, die deutsche Autorität nachdrücklich zu unterstützen und die Kontrole über den Waffenhandel zu üben. Die geforderten Mittel sind nach dem Urtheil der Kommission nicht zu hoch gegriffen. Die Engländer machen erheblich größere Aufwendungen.

Staatssekretär Graf **von Bismarck**: Ich möchte dem in den Motiven zum Etat bereits Gesagten noch Einiges hinzufügen, wenn auch der Herr Referent das Meiste und Beste schon gesagt hat. In erster Linie muß ich bestätigen, was der Herr Referent über die Lage des Herrn Hauptmanns von François mitgetheilt hat. Da ich aber jedenfalls mit Recht annehmen darf, daß dem Reichstage daran liegt, näher orientirt zu werden, so will ich auf die Verhältnisse im Hererolande noch einmal ausführlicher eingehen. Herr Hauptmann von François hat sein Standquartier von Utjimbingue nach Zaobis verlegt, weil er dort am Kreuzungspunkte zweier Wege die Einfuhr von Waffen und den Handel mit Branntwein einer schärferen Kontrole unterziehen konnte. Auch war in Utjimbingue für ihn keine passende Unterkunft, und er befindet sich jetzt in einer gesicherten Position, wenn auch nach seinen Beziehungen zu den Hereros nicht anzunehmen ist, daß er in seinem alten Quartier Schaden erlitten haben würde. Die letzten Nachrichten sind vom 18. September. Dieselben geben zur Beunruhigung keinen Anlaß. Allerdings wäre es aber erwünscht, die Schutztruppe im Hinblick auf alle Eventualitäten bald vermehrt zu sehen — es heißt deshalb auch hier: bis dat, qui cito dat — damit unsere Landsleute siegesfreudiger in die Zukunft schauen können. Zum Belege dafür, daß von einer feindseligen Stimmung unter den Eingeborenen Nichts bekannt ist, beziehe ich mich auf zwei Briefe von dortigen Häuptlingen, der eine vom 3. Septbr., ist von einem gewissen Zacharias Zerana. Der Brief giebt dem Erstaunen des Schreibers über den plötzlichen Aufbruch François' aus Utjimbingue Ausdruck, betont die friedfertigen Gesinnungen der Hereros und entschuldigt das Nachlaufen von 4 Kindern, welche mit Flinten bewaffnet waren und sich nicht richtig benommen hätten. Der zweite Brief, datirt vom Ende August, ist von Maharero selbst. Auch er spricht seine Verwunderung über den plötzlichen Abmarsch der deutschen Schutztruppen aus und erkundigt sich nach den Gründen desselben. Wenn etwa Streitigkeiten mit den Engländern der Grund seien, so möge man ihn, den Häuptling, aus dem Spiele lassen. Aus diesem Briefe wird man mit Recht entnehmen dürfen, daß eine momentane Gefahr nicht vorliegt. Aber um sicher zu gehen, wäre eine Verstärkung der Schutztruppe sehr erwünscht. 50 Mann erscheinen wahrlich nicht zu viel, um den Waffenhandel zu übernehmen, und ich hoffe, Sie werden die Bewilligung nicht versagen, es sei denn, daß Sie in jenen Schutzgebieten mit unseren deutschen Interessen tabula rasa machen wollen. Die Reibungen, welche dort zwischen den Deutschen und den Hereros bestanden hatten und von dem Sie durch die Presse unterrichtet sind, sind auf den Kapländer Lewes zurück zu führen, welcher die Annexion des deutschen Schutzgebiets durch die Kapkolonie herbeiführen wollte und durch Einfuhr von Waffen und Spirituosen dafür unter den Eingeborenen Stimmung zu machen suchte. Es ist ihm gelungen, den Glauben zu erwecken, als stände die Kap-Regierung hinter ihm; aber die englische Regierung, welche sich hier wie in anderen Fällen höchst loyal gezeigt hat, hat diese Machenschaften beseitigen helfen. Durch eine gemischte englisch-deutsche Kommission wurden die Ansprüche geprüft, und damals erhob Lewes auch nur auf zwei Minen Anspruch. Nach dem 1887er Abschluß nun wurden die ersten Goldfunde gemacht, deshalb wohl mag denn Lewes seine Ansprüche weiter ausgedehnt haben. Thatsache ist es, daß das System der Aufhetzung von Seiten der kapländischen Abenteurer seit dieser Zeit mit besonderem Nachdruck aufrecht erhalten wurde. Man verstand es, Maharero glauben zu machen, der Kommissar Göhring sei nur Abgesandter einer Privatgesellschaft, und Maharero nahm sogar den kapländischen Abenteurer Lewes zum Mitregenten an. Dieser jedoch trat bald so eigenmächtig auf, daß er den Unwillen anderer dortiger Häuptlinge erregte, welche ebenfalls nicht ohne Einfluß sind. Zu diesen gehört u. a. der Häuptling Manasse. (Heiterkeit.) Manasse ist seinen Gesinnungen nach Christ und hat die Taufe nur deshalb bis zu seinem Todtenbett aufgeschoben, weil er sich nicht von seinen vielen Frauen trennen will. (Heiterkeit.) Kommissar Göhring war allein, und so mußte er seiner Zeit das Gebiet verlassen, was wohl nicht nöthig gewesen wäre, wenn ihm die genügende Schutztruppe zur Seite gestanden hätte. Uebrigens möchte ich dabei erwähnen, daß die kapländischen Abenteurer den Muth zu ihrem Vorgehen wohl auch aus der Lektüre deutscher Zeitungen geschöpft haben mögen, welche nach dem Kaplande gelangten und die feindseligsten Artikel gegen unsere Kolonialpolitik enthielten, wie sie aus denselben auch die abfälligen Urtheile kennen lernten, welche hier im Reichstage über Kolonialfragen gefällt zu werden pflegen. Die Abenteurer mußten wohl glauben, diese Zeitungen hätten einen großen Einfluß bei uns, und die deutsche Regierung würde froh sein, leichten Kaufs aus jenen Gebieten wieder fortzukommen. Zur Zeit wird übrigens auch über den Verkauf dortiger Ländereien unterhandelt. Es haben sich um dieselben verschiedene englische Gesellschaften beworben; die Unterhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, auch glauben wir nicht im Sinne des Reichstags zu handeln, wenn wir dortige Gebiete an Fremde abtreten. (Zustimmung rechts.) Neuerdings ist uns nun auch von deutscher Seite ein Angebot gemacht worden, wonach eine Gesellschaft sich bilden will zur Uebernahme eines Komplexes für Ländereien. Es ist dies Sache der dortigen Interessenten, und wir werden uns mit denselben in Verbindung setzen. Jedenfalls ist hieraus der Schluß zu ziehen, daß die Sache doch nicht so ganz werthlos ist. Auch daß die kapländischen Abenteurer sich nicht zurückziehen, ist bezeichnend. Wird, wie ich hoffe, unsere Schutztruppe vermehrt, dann könnte es zu Ausweisungen kommen, die dort unter Umständen auch mit körperlichen Beschädigungen verbunden sein könnten — trotzdem ziehen sich die kapländischen Abenteurer nicht zurück. Einige Notizen über die jetzt den Engländern reiche Einnahme bietende Kapkolonie dürften hier vielleicht am Platze sein. Bis zum Jahre 1648 lag das Kapland völlig wüst, dann nahmen es die Holländer in Besitz, doch führte die Kolonie lange Zeit nur ein sehr kümmerliches Dasein. Noch im Jahre 1663 wurde in einem Briefe die jetzige Kapstadt für den schanderhaftesten Fleck der Erde erklärt. Bis zum Jahre 1712 blieb die Kolonie nur eine Last für Holland. In diesem Jahre bestanden in Kapstadt 250 Privathäuser, die Einnahmen der Kolonie betrugen 160 000 M., die Ausgaben 230 000 M. Im Jahre 1806 wurde die Kolonie von den Engländern in Besitz genommen. Da zogen die dortigen Bauern nach dem bis dahin wüsten Baallande. Als dieses 1836 zur Kapkolonie kam, gründeten die Bauern — die Boers — die Transvaal-Republik, von welchem Lande noch 1852 der englische Gouverneur in der Kapstadt sagte es sei „absolut Nichts werth." Nichtsdestoweniger haben jetzt in diesem vor verhältnißmäßig kürzerer Zeit für werthlos angesehenen Gebiete viele Leute ihr gutes Fortkommen. — Ich glaube, die vorerwähnten Daten sind von einigem Interesse, da es sich um Nachbargebiete unseres südwest-afrikanischen Landes handelt. Eine Besserung in den holländischen bezw. englischen Kolonien ist also erst nach jahrelangen Bemühungen eingetreten. So werden sich unsere südwestafrikanischen Schutzgebiete mit der Zeit zur Pferde- und Rindviehzucht geeignet erweisen, auch der Weinbau dürfte ähnlich wie im Kaplande prosperiren. Es handelt sich zunächst um Beschaffung von Wasser. Im Anlegen von Dämmen wie Zisternen sind die Transvaal-Leute geschickt, so daß wir mit ihrer Hilfe wohl zum Ziele kommen werden, ebenso dürfte sich in den Kupfer-Bergwerken Wasser finden. Interesse an dem Lande haben verschiedene Gesellschaften, so die Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika, welche dort ausgedehnte Bergwerke besitzt, dann die Deutsch-Westafrikanische Kompagnie, welche vielfache Handelsbeziehungen unterhält, dann die Deutsch-Afrikanische Minen-Gesellschaft und endlich das Rehobother Konsortium. Auch haben einzelne deutsche Staatsangehörige in Südost-Afrika mannigfache Interessen. Endlich aber ist es doch wohl auch unsere Pflicht, die dortigen deutschen Missionsgesellschaften, die mit vieler Mühe dort Erfolge errungen haben, zu schützen. Die Engländer unterhalten unter ganz gleichen Verhältnissen, wie wir, eine Schutztruppe in British-Betschuana-Land. Dieselbe steht unter vier Offizieren und es werden 90 000 Pfd. Sterl. dafür ausgegeben. (Hört! hört! rechts.) Die Farmen werden dort auf drei Jahre verpachtet und die Farmer verpflichten sich, statt des Pachtzinses Kriegsdienste zu leisten. Nach Ablauf der drei Jahre werden sie Eigenthümer der Farmen — ein System, welches sich möglicherweise auch für unsere Gebiete eignen würde. Ueber den Export und Import lassen sich schwer feste Zahlen angeben, da ein großer Theil, namentlich die exportirten Straußenfedern, über Kapstadt geht. Für unsere Bergbehörde zahlen wir staatlicherseits weniger, als seinerzeit die Privat-Gesellschaft dafür bezahlt hat. Die vermehrte Polizeitruppe soll dazu dienen, die fortwährenden Streitigkeiten zwischen den Eingeborenen zu schlichten, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und den Waffen- und Branntweinhandel an der Küste zu überwachen, wobei wir mit den englischen Behörden Hand in Hand gehen. Für alle diese Zwecke ist die geforderte Vermehrung durchaus nothwendig. (Beifall rechts.)

Abg. **Bamberger** (dfr.): Die Debatte nimmt heute einen friedlicheren Verlauf, als gestern, und das ist erfreulich. Fanatismus und Schwärmerei sind auf diesem Gebiete am wenigsten angebracht, und man möge sich hüten, in wirthschaftlichen Fragen Bannstrahle auf Andersdenkende zu schleudern, wie es gestern Herr Graf von Mirbach gethan hat. Herr von Kardorff und Herr von Bennigsen haben ja auch zugegeben, daß man kein Vaterlandsverräther zu sein braucht, wenn man nicht an Angra Pequena glaubt. Wenn man Privatunternehmungen nicht in die Debatte gezogen haben will, so möge man auch nicht die Flotte, die Kanonen und die Gelder des Reiches für diese Privatunternehmungen in Anspruch nehmen. Der Herr Reichskanzler hat mir einmal vorgeworfen, daß ich durch meine abfällige Kritik von Angra-Pequena den Verkauf der Bergwerke an eine englische Kompagnie vereitelt hätte, jetzt haben wir gehört, daß es im nationalen Interesse wünschenswerth ist, wenn der Verkauf unterbleibt; ich habe damals also ein patriotisches Werk gethan. Unsere Kolonialpolitik ist mit einem Programm inaugurirt worden, wonach die Privatgesellschaften für ihren Schutz in polizeilicher Beziehung selbst sorgen sollten. Von diesem Grundsatz ist man jetzt abgegangen und auf der eingeschlagenen Bahn immer weiter gedrängt worden, alle möglichen noch so abenteuerlichen Unternehmungen soll das Reich schützen. Hierin können wir der Politik des Reichskanzlers nicht folgen, wir werden also das Ordinarium bewilligen, die Forderung im Extraordinarium aber ablehnen. Wie ist denn die ganze Südafrikanische Gesellschaft eigentlich zu Stande gekommen? Herr Lüderitz hatte durch persönliche Liebenswürdigkeit das Herz des Reichskanzlers gewonnen, und das nach ihm benannte Land wurde unter die Reichsflagge gestellt. Bald zeigten sich pekuniäre Schwierigkeiten, aus denen

Herr Lüderitz durch einige Bankiers auf höheres Ersuchen befreit wurde. Die Bankiers bildeten die erste Gesellschaft, die aber keineswegs prosperirte. Man hat den Küstenstrich von Angra Pequena jetzt aufgegeben und die Hoffnung auf den Bergbau in Szene gesetzt. Aber man darf Kalifornien mit seinem Aufblühen nicht zum Vergleiche heranziehen, denn nach Erschöpfung der Goldfelder war dort Raum für Niederlassungen, der im Hererolande mit Rücksicht auf das Klima nicht vorhanden ist. Was nun die Schutztruppe anbetrifft, so müssen wir uns im Hinblick auf Ostafrika dieser Forderung widersetzen. Da hieß es auch, es koste blos 2 Millionen; aber nach und nach wird immer mehr gefordert werden und der Nutzen dieser Bewilligungen wird sich in absehbarer Zeit nicht feststellen lassen. Gegenüber der Anspannung aller unserer Steuerkräfte müssen wir zwischen nothwendigen Ausgaben und Luxus unterscheiden, und Luxus ist unsere ganze Kolonialpolitik und im Volke lacht man darüber. (Widerspruch und Gelächter.) Wir sind bei der Lage unseres Etats nicht im Stande, diesen Luxus mitzumachen.

Staatssekretär Graf **von Bismarck**: Es sind in der That der deutschen Gesellschaft für Südwestafrika erhebliche Anerbietungen für Abtretung ihrer Rechte gemacht worden. Gerade, daß trotz der Herabsetzung der dortigen deutschen Interessen seitens des Herrn Vorredners und seiner Partei sich Häuser in England gefunden haben, welche die Kaufunterhandlungen fortgeführt haben, beweist, daß man in England anderer Ansicht über den Werth jener Besitzungen ist, als auf der linken Seite des Deutschen Reichstages. Ich könnte Ihnen noch andere Gründe anführen, welche dafür sprechen, die Dinge dort nicht in solcher Weise zu behandeln, wenn es nicht im Reichsinteresse läge, darüber zu schweigen, Gründe, welche den Herrn Reichskanzler in der vorigen Session mit Recht veranlaßten, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß von jener Seite des Hauses in so starker Weise gegen unsere Interessen Front gemacht wird.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. **Bamberger**: Meine heutigen Bedenken richteten sich dagegen, daß der Reichskanzler im vorigen Jahre behauptet hat, ich würde durch meine Reden im Reichstage diejenigen Kaufleute, die Lust hätten, die Bergwerke zu kaufen, abschrecken, und das würde sich in Zukunft herausstellen. Wenn nun der Herr Staatssekretär behauptet, daß der Umstand, daß ein früheres hohes Angebot zurückgezogen und später ein anderes gemacht sei, auf meine Reden hier zurückzuführen sei, so meine ich, daß eine solche Behauptung einen Beweis nöthig hätte, selbst wenn sie von so hochgestellter Seite aufgestellt ist.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Etat des Auswärtigen Amts.)

---

# Kommunales.

**Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** am Donnerstag, den 28. November d. J., Nachmittags 5 Uhr. Vorlagen, betr. die Theilung des Bezirks der 38., der 198. und der 208. Armen-Kommission — Vorlage, betr. die anderweitige Feststellung der Grenze an der Rosenau zwischen der Richard Wagner-Straße und dem Gondelhafen — desgl., betr. die Erwerbung der zur Freilegung der Straßen innerhalb des Terrains zwischen Wassergasse, Insel-, Wall- und Spreeufer-Straße erforderlichen Flächen — desgl., betr. die erfolgte Genehmigung der Wahl des Stadtverordneten Michelet zum ersten Stellvertreter für die Abgeordneten der Stadt Berlin zum Kommunal-Landtage der Kurmark — desgl., betr. das Lagerbuch über das Vermögen der Stadtgemeinde — desgl., betr. die Erwerbung des von dem Grundstücke Schönhauser Allee 176 zur Straßenregulirung erforderlichen Terrains — desgl. betr. die von der Stadt-Hauptkasse im Vierteljahr Juli-September d. J. geleisteten Vorschüsse — desgl., betr. den Verkauf der städtischen Bauparzelle Dieffenbachstraße 12. — Vorlagen, betr. die Skizzen zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule auf dem städtischen Grundstücke zwischen Böckh- und Dieffenbachstraße, sowie einer Gemeinde-Doppelschule und einer Bürgerschule auf dem ehemaligen städtischen Friedhofe an der Friedenstraße. — Vorlage, betr. die Durchlegung der Zimmerstraße durch den Garten des königlichen Kriegsministeriums — Beantwortung der Anfrage von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Anlage von Stallungen an der Georgenstraße — Fünf Rechnungen. — Außerdem findet am Beginn dieser Sitzung die Einführung des Stadtverordneten Ziethen statt.

---

# Lokales.

**Der diesjährige Weihnachtsmarkt** beginnt am Mittwoch, den 11. und dauert bis zum Freitag, den 27. Dezember einschließlich mit der Maßgabe, daß am 28. Dezember d. J. früh 8 Uhr sämmtliche Buden und Verkaufsvorrichtungen von den betreffenden Straßen und Plätzen fortgeschafft sein müssen.

**Um der Ueberfüllung der Wagenabtheilungen** in den Stadt- und Ringzügen wirksam entgegen zu treten, hat das Königliche Eisenbahnbetriebsamt nachstehende Bekanntmachung auf den Stationen der Stadt- und Ringbahn zum Aushang bringen lassen: „Das Einsteigen in bereits 10 Personen besetzte Abtheilungen der Stadtbahnwagen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der §§ 53 und 62 des Bahnpolizeireglements für die Eisenbahnen Deutschlands bestraft."

**Zum Bau-Krach.** Am verflossenen Sonnabend sollen nicht weniger wie 150 Rohbauten wegen nicht erhaltener weiterer Baugelder zum Stillstand gebracht worden sein. (!?)

**In Betreff der Durchlegung der Zimmerstraße** durch den Garten des Kriegsministeriums gehen die Anträge des Magistrats für die Stadtverordneten-Versammlung dahin, 1) daß die zur Durchlegung erforderliche Fläche des Gartens des Kriegsministeriums freihändig erworben werde; 2) daß die als Kaufpreis zu gewährende Entschädigung einschließlich des etwaigen Minderwerthes der Restflächen durch das Gutachten zweier Sachverständigen, von denen das Kriegsministerium und die Stadtgemeinde je einen ernennen, event. unter Zuziehung eines von denselben zu wählenden Obmannes festgestellt werde; 3) daß der Militärverwaltung für die Herstellung und Unterhaltung von Abschlußmauern zu beiden Seiten der Verlängerung der Zimmerstraße eine Pauschal-Entschädigung von 65 000 M. gezahlt werde; 4) daß städtischerseits zur Verbindung der durch die Straßenanlage getrennten Gartentheile mit der durchgelegten Straße je eine nach den Thorwegen bezw. Fußgängerpforten in der Mauer hinaufführende Rampe hergestellt werde; 5) daß die bei Herstellung der Straße und Ausführung der baulichen Anlagen beschädigten Theile des Gartens wieder in einen ordentlichen Zustand versetzt und daß etwa beschädigte Bäume ꝛc. nach ihrem Geldwerthe entschädigt werden. 6) daß die unter 3 vorgesehene Pauschalentschädigung von 65 000 M., sowie die für die unter 4 und 5 gedachten Leistungen aufzuwendenden Kosten bei Berechnung derjenigen Beiträge außer Betracht bleiben, welche im Falle der Errichtung von militärfiskalischen Gebäuden nach Maßgabe des Ortsstatuts seitens des Militärfiskus zu erstatten sind.

**Ueber die Lage der Fachvereine** macht die „Deutsche Wagenbauerzeitung" einige Ausführungen, welche eines weiteren Interesses nicht entbehren. Die Geschichte der deutschen Fachvereine ist nach dem Urtheile des genannten Fachblattes seit dem Jahre 1878 ein fortlaufendes Märtyrerthum. Wie Herr v. Puttkamer hinter jeden Streik, so scheine die deutsche Polizei hinter oder in jedem Fachvereine die „Hydra der Revolution" zu erblicken. Die deutschen Fachvereine wurden zu polizeilichen Vivisektionsobjekten, an denen jede Behörde nach Herzenslust herumexperimentirte und herumexperimentirt. Am schlimmsten erging es den sächsischen Fachvereinen. Die sächsischen, und namentlich die Leipziger Polizeibehörden begnügten sich nicht damit, die ihnen gefährlich dünkenden Fachvereine aufzulösen, sie erlaubten auch keine nachherige Organisation der betreffenden Fachgenossen, indem sie jede derartige Organisation für eine Fortsetzung des aufgelösten Fachvereins erklärten. Die Arbeiter mochten thun, was sie wollten, sie mochten den größten Scharfsinn aufwenden, um sich mit den bestehenden Gesetzen und der herrschenden Rechtsauslegung in Einklang zu setzen — es half ihnen alles nicht: der neue Verein war eine Fortsetzung und verfiel ohne Gnade der Auflösung. So ist für einen großen Theil der Deutschen, namentlich der sächsischen Arbeiter, das Vereins- und Koalitionsrecht thatsächlich aufgehoben und sind Zustände herbeigeführt worden, die selbst von hervorragenden Polizeibeamten für unhaltbar erklärt werden. Der dem Berliner Polizeipräsidium angehörige Herr Dr. Zacher, Verfasser einer vielgenannten Schrift über die Sozialdemokratie, veröffentlicht im „Deutschen Wochenblatt" Aufsätze zum Sozialistengesetze, in deren erstem er entschieden gegen die bisherige Stellung der Behörden zu den Arbeiterberufsvereinen in die Schranken tritt und eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage fordert. Die Landesgesetze, insbesondere das preußische und das sächsische Vereinsgesetz, verbieten Gesammtvereinen oder Vereinsmehrheiten die Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten. Nach den herrschenden Anschauungen aber gehört zu den politischen oder öffentlichen Angelegenheiten alles, was auf das Verhältniß des Staates zu seinen „Unterthanen" und zu anderen Staaten oder auf seine Verwaltung, Verfassung oder Gesetzgebung Bezug hat, folglich auch die Sozialpolitik. Die gewerkschaftliche Bewegung könne, so meint Dr. Zacher, eine gewisse politische Beimischung um so weniger umgehen, als verschiedene Fragen, wie die des weiteren Arbeiterschutzes, eine andere als gesetzgeberische Lösung kaum zulassen. Herr Dr. Zacher fährt fort: „Daher die zunehmenden Kollisionen mit den Vereinsgesetzen! Dazu kommt noch, daß die Auslegung der Vereinsgesetze bei dem dehnbaren Begriff der „politischen Angelegenheiten" in den verschiedenen Staaten und selbst bei den Behörden desselben Staates eine überaus verschiedene ist, sodaß in dieser Beziehung ein Zustand der Rechtsunsicherheit herrscht, der seines Gleichen sucht. Gehört doch z. B. nach dem sächsischen Gesetze schon die Regelung der Lohnfrage innerhalb eines Gewerbszweiges zu den vereinsgesetzlich verbotenen Bestrebungen, da dieses Gesetz zwischen öffentlichen und politischen Angelegenheiten nicht unterscheidet. Auch vermag es der einfache Sinn der Arbeiter nicht zu begreifen, weshalb das, was in Preußen erlaubt ist, eine halbe Stunde weiter, auf ebenfalls deutschem Boden, ein strafbares Vergehen ist und weshalb den Fachvereinen zum Beispiel eine Diskussion über die Invalidenversorgung bald erlaubt, bald verboten ist, je nachdem es sich um einen bloßen Statuten-Entwurf oder um einen Gesetzentwurf handelt. Hiernach liegen den vereinsgesetzlichen Beurtheilungen keineswegs immer absichtliche Rechtsverletzungen zu Grunde und es ist jedenfalls ein in sich widerspruchsvoller Zustand, wenn die Arbeiter einerseits gegenüber den sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen mit ihren Forderungen auf den Weg der Gesetzgebung verwiesen werden, andererseits bei Befolgung dieses Gebotes die Schließung ihrer Vereine und noch persönliche Bestrafungen zu erwarten haben. Dieses Gefühl der Rechtsunsicherheit innerhalb der Arbeiterschaft verwandelt sich aber in das der Rechtsungleichheit, wenn die vereinsgesetzlichen Beschränkungen ausschließlich gegen die Fachvereine zur Anwendung kommen, während die schon notorisch politischen Bestrebungen der Innungen und selbst der fortschrittlichen Gewerkvereine unbeanstandet bleiben. Will man der Sozialdemokratie nicht geradezu in die Hände arbeiten, so sollte die vereinsgesetzliche Maßregelung auf Fachvereine mit nachweisbar staatsfeindlichen Tendenzen beschränkt, allen übrigen aber dieselbe Bewegungsfreiheit wie die Innungen und Gewerkvereinen belassen werden. Gerade die einseitige Anwendung der vereinsgesetzlichen Beschränkungen auf die Fachvereine als solche hat mit dazu beigetragen, dieselbe in ausgesprochene Streikvereine (?) umzuwandeln und der Streikbewegung eine bisher unbekannte Ausdehnung zu geben." So Herr Zacher. Eine nähere Erörterung seiner Auseinandersetzungen hält das Fachblatt für überflüssig, macht aber darauf aufmerksam, daß der Begriff „staatsfeindliche Tendenz" ein außerordentlich elastischer ist und daß ein nervöser Polizeibeamter — und wir leben ja im „Zeitalter der Nervosität" — in jeder Berathung von Arbeitern über ihre Klasseninteressen „staatsfeindliche Tendenzen" entdecken kann und fährt dann fort: „Es gilt mit dem System der polizeilichen Bevormundung zu brechen . . ."

**Unter der Bezeichnung Carbon-Natron-Oefen** sind in den letzten Jahren Heizeinrichtungen an den Markt gebracht und mit dem Hinweis darauf empfohlen worden, daß dieselben ohne Erzeugung von Rauch und Geruch Wärme liefern und daher für Räume ohne Schornsteinanlage zu verwenden seien. Sofern es sich um Wohnräume handele, würden die Oefen mit einer überall leicht anzubringenden Abzugsvorrichtung behufs Abführung etwa sich entwickelnder schädlicher Gase zu versehen sein. Während des verflossenen Winters sind dessenungeachtet in hiesiger Stadt ein, in Wiesbaden zwei Fälle von Kohlenoxydvergiftung infolge Aufstellung jener Carbon-Natron-Oefen herbeigeführt worden; durch einschlägige Prüfungen im hiesigen hygienischen Institut ist festgestellt worden, daß diese Art Ofen als eine äußerst gefährliche, unter Umständen todtbringende Heizvorrichtung zu bezeichnen ist. Indem das Polizeipräsidium diese Thatsachen zur öffentlichen Kenntniß bringt, warnt es hierdurch vor der Verwendung der Karbon-Natron-Oefen zur Beheizung von geschlossenen Räumen, welche zum dauernden Aufenthalt für Menschen dienen, insbesondere von Schlafzimmern.

**Das Schicksal** des vor mehreren Monaten spurlos verschwundenen Bankiers Ihrcke ist noch immer in Dunkel gehüllt. Der Verschollene hatte bei seinem Verschwinden aus Berlin eine durch unglückliche Spekulationen hervorgerufene beträchtliche Schuldenlast hinterlassen, wobei für die Gläubiger kaum 16 pCt. herausgekommen sind. Irgend einer der mit ihm in Verbindung gestandenen „kleinen Leute" ist durch ihn nicht geschädigt worden, vielmehr sind die Depots in voller Ordnung vorgefunden. Was aus Ihrcke geworden, ist noch unaufgeklärt, doch ist die Vermuthung, daß demselben ein Unglück zugestoßen, ganz zurückgedrängt worden, und es liegt die Wahrscheinlichkeit nicht fern, daß er seinen Aufenthalt in Amerika genommen, wo in einer größeren Stadt ein Verwandter von ihm ein Bankgeschäft betreibt.

**Das Verfahren gegen den Rechtsanwalts Glünicke** ist, wie wir hören, nunmehr ganz eingestellt worden. Herr G. war, wie erinnerlich sein wird, s. Z. aus Berlin verschwunden und ein hiesiger „Geldmann" hatte die Einleitung eines Strafverfahrens gegen denselben veranlaßt. Vor einiger Zeit hatte sich Rechtsanwalt G. freiwillig gestellt und war auf kurze Zeit in Untersuchungshaft genommen, dann aber wieder entlassen worden. Jetzt hat die Angelegenheit mit der Einstellung des Verfahrens ihr Ende erreicht.

**Im Interesse des Milch konsumirenden Publikums** macht das Polizeipräsidium bekannt, daß bei den Milchhändlern: Franz Dzimbowski, Sorauerstr. 20; August Erler, Fürstenbergerstraße 4; Wilhelm Kuhrt, Münchebergerstr. 4; Ernst Laubinger, Müllerstr. 7; Wilhelmine Löwe, geb. Radiger, Perlebergerstr. 24; Rudolf Maas, Lausitzerstr. 39; Johann Popanda, Pappel-Allee 24; Wilhelm Rosenzweig, Wienerstraße 31; Franz Urpschat, Bernauerstr. 44; Heinrich Wallraf, Gerichtsstr. 16; Marie Werner, geb. Schulz, Zionskirchstr. 5 wiederholt Milch entnommen worden ist, welche nicht der Bestimmung in § 1 der Polizeiverordnung vom 6. Juli 18[illegible] entsprach. Die Genannten sind deshalb mehrfach bestraft worden.

**Ein Liebespärchen aus Berlin** versuchte sich vor einigen Tagen in Potsdam in dem Hotel zum Fürsten Blücher durch Aufschneiden der Pulsadern den Tod zu geben. Das Pärchen hatte sich dort einlogirt und bereits zwei Tage auf das Beste gelebt, ohne an Bezahlung zu denken. Als sodann der Hotelbesitzer die Rechnung präsentirte, stellte sich die Zahlungsunfähigkeit des Pärchens heraus. Während der Zeit, in welcher nunmehr der Hotelbesitzer zur Polizei schickte, versuchten die Beiden sich durch Aufschneiden der Pulsadern zu tödten, wurden indessen noch rechtzeitig festgenommen, um sofort verbunden werden zu können. Der Bräutigam entpuppte sich als ein einundzwanzigjähriger Glasmaler aus Berlin, das Mädchen, das sich in gesegneten Umständen befindet, ist achtzehn Jahre alt. Beide wurden in das Untersuchungsgefängniß zu Potsdam eingeliefert.

**Die „Findigkeit" der Post** erfährt wieder einmal eine eigenartige Beleuchtung durch folgenden von der „Berl. Ztg." mitgetheilten Fall: Chausseestr. 114 in Britz wohnt ein Herr G. Günther seit dem 1. Januar dieses Jahres. Briefe und auch Geldsendungen sind bisher stets pünktlich unter dieser Adresse an ihn gelangt. Im Laufe dieses Monats sind indeß vier Briefe an den Herrn als unbestellbar zurückgegangen, weil der Briefträger den Adressaten plötzlich nicht mehr zu finden vermochte. Das Beste ist aber, daß das Ortsamt die Briefe mit dem Vermerk versah: „In Britz bei Berlin nicht gemeldet", obwohl Herr Günther, seitdem er in Britz wohnt, auch [illegible] polizeilich gemeldet ist. Als sich der Herr beim Ortsvorsteher über diese zweifellos recht oberflächliche Art amtlicher Auskunftsertheilung mit vollem Recht beschwerte, hat er sich noch Grobheiten sagen lassen müssen. Entschuldigungen wären nach unserer Meinung besser am Platze gewesen.

**Auf dem Bahnhof Friedrichshagen** haben sich gestern leider zwei sehr schwere Unglücksfälle ereignet. Der Lokomotivheizer Mollendorf wurde, auf dem Geleise stehend, von dem Vorortzug 732 überfahren und verstarb nach kurzer Zeit. An demselben Abend verließ ein Maurer den aus Breslau kommenden Zug, noch ehe derselbe völlig zum Stehen gebracht war. Er gerieth unter die Räder und wurde auf der Stelle getödtet.

**Bei der Reparatur des Fahrstuhls** im Industriegebäude verunglückte gestern Vormittag der Monteur Gebhard dadurch, daß er beim Aufzug des Stuhles denselben nicht fest machte; der unbefestigte Fahrstuhl stürzte mit voller Gewalt in die Tiefe, wobei der Monteur leider derartig verletzt wurde, daß er sich einen Bruch des Rückgrats zuzog und auf Anordnung des hinzugerufenen Arztes Dr. Lazarus nach dem Krankenhause geschafft wurde.

**Ein kaltes Bad** nahm gestern Nachmittag in der Oberspree ein auf einem Waschbrett beschäftigter Färber der [illegible]mann'schen Färberei. Derselbe rutschte beim Spülen aus und fiel ins Wasser. Durch einen herbei eilenden Kahn wurde er bald wieder aus dem nassen Elemente befreit.

**Abgefaßt.** Vor einigen Tagen berichteten hiesige Blätter von einem Einbruch, welchen Diebe in einem in der Weißenburgerstraße belegenen Bürstengeschäft dadurch verübt hatten, daß sie das Schaufenster zertrümmert und die darin ausgelegten Gegenstände raubten. Der Diebstahl war Abends zwischen 10—11 Uhr verübt worden und die Thäter waren bisher unentdeckt geblieben. Jetzt nun sind dieselben ermittelt worden und zwar anläßlich eines Diebstahls, welchen sie auf einem anderen Gebiete unternommen hatten. Bei einem Materialisten in der nämlichen Straße kaufte ein junger Mensch ein halbes Pfund Zucker, während sein Begleiter im Laden harmlos Umschau zu halten schien. So harmlos war diese Umschau aber doch nicht, denn unmittelbar nach dem Fortgang der beiden Leute bemerkte der Materialist, daß drei Konservenbüchsen verschwunden waren. Er eilte auf die Straße und bemerkte in einiger Entfernung noch die beiden Personen, denen er heimlich folgte, bis er sie in einem Kellerrestaurant verschwinden sah. Nunmehr requirirte er einen Schutzmann, mit dessen Hilfe die Beiden, da man die Konserven in ihrer Rocktasche fand, verhaftet wurden. Auf das Revier gebracht, sagte man ihnen dort den Diebstahl in dem Bürstengeschäft auf den Kopf zu und in ihrer Verwirrung räumten sie auch ein, das Schaufenster zerbrochen und geplündert zu haben.

**Ein rachsüchtiger Brandstifter** hat in der vorgestrigen Nacht in unserem Nachbarort Weißensee durch Anlegung eines Brandes zu schädigen gesucht. Passanten der Königschaussee gewahrten um Mitternacht dicht vor dem Laden des [illegible]machers Menzel aus dem Keller hervordringenden dichten Rauch, dem bald hellauflodernde Flammen folgten. Sofort hinzutretend gewahrte man, daß zwischen Stufen und Thür des Ladens eine große Menge Papier und Lumpen gesteckt waren, welche in Brand gesetzt, dazu dienen sollten, die Flammen nach dem Lokal hineinzutragen, um die daselbst befindlichen Waarenvorräthe zu vernichten. Das Feuer selbst wurde von den alarmirten Hausbewohnern mit leichter Mühe gelöscht. Recherchen nach dem Brandstifter wurden sofort aufgenommen und dürften, da Verdacht vorliegt, baldigst von Erfolg gekrönt sein.

**Polizeibericht.** Am 26. d. M. Vormittags wurde der Monteur Stiller im Seitenflügel des Hauses Kommandantenstraße 77—79, als er, auf dem Kasten des Fahrstuhls liegend, die Leitschienen schmieren wollte, durch den emporsteigenden Fahrstuhl, welchen er zu befestigen versäumt hatte, gegen die obersten Eisenschienen gequetscht und dadurch anscheinend innerlich schwer verletzt, so daß er nach dem Krankenhause im Friedrichshain gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit fand auf dem Potsdamer Außenbahnhofe zwischen Rollkutschern eine Schlägerei statt, wobei ein Kutscher mittelst eines Peitschenstiels einen Schlag über den Kopf erhielt, infolge dessen er aus einer schweren Wunde blutend, ohnmächtig zusammenbrach. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht.

* * *

**Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin.** In der Woche vom 3. bis 9. November 1889 fanden 394 Eheschließungen statt. Lebend geboren wurden 842 Kinder, darunter 100 außerehelich, todtgeboren waren 39 und [illegible] 9 außerehelichen. Die Lebendgeborenen sind 28,9, die Todtgeborenen 1,3 pro Mille der Bevölkerung, die außerehelich Geborenen sind bei den Lebendgeborenen 11,9, bei den Todtgeborenen 23,0 pCt. Die Zahl der gemeldeten Sterbefälle betrug 522, die sich auf die Wochentage wie folgt vertheilen: Sonntag 74, Montag 78, Dienstag 77, Mittwoch 76, Donnerstag 80, Freitag [illegible], Sonnabend 67. Von den Gestorbenen erlagen an Masern 2, Scharlach [illegible], Rose 1, Diphtherie 20, Bräune 1, Keuchhusten 5, Kindbettfieber 2, Typhus [illegible], epidem. Genickstarre 0, Ruhr 0, Syphilis 2, Altersschwäche 17, Gehirnschlag [illegible], Lungenentzündung 30, Lungenschwindsucht 68, Diarrhoe 20, Brechdurchfall [illegible], Magendarmkatarrh 9. Durch Vergiftung kamen 2 Personen um und zwar durch Selbstmord. Eines gewaltsamen Todes starben 18 Personen, [illegible] durch Verbrennung und Verbrühung 1, Schußwunde 2, Operation 0, Ertrinken [illegible], Ueberfahren 1, Sturz oder Schlag 8. Hierunter sind 10 Todesfälle durch Selbstmord herbeigeführt. Dem Alter nach sind die Gestorbenen unter 1 Jahre alt 179 (34,3 pCt. der Gesammtsterblichkeit), 1—5 Jahre 70, 5—15 Jahre 23, 15—20 Jahre [illegible], 20—30 Jahre 34, 30—40 Jahre 39, 40—60 Jahre 89, 60—80 Jahre [illegible], über 80 Jahre 14 Personen. In hiesigen Krankenhäusern starben [illegible], einschließlich 13 Auswärtige, welche zur Behandlung hierher gebracht [illegible]. Auf die Standesämter vertheilen sich die Todesfälle folgendermaßen: Berlin-Dorotheenstadt (I.) 20, Friedrichstadt (II.) 16, Friedrich- und Schöneberger Vorstadt (III) 21, Friedrich- und Tempelhofer Vorstadt (IV.) 43, Luisenstadt jenseit, westlich (Va.) 19, Luisenstadt jenseit, östlich (Vb.) [illegible], Luisenstadt diesseit und Neu-Kölln (VI.) 38, Stralauer Viertel, westlich (VIIa) 48, Stralauer Viertel, östlich (VIIb) 26, Königstadt (VIII.) 37, Spandauer Viertel (IX) 37, Rosenthaler Vorstadt, südlich (Xa.) 28, Rosenthaler Vorstadt, nördlich (Xb.) 28, Oranienburger Vorstadt (XI.) 55, Friedrich-Wilhelmstadt und Moabit (XII.) 39, Wedding (XIII.) 31. Die Sterbefälle sind 17,9 pro Mille der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl (1 520 916). Die Sterblichkeitsziffer in folgenden Städten des Deutschen Reiches mit mehr als hunderttausend Einwohnern betrug in Aachen 21,7, Altona 22,3, Barmen 15,4, Bremen 14,8, Breslau [illegible], Chemnitz 26,5, Danzig 19,2, Dresden 18,1, Düsseldorf 11,8, Elberfeld [illegible], Frankfurt a. M. 13,1, Hamburg mit Vororten 20,0, Hannover 19,5, Köln [illegible], Königsberg 24,3, Krefeld 12,7, Leipzig 15,4, Magdeburg 16,0, München [illegible], Nürnberg 16,5, Stettin 23,2, Straßburg i. E. 12,0, Stuttgart 13,1 auf Tausend. In anderen Großstädten Europas mit mehr als dreihunderttausend Einwohnern

...ung die Sterblichkeitsziffer in Amsterdam 20.6, Budapest (Vorwoche) 21.9, ...ien 24.5, Liverpool 21.1, London 16.2, Paris 20.7, Petersburg (Vorwoche) ..., Warschau (Vorwoche) 32.9, Wien (Vorwoche) 20.6 auf Tausend. Es wurden 5618 Zugezogene, 3514 Weggezogene gemeldet, so daß sich die Bevölkerung mit Einrechnung der nachträglich gemeldeten Geborenen und des Zuschlages, der den Weggezogenen erfahrungsmäßig zugerechnet werden muß, um 2302 vermehrt hat, die Einwohnerzahl beträgt sonach am Schlusse der Berichtswoche 1 ...213. In der Woche vom 10 bis 16 November kamen zur Meldung Infektions-Erkrankungsfälle an Typhus 51, Pocken 0, Masern 22, Scharlach 82, Diphtherie 110, Kindbettfieber 1.

---

# Theater.

**Im Wallnertheater** war vorgestern Abend bei den beiden vorgeführten Stücken ein entschiedener Mißerfolg zu verzeichnen. Beide Stücke verbergen unter einer neu sein sollenden Schale einen uralten Kern, der dadurch nicht schmackhafter wurde, daß man die beiden Stücke mit allem möglichen Flitterkram aufgeputzt hatte.

Ein kleiner, herzlich unbedeutender Einakter, der von zwei hiesigen Schauspielern nach einer französischen Idee „bearbeitet" war, wurde wenigstens noch einigermaßen belacht: es war das hauptsächlich dem reizenden Spiel des Fräulein Lehmann zuzuschreiben. Die Idee jedoch, daß eine junge Frau, die durch schwiegermütterliche Einflüsterungen so weit gebracht wird, daß sie sich von ihrem Mann scheiden lassen will, und diesem in der Aufregung eine Ohrfeige giebt, anstatt daß sie von ihm eine solche in Empfang nimmt — diese Idee reicht doch kaum aus, um auch nur einen unbedeutenden Einakter zu füllen. In dem Gedanken jedoch, daß man vielleicht bei dem zweiten Stücke für die ausgestandene Langeweile entschädigt würde, applaudirte man das erste Stück noch.

Das zweite Stück, eine französische Posse, wurde jedoch entschieden abgelehnt, und wie sehr sich auch das Orchester am Schluß Mühe gab, die Töne des Mißfallens zu übertrumpfen, es blieben die Zischer doch Sieger.

Ein französischer Kaufmann hatte vor zwei Jahrzehnten auch irgend eine unmögliche Insel in der Südsee besucht und dabei Gastfreundschaft mit dem dortigen König geschlossen. Nach guter Landessitte hatte ihn der König eine seiner Frauen abgetreten, unterdem Versprechen, daß, wenn er — der König — einmal nach Paris käme, ihm von seinem Gastfreund dort eine gleiche Aufmerksamkeit zu Theil werden würde. Der pariser Kaufmann hatte sich zum Rentier entwickelt und hatte als solcher die Gelübde eines abwesenden Freundes geheirathet — der „zufällig" sich einer Expedition nach Afrika angeschlossen hatte, bei welcher er umgekommen sein sollte. Natürlich ist es nicht der Fall, er kehrt zurück und erfährt die Heirath seines Freundes. Er beschließt, sich an ihm zu rächen, und wählt als die Maske des überseeischen Königs „Koko". Natürlich gefällt sich nochher Alles in allgemeines Wohlgefallen auf — nur das Publikum nicht, welches auf die Späße seiner schwarzen Majestät denn doch gar nicht eingehen wollte.

Die Schauspieler thaten ihr Möglichstes, um das Stück zu retten, doch erwies sich Alles als vergeblich. Fräulein Schramm als alte Jungfer war übrigens die Einzige, die wirkliche Heiterkeit hervorzurufen verstand.

---

# Gerichts-Zeitung.

**Die Zahlstelle des Verbandes deutscher Tischler freigegeben.** Unter dem 11. Dezember 1887 wurde Seitens des Kgl. Polizeipräsidiums die hiesige Zahlstelle des deutschen Tischlerverbandes, dessen Bevollmächtigter der Tischler Zubeil war, im Aufsichtswege geschlossen war. Am 8. April d. J. wurde eine neue Zahlstelle des genannten Verbandes, wo schon seine Statuten inzwischen einer Revision und Aenderung unterworfen, hier eröffnet und von dem Bevollmächtigten Zubeil bei dem Kgl. Polizeipräsidium angemeldet. Wegen dieser angeblichen Fortsetzung der im Dezember 1887 geschlossenen Zahlstelle erhielt Zubeil eine polizeiliche Verfügung, nach welcher er in eine Geldstrafe von 100 M. event. 14 Tage Haft genommen wurde und nach welcher die Aufhebung des Geschäftsbetriebes der Zahlstelle bei Vermeidung erhöhter Geld- und Haftstrafe unterlegt wurde. Außerdem erhielt der Vorstand des deutschen Tischlerverbandes 2c., Herr Vorsitzender Karl Kloß in Stuttgart vom Kgl. Polizeipräsidium eine Verfügung mit der Eröffnung, daß jeder Versuch, den Geschäftsbetrieb des deutschen Tischlerverbandes in Berlin ohne staatliche Genehmigung herzustellen, gegen jedes Mitglied des Vorstandes eine Strafe von 150 M. event. 15 Tage Haft nach sich ziehen würde. Gegen diese beiden Verfügungen erhoben der Vorstand und der hiesige Bevollmächtigte durch den Rechtsanwalt Freudenthal die Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Die Klage wurde dem königlichen Polizeipräsidium in Gemäßheit des § 129 L.-V.-Ges. vom 30. Juli 1883 zur weiteren Verfügung von dem Bezirksausschusse abgegeben und erhielt der Rechtsanwalt Freudenthal von dem Königl. Polizeipräsidium den Bescheid, daß der Klage nicht Fortgang gegeben werden könne, weil die den beiden Klagen zu Grunde liegenden polizeilichen Verfügungen die Aufrechterhaltung und weitere Durchführung der unterm 11. Dezember 1887 getroffenen Zwangsschließung der Zahlstelle bezweckte und in diesem Falle nur die Beschwerde im Aufsichtswege, aber keine Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig sei. Gegen diesen Bescheid erhob Rechtsanwalt Freudenthal Beschwerde mit dem Antrage, der Klage stattzugeben und Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen; dieser Beschwerde gab der Bezirksausschuß statt und stand am 4. Oktober dieses Jahres Termin an. In diesem Termin erklärte der Vertreter des kgl. Polizeipräsidiums, daß gegen Zubeil und Kloß ein Strafverfahren wegen Vergehens von falschen Statuten schwebe und beantragte die Entscheidung bis zur Erledigung der Strafsache auszusetzen: Der Gerichtshof beschloß von einer Entscheidung vorläufig Abstand zu nehmen. Bevor jedoch in der Strafsache Zubeil und Kloß eine Entscheidung erging, wurde ein neuer Termin auf den 26. d. M. angesetzt. Der Vertreter des Königl. Polizeipräsidiums beantragte, von Neuem Aussetzung der Entscheidung bis zur Erledigung der Strafsache. Diesem Antrage widersprach der Rechtsanwalt Freudenthal, indem er hervorhob, daß in einer gleichliegenden Sache gegen die Zahlstelle Potsdam das Oberverwaltungsgericht schon seine Rechtsansicht dahin ausgesprochen hätte, daß weder der Verband noch die Zahlstellen Versicherungsanstalten seien. In dem Strafverfahren könne auch nicht festgestellt werden, daß die Statuten unrichtig seien und die Bestimmungen über die Unterstützungen nur zum Schein getroffen wären; denn der Verband habe das Recht, sich eine derartige Gestaltung zu geben, daß er nicht als Versicherungsanstalt angesehen wird; eine Verpflichtung, sich der Aufsicht einer Behörde zu unterstellen, gäbe es an sich nicht. Hierauf erklärte der Vertreter des kgl. Polizeipräsidiums, daß er die angegriffenen polizeilichen Strafverfügungen zurückziehe. Somit ist die Zahlstelle der Tischler für Berlin wieder freigegeben.

**Von seltener Nächstenliebe** ist der Angeklagte erfüllt, welcher gestern in der Person eines gewissen, oftmals bestraften Karl Kühn vor der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I stand. In einer August-Nacht war ein Bewohner der Blücherstraße vor seinem Hause ziemlich ermüdet angelangt und da er keinen Hausschlüssel bei sich hatte, so hatte er sich in die Thürnische gestellt und war dort glücklich eingenickt. Er erwachte durch einen kräftigen Ruck an seiner Uhrkette und sah den Angeklagten vor sich, welcher sich offenbar bemüht hatte, die Uhrkette abzureißen. Derselbe that aber außerordentlich unschuldig und menschenfreundlich, denn er versicherte dem Schläfer, daß er sich nur bemüht habe, ihn aus der gefährlichen schiefen Stellung, welche er beim Schlafen angenommen, habe herausreißen und aufrichten wollen, damit er nicht falle. Der so seltsam aus dem Schlafe Gestörte war aber ein ungläubiger Thomas, er verfolgte den Angeklagten, bis ein Wächter des Weges kam, welcher den Menschenfreund in Empfang nahm und zur Polizeiwache beförderte. Dort wurde er in eine Detentionszelle gesperrt, die schon einem Schlächter als Aufenthaltsort angewiesen worden war. Derselbe war erst ganz kurze Zeit in Berlin, hatte Gelegenheit gefunden, schon mit dem „groben Unfug-Paragraphen" bekannt zu werden und schlief nun in der Zelle der Polizeiwache den Schlaf des Gerechten. Als er gegen Morgen geweckt wurde, vermißte er sofort seine Uhr aus der Westentasche. Da dieselbe unmöglich verschwunden sein konnte, so suchte man einfach danach und fand sie endlich in dem — Hufkutter des Angeklagten. Der gute Mann hatte, er versicherte, sich nur einen „Scherz" machen wollen, durch welchen er seinen Leidensgenossen in der Trübsal seines Herzens etwas zu erheitern gedachte. Der Gerichtshof war aber ebenso ungläubig, wie der Schläfer in der Blücherstraße und verurtheilte den g'spaßigen Menschen zu zwei Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

**Wegen Falschreides** wurde gestern der Nachtwächter August Sitzmann vor der 3. Strafkammer am hiesigen Landgericht I zur Verantwortung gezogen. Derselbe hatte in einer Nacht Veranlassung zu haben geglaubt, einen Mann zur Wache zu befördern und als gegen denselben die Anklage wegen ruhestörenden Lärms vor dem Schöffengericht verhandelt wurde, hatte der Wächter mit seinem Eide auch behauptet, daß der Angeklagte einem anderen Manne auf den Rücken gesprungen sei. Er war dann von dem Richter befragt worden, ob er den Angeklagten auch genau wieder erkenne und soll nun, nach dem Ausweise des Protokolls, beschworen haben: „In der Person irre ich mich nicht." Thatsächlich ist es aber eine ganz andere Person gewesen, welche den Sprung auf den Rücken ausgeführt hat, und als dies bekannt wurde, ist das Verfahren gegen den Wächter eingeleitet worden. Derselbe berief sich nun auf Zeugen darüber, daß er in der Gerichtsverhandlung über die Persönlichkeit des damaligen Angeklagten doch selbst zweifelhaft geworden und seine Bekundung dahin eingeschränkt habe, daß er denselben nur wieder zu erkennen glaube. Der Gerichtshof hielt daraufhin die Fassung des Protokolls nicht für beweisend und erkannte auf Freisprechung.

**Eine bemitleidenswerthe Angeklagte** stand gestern in der Person der Arbeiter-Ehefrau Anna Vogler vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Sie war der intellektuellen Urkundenfälschung beschuldigt und geständig, obgleich sie bestritt, daß sie von der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise eine Ahnung gehabt. Ihr sehnlichster Wunsch sei es gewesen, ein Kind zu besitzen; aber für die Erfüllung dieses Wunsches war keine Aussicht vorhanden. Da wurde ihr im März d. J. das erst einige Wochen alte Töchterchen eines armen verlassenen Mädchens angeboten und sie glaubte gleichzeitig ein gutes Werk zu thun, wenn sie das Kind als ihr eigenes annahm. Um eine spätere Entdeckung, daß sie nicht die rechte Mutter des Kindes sei, zu verhüten und um das Letztere dadurch vor einer Täuschung zu bewahren, ging sie hin und meldete es beim Standesamte als von ihr geboren an. Die Angeklagte meinte unter Thränen, sie müsse doch demjenigen, das ihr zu eigen gegeben worden, auch ihren Namen beilegen dürfen. Staatsanwalt Dr. Stephan hob hervor, daß der Fall so milde wie nur denkbar liege, er beantragte das zulässig niedrigste Strafmaß, einen Tag Gefängniß und der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage. Der Präsident entließ die Angeklagte mit einigen Trostesworten.

**Mit kaum glaublicher Frechheit** hat die mehrfach vorbestrafte unverehelichte Martha Kube, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand, einen Diebstahl und einen Betrugsversuch ausgeführt. Sie stand eines Tages in der Nähe eines Korbmacherladens, als sie gewahrte, wie der Inhaber sich von seiner ihn bis vor die Thür begleitenden Ehefrau verabschiedete, um einige Geschäftsgänge zu besorgen. Einige Zeit darauf betrat die Angeklagte den Laden, wobei sie gleichzeitig einen der Körbe, die an der Thür hingen, an sich nahm. Sie erklärte der aus der Nebenstube hervortretenden Meisterin, daß sie den Korb Tags zuvor von ihrem Ehemanne für ihre in der Nachbarschaft wohnende Herrschaft gekauft habe, die letztere sei mit dem Korb aber nicht zufrieden und wünsche die dafür gezahlte Mark zurück. Die Meisterin wollte sich auf nichts einlassen, sonst hätte sie den Korb bezahlt, der ihr selbst gestohlen war. Die Angeklagte mußte sich somit mit dem Korbe begnügen, den sie wieder mitnahm. Der Gerichtshof belegte die Angeklagte mit 9 Monaten Gefängniß.

* * *

## Elberfelder Sozialistenprozeß.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Zeuge Decker, Schuhmacher aus Bochum (vereidigt): Ich war nicht bei einer Versammlung in Blankenstein, sondern mit meiner Familie. Es ist mir nicht bekannt, daß Personen eingeladen wurden.

Zeuge Fernholz, Fabrikarbeiter aus Blankenstein (vereidigt): Ich war auf dem Thurm in Blankenstein. Es wurde ein rothes Tuch an die Stange gebunden. Lieder wurden gesungen, ob sozialdemokratische, weiß ich nicht.

Zeuge Steffen, Bergmann aus Blankenstein (vereidigt): Ich war am 28. Juni 1885 in Blankenstein; es waren etwa 50 oder mehr Personen da. Eine rothe Fahne wurde aufgehißt.

Zeuge Breusing, Fabrikarbeiter aus Blankenstein (vereidigt): Im Juni 1885 sah ich eine Anzahl Leute in Blankenstein; ich kannte zwei Personen, die später kamen. Eine Ansprache wurde gehalten. Von sozialdemokratischen Liedern habe ich nichts gehört.

Zeuge Schwarz, Schlosser aus Krähwinkel (vereidigt): Vergnügungshalber ging ich nach Blankenstein, wo ich viele Leute bemerkte. Ich habe nicht bemerkt, daß einige rothe Shlipse trugen. Ich bin Sozialdemokrat. Ich kann mich nicht erinnern, sozialdemokratische Lieder oder Reden gehört zu haben, auch nicht, ob ich einen rothen Shlips trug. Dr. Schönlank war einmal in Velbert; ich sah ihn mit mehreren Personen. Meist aus Köln war einmal in Velbert; ich habe nicht mit ihm gesprochen.

Zeuge Martin tritt ein.

Verth.: Sollen die früher Angeschuldigten als Zeugen vernommen werden?

Präs.: Der Gerichtshof wird bei jedem Zeugen darüber beschließen.

Zeuge Martin (unvereidigt): Ich war in Blankenstein; sozialdemokratische Lieder habe ich nicht gehört, auf rothe Shlipse nicht Obacht gegeben. Die rothe Fahne oder Reden habe ich nicht bemerkt. Verkauft habe ich keine rothen Shlipse; unterwegs habe ich meinen Shlips einem Andern gegeben. (Der Zeuge wird auf Antrag des Staatsanwalts noch nicht entlassen.)

Vom Präsident wird verkündet, daß der gestern wegen Eidesverweigerung verhaftete Zeuge Julius Weber vernommen zu werden wünscht, derselbe soll sofort vorgeführt werden.

Zeuge Copaller, Fabrikarbeiter aus Iserlohn: Von einer geheimen Versammlung im Felsenmeer ist mir nichts bekannt; es kommen Sonntags dort Tausende hin. (Der Zeuge wird vereidigt.) Ich gehöre seit 1875 der sozialdemokratischen Partei an. Aus der Leipziger Genossenschaftsdruckerei habe ich Schriften bezogen.

Rechtsanwalt Lenzmann: Wir ersuchen den Zeugen Julius Weber hereinzuführen, da Polizeikommissar Kammhoff anwesend ist.

Staatsanwalt: Ich muß mich gegen die fortwährenden Anzapfungen der Polizei wenden.

Rechtsanwalt Lenzmann: Wir müssen die Zeugen vor Beeinflussung zu schützen suchen.

Zeuge Tilger, Polizeikommissar in Düsseldorf (vereidigt): Bei Reinsdorff habe ich gelegentlich einer Haussuchung ein Fläschchen gefunden und an die Staatsanwaltschaft geschickt. Gefunden habe ich verschiedene Schriften, wie „Neuer Welt-Kalender" u. a.; ob stets nur ein Exemplar, weiß ich nicht. Die Schriften sind unverboten.

Wind: Beim Düsseldorfer Sozialistenprozeß hat Zeuge bei mir gehaussucht, obgleich ich schon in Elberfeld war.

Tilger: Ich hielt Haussuchung bei Schmalz, der mir eingestand, für Wind Packete angenommen zu haben. Schmalz hatte ein Packet wieder in seine Wohnung genommen, geöffnet und gesehen, daß der Sozialdemokrat darin war. Mit Schmalz bin ich per Droschke in die Wohnung Wind's gefahren, wo ich nichts fand.

Zeuge Julius Weber wird vorgeführt.

Weber: Ich will meine Aussage beeidigen. Ich habe an Wilsing Mittheilungen gemacht, ich weiß nicht mehr welche. (Er wird vom Präsidenten ernstlich zur Wahrheit ermahnt.) Die an Polizeikommissar Wilsing gemachten Mittheilungen waren nicht ganz ehrlich. Ich habe Wilsing theils etwas verschwiegen, theils zu viel gesagt, ich habe übertrieben. (Auf Vorhalt des Präsidenten:) Ich war in der Versammlung, als die Kongreßdelegirten gewählt wurden. Wer außerdem dabei war, darüber verweigere ich die Auskunft.

Der Zeuge wird aufmerksam gemacht, daß er die Auskunft nicht verweigern dürfe, da er nicht als Angeklagter, sondern als Polizeispion hier sei. Er solle die Wahrheit sagen, da er sonst wegen Meineids in's Zuchthaus wandern müßte.

Weber: Mathildenblick kenne ich nicht. Der Wahl Bierenfeld habe ich beigewohnt; die andern dabei Betheiligten weiß ich nicht mehr. Ich weiß nicht bestimmt, ob Jemand den Vorsitz führte. Wenn ein Vorsitz geführt wurde, war's vielleicht. Ich habe immer darauf angetragen. Bierenfeld wurde gewählt. Die Wahl schwankte zwischen ihm und mir. Dem Polizeikommissar habe ich Mittheilung gemacht. Ich weiß nicht mehr, ob Küpper dabei war.

Präsident: Ihre Halbheit wird Sie in's Zuchthaus bringen.

Weber: Ich bin so wie so ein verlorener Mensch. Auch Andere müssen dem Kommissar Mittheilungen gemacht haben. Thielmann war nicht zugegen, aber Borchart, Bierenfeld und möglicherweise auch Stürmer. Es wurde öffentlich, nicht durch Stimmzettel gewählt. Bei der Versammlung, wo Bierenfeld Bericht erstattete, war ich nicht. (Auf die Vorhaltungen des Präsidenten:) Ich weiß mich nicht zu besinnen.

Bebel: Ist diese Zusammenkunft am Biertisch gewesen, wo vielleicht Bierenfeld erzählte? Ich vermuthe, daß viele dieser geheimen Zusammenkünfte am Biertisch stattfanden und von den Polizeispitzeln bloß aufgebauscht werden, um sie gefährlich erscheinen zu lassen.

Weber: Das kann möglich sein, daß ich da dabei war. Ich weiß es nicht mehr, ob Bierenfeld dabei war, und wenn Sie mich erschießen. Ich habe in den letzten zwei Jahren mehr gelitten, als einer der Angeklagten. Mir wäre es am liebsten, wenn ich heute Abend erschossen würde. Eine feste Organisation bestand überhaupt nie. Zusammenkünfte wurden nur unter verschiedenen Freunden abgehalten, wegen des Hasenclevefonds. Von der Verbreitung des „Sozialdemokrat" weiß ich nichts. Wir sind zusammengekommen und haben über die „Fr. Pr." gesprochen, so mit Gilles. Es ist möglich, daß ich eine Preßkommission vorgeschlagen habe. Ich habe mehrere Exemplare des „Sozialdemokrat" per Brief bezogen.

Bebel: Wieviel Exemplare des „Soz." haben Sie bezogen?

Weber: Zwei.

Bebel: Haben Sie davon regelmäßig eins dem Polizeikommissar Wilsing ausgehändigt?

Weber: Ja.

Bebel: Hat Kommissar Wilsing Sie veranlaßt, die Exemplare für ihn zu abonniren?

Weber: Ja. (Große Bewegung.)

Rechtsanwalt Lenzmann: Ich bitte, den Mann heute zu entlassen, da er bei der Vernehmung in normalem Zustande sein muß, um ihn am Donnerstag weiter vernehmen zu können. Ich garantire dafür, daß ihm von den Angeklagten nichts geschieht, sonst legen wir die Vertheidigung nieder.

Weber: Ich bin den Angeklagten viel zu schlecht, als daß sie mich noch schlagen würden.

R.-A. Lenzmann: Ich habe aber noch zwei Fragen an den Zeugen: Wurden Sie für die der Polizei geleisteten Dienste bezahlt? Bezogen Sie ein festes Gehalt oder erhielten Sie nach der Quantität Ihrer Mittheilungen Bezahlung?

Weber: Festes Gehalt erhielt ich nicht, sondern ab und zu Vergütung für meine Zeitversäumniß.

R.-A. Lenzmann: Wenn Sie viel lieferten, floß dann die Quelle reichlicher?

Weber: Das könnte ich gerade nicht sagen.

Verth. Lenzmann: Wie sind Sie an die Polizei gekommen, freiwillig oder wurden Sie aufgesucht?

Weber: Ich bin durch andere Verhältnisse dazu gezwungen worden, der Polizei Dienste zu leisten. Ehe ich mich umsah, stak ich drin, ich wußte selbst nicht wie.

Verth. Lenzmann: Waren Sie in Noth? Sie sagten gestern, Ihre Frau wäre krank gewesen?

Weber: Ja. Ich habe zahlreiche Familie und war arbeitslos.

Der Zeuge Weber wendet sich an die ihm zunächst sitzenden Angeklagten, bittend, ein gutes Wort für ihn einzulegen, damit er heute frei käme.

Der Zeuge wird bis Donnerstag Vormittag entlassen, nachdem er eindringlich ermahnt worden, sich alles zu überlegen und genau die Wahrheit zu sagen, widrigenfalls ihn die Strafe des Meineides treffe.

Die Vertheidigung beantragt die Vernehmung des im Saale anwesenden Polizeikommissars Kammhoff.

Derselbe tritt an den Zeugenstand.

Verth. R.-A. Lenzmann: Sie haben der Frau Vollmuß zugemuthet, daß, was Sie von ihrem Mann in Bezug auf Sozialdemokratie wisse, gegen Geld der Polizei mitzutheilen?

Kammhoff: Ich bin nicht bei Frau Vollmuß gewesen und Geld habe ich für den Verrath an ihrem Mann nicht geboten.

Die Vertheidigung beantragt die Ladung einer Zeugin, die über die Sache aussagen soll. (Frau Vollmuß ist bereits als Zeugin geladen.)

Um zwei Uhr wird die Sitzung auf Mittwoch, den 27. November, Morgens 9 Uhr vertagt.

---

# Soziale Uebersicht.

**Warnung an alle Kernmacher Berlins!** Das ehemalige Mitglied unseres Vereins Adolf Wenzel bekam im Frühjahre durch eine Annonze in der „Volkszeitung" Arbeit

in der Messinggießerei von Herrn Wagner in Chemnitz. Da Arbeit genug vorhanden war, ging alles gut. Jetzt aber ist nicht viel zu thun, und nun sucht der Herr Meister durch allerlei Machinationen unseren Kollegen aus Arbeit zu bringen. Kollege Wenzel stellte Herrn Wagner darüber zur Rede, derselbe hatte darauf u. A. die Antwort: „Wenn es Ihnen nicht paßt, so schreibe ich nach Berlin, da bekomme ich soviel, wie ich nur haben will. Ich warne hiermit alle Kollegen, im Fall einer Annonze, nach Chemnitz zu gehen, Herr Wagner kann Chemnitzer einstellen. Es ist für uns hier jetzt Arbeit genug vorhanden. Alfred Schmidt, Vorsitzender des Fachvereins der Kernmacher und verwandten Berufsgenossen.

**An dem Luckenwalder Hutarbeiter- und -Arbeiterinnenstreik** sind 832 Personen betheiligt. Der Streik ist lediglich ein Prinzipienstreik, indem es sich darum handelt, daß die Maßregelungen, die infolge der hiesigen Arbeiterbewegung erfolgt sind, aufhören und um die Differenzen der Arbeiter der Hutfabrik von Cohn und Amend beizulegen. Obgleich die Fabrik, wenn auch mit ungenügenden Kräften, bis heute gearbeitet hat, ist dieselbe doch heute geschlossen worden, da ein großer Theil der Streikbrecher zu den Streikenden getreten ist und nur Frankfurter, die s. Z. hierhergekommen sind, in der Fabrik hausen.

Das Zentralstreikkomitee ist zu einer Sitzung, an der der Landrath des hiesigen Kreises theilnehmen wird, geladen worden. Alle Sendungen in Betreff des Hutarbeiterstreiks sind an den Hutarbeiter Tinius, Schanklokal von Baatz, Brandenburgerstraße zu richten, der Metallarbeiter aber an Georg Wolter, Dessauerstr. 15.

**Luckenwalde,** den 26. d. M. Die Arbeiter der Maschinenfabrik von Efselius haben wegen Maßregelung eines Arbeiters, der schon 23 Jahre in der Fabrik beschäftigt war, die Arbeit niedergelegt. Der Fall ist um so wichtiger, als die Maßregelung deswegen erfolgt ist, weil die Tochter des Arbeiters, Frl. Anna Schulze, die Sprecherin der hiesigen Hutarbeiterinnen ist und so in den Versammlungen für die Interessen der Arbeiterinnen eintritt. Da Frl. Schulze von Seiten ihres Prinzipals nichts zu befürchten hat, da ihre Mitarbeiter sich mit ihr solidarisch erklärt haben, hat Herr Efselius den Handlanger des Fabrikanten-Vereins in dieser Sache gemacht und einen 65 jährigen Arbeiter aufs Pflaster gesetzt. Von Seiten des Fabrikanten ist die Bedingung gestellt, daß Schulze nur dann wieder in Arbeit treten kann, wenn seine Tochter aus dem Arbeiterinnen-Verein ausscheidet und nicht mehr in Versammlungen spricht. Diese Bedingung ist aber von dem Arbeiter trotz seines hohen Alters nicht angenommen worden, und es haben sich infolge dessen die Mitarbeiter, 24 an der Zahl, mit ihrem Kollegen solidarisch erklärt und die Arbeit eingestellt. Alle Sendungen sind an Georg Wolter, Luckenwalde, Dessauerstr. 15, zu richten.

# Versammlungen.

**Auf den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis** wollen die ehemaligen Kartellverbündeten einen „Ansturm" unternehmen, diesmal vorläufig in getrenntem Marsche. Die Nationalliberalen des Wahlkreises waren am Montag (im Restaurant Damerow, Chausseestraße) versammelt. Wie viele ihrer waren, verschweigt des uns zugegangenen Berichtes Höflichkeit. Der Vorsitzende, Professor Lorzing, meinte: Die Partei dürfte schon recht zufrieden sein, wenn sie einen Kandidaten aufstellen könne. Diese Bescheidenheit ist rührend, Niemand wird so grausam sein, den Nationalliberalen das Vergnügen einer Kandidatenaufstellung zu mißgönnen, wenn sie eine solche ihrer „Zufriedenheit" schuldig zu sein glauben. Der Redner des Abends war Herr Kulemann. Derselbe gab u. A. die Entdeckung zum Besten, daß in den Sozialismus ein Programm nicht, wie man gewöhnlich meine, von Marx, sondern von Schäffle hineingebracht worden sei. Erwähnenswerther als die eigenen Gedanken des Herrn Kulemann waren einige Mittheilungen, welche derselbe vom Diner beim Minister von Bötticher mitbrachte. Er äußerte: „Das Sozialistengesetz sei durch das Bestehen der Regierung auf dem Ausweisungsparagraphen gefährdet. Aber in nationalliberalen und den Regierungskreisen verhehle man sich nicht, daß die Wahlen schwerlich wieder „so gut" ausfallen würden, wie das vorige Mal. Der Staatsminister v. Boetticher habe sich deshalb entschlossen, den Fürsten Bismarck aufzusuchen und zu versuchen, ihn umzustimmen." Und wenn nun wirklich Fürst Bismarck von den Nationalliberalen umgestimmt würde, und nicht — wie gewöhnlich — umgekehrt, glaubt das Kartell dann die Wahlschlacht zu gewinnen? Da erkannte die Lage doch Herr von Liliencron besser, welcher an demselben Abend vor den Konservativen des nämlichen Wahlkreises (in der „Norddeutschen Brauerei") referirte. Er begann: „Ich kann es nicht leugnen, daß viele Leute recht trübe gestimmt sind". Und Herrn v. Liliencron's Rede war eine einzige bewegliche Klage, der Redner kam einem vor, wie der Prophet Jeremias. Und doch ist kein Unglück so riesengroß, daß nicht ein Hoffnungsblümlein sprießt. Herr v. Liliencron erzählte seinen bereits verzagenden Zuhörern, daß er vor zwanzig Jahren in einer sozialdemokratischen Versammlung gesprochen und daß er nie in seinem Leben solchen Beifall gefunden habe, wie damals. Da faßten die Konservativen Trost und es kam über sie wie eine Erleuchtung. Sie hatten den Mann gefunden, der den Kampf gegen die Sozialdemokratie siegreich bestehen wird. Herr v. Liliencron wurde als Reichstagskandidat proklamirt.

**In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 4. Reichstagswahlkreis** hielt Dr. Bruno Wille einen Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein in der Volkswirthschaft". Den Vortrag, während dessen zweimal eine Versammlung aufgelöst worden ist (erst eine Versammlung der Hausdiener und dann eine der Gärtner) vermochte der Redner diesmal zu Ende zu halten. Nachdem er den Begriff des „Kampfes ums Dasein" aus der Lehre Darwin's festgestellt hatte, legte er den Kampf ums Dasein in der Volkswirthschaft dar, wo er sich zwischen Unternehmer und Unternehmer, zwischen Arbeiter und Arbeiter, zuletzt aber entscheidend zwischen Kapital und Arbeit abspielt. Nicht jeder Interessenkampf wird aufhören, erst aber derjenige, welcher die schwächeren Individuen willkürlicher Vernichtung durch die stärkeren preisgiebt. Nachdem Redner noch mehrere Einwände der Antisozialisten widerlegt hatte, schloß er folgendermaßen: „Wir alle kämpfen den Kampf ums Dasein und bluten an ihm aus tausend Wunden, solche sind: übermäßige Arbeitszeit, Siechthum, zerstörtes Familienleben, mangelnde Bildungsgelegenheit u. s. w. Doch ein Wasser heilt alle diese Wunden, ein Wasser so groß, daß es die Wunden von Millionen ausspült. Das Wasser ist der Strom der Arbeiterbewegung. Wohl sucht man ihn aufzuhalten, ihm Abzugskanäle zu graben. Er braust weiter mit gewaltig zunehmender Kraft. Er mag wohl auch einmal eine Ueberschwemmung bewirken. Dann aber, nachdem diese sich verlaufen, erscheint blühendes Gefilde mit einer neuen und schönen Vegetation." Den Vortragenden lohnte reicher Beifall. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde der Bescheid des Polizeipräsidiums, betr. die Auflösung einer Kommunalwählerversammlung im „Böhm. Brauhause" in dem Augenblick, als Herr Stadthagen das Wort nahm, mitgetheilt und besprochen; diese Besprechung interessirte namentlich den überwachenden Polizeilieutenant. Es wurde außerdem über die Gleichgiltigkeit und Lässigkeit vieler Arbeiter bei den Kommunalwahlen geklagt, insbesondere der Tischler; der Punkt ist im „Berl. Volksbl." schon erwähnt.

**Eine öffentliche von zirka 800 Personen besuchte Bildhauerversammlung** fand am 25. d. im Konzerthaus Sanssouci statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Der Stand unserer Bewegung" referirte Kollege Dupont. Im Anfang seiner Ausführungen geißelte Redner in ironischer und schlagender Weise die Bestrebungen der Innungsbrüder, wie dieselben in den Verhandlungen der letzten Delegirten-Versammlung des Innungs-Ausschusses zum Ausdruck gelangt seien. Diese Versammlung habe sich mit dem Streik und speziell mit den vom Streikkomitee der Bildhauer verhängten Sperren beschäftigt, und man wäre dabei natürlicherweise zu dem Ergebniß gelangt, daß das Vorgehen der Bildhauer ein ungerechtfertigtes, die Forderungen „unverschämte" seien. Dieser letztere, von einem Redner gebrauchte geistreiche Ausdruck wurde noch übertroffen durch andere, die Streiks im Allgemeinen betreffende Aeußerungen: „man müsse die Streikbrüder aushungern", „die Juden aus dem Reichstag bringen" u. s. w. Daß die Innungsbrüder sich mit einer Petition an den Reichstag wenden wollen um eine „Deklaration" des Koalitionsgesetzes resp. Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu Gunsten der Unternehmer, sei übrigens wieder ein Beweis dafür, daß wir zweierlei Recht haben. Die Innungsbrüder dürften sich zum Schutz ihrer vermeintlichen Interessen an die Gesetzgebung wenden; den Arbeitervereinen sei es streng verboten, politische Dinge nur zu erörtern. Zum Verein der selbstständigen Bildhauer übergehend, erwähnt der Referent die verunglückte Eingabe an das Polizeipräsidium um Schutz speziell gegen die Werkstattsperren. Es sei dies ein wohlverdienter Nasenstüber gewesen, den die Herren da bekommen hätten. Was die gegenwärtige Bewegung anbelange, so nehme dieselbe ohne Zweifel einen siegreichen Verlauf. 220 Werkstätten haben bewilligt, widerständen auch einzelne kapitalkräftige Prinzipale noch, gäbe es auch einzelne indifferente Kollegen, so dürfe man sich deshalb doch nicht entmuthigen lassen. Auswärts sei schon vielfach Arbeit für größere hiesige gesperrte Werkstätten zurückgewiesen worden, was hauptsächlich dem Verband der Bildhauer zu danken sei. Redner ermahnt zum Schluß, den Kampf mit Zuversicht weiterzuführen und so unsern Sieg zu einem vollständigen zu machen. (Beifall.) Ueber die finanziellen Verhältnisse gab Kollege Klose einen gedrängten Ueberblick. Darnach sind an Unterstützungen bis jetzt gezahlt worden: 3042 M., der Gauverein zahlte 800 M. an Unterstützungen. Gesammtausgabe der Kommission 3808 M. Gesammteinnahme 5924 M., von Gewerkschaften 1140, von auswärtigen Bildhauer-Vereinen sind dem hiesigen Gauverein 2500 M. überwiesen worden. In der Diskussion sprachen sich sämmtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Kollege Winkler kritisirte das anfänglich wohlwollende jetzt so kläglich reaktionäre Gebahren des Prinzipalvereins. Die Gehilfen würden auch nach Weihnachten ihre Forderungen hochhalten und die Hoffnungen der Prinzipale zu Schanden machen. Eine Resolution des Inhalts, daß die heutige öffentliche Versammlung der Bildhauer sich solidarisch erklärt, mit den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Bewegung und den dadurch anzustrebenden besseren Lebensbedingungen nur das Mittel sieht, die Bildhauer zum Kampf für ihre weiteren sozialen und politischen Ziele zu befähigen, das Verhalten des Vereins selbstst. Bildhauer ein reaktionäres nennt, in dem Kleinmeisterthum nur die Vermittelung der Kapitalisten und der Arbeiter ersieht und deshalb in der Beseitigung des Kleinmeisterthums einen Fortschritt auf dem Wege zur sozialistischen Produktionsweise erblickt, wird einstimmig angenommen. Desgleichen eine zweite Resolution: Die Versammlung beschließt, gemäß den Beschlüssen des Pariser Kongresses, den 1. Mai 1890 für einen Feiertag zu erklären, und an diesem Tage Versammlungen abzuhalten zu Gunsten des Achtstunden-Arbeitstages und erwartet ferner von der Regierung, die Betheiligung an dem von der Schweiz geplanten Kongresse zur Berathung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Bei „Verschiedenes" wurde bedauert, daß sich hier und da die Tischler der Einführung der kürzeren Arbeitszeit bei den Bildhauern insofern widersetzten, als die regelmäßige Beibehaltung der Eßpausen gefordert würde, was bei der jetzigen verkürzten Arbeitszeit nicht immer möglich ist. In einzelnen Werkstätten sei übrigens durch die Vermittlung der Kommission die Sache schon geregelt. Kollege Plage rügt in scharfer Weise das Verhalten einzelner Bildhauer bei der Stadtverordnetenwahl im 11. Wahlbezirk. Dort sollen Kollegen für den antisemitischen Dr. Irmer gestimmt haben. Er finde eine solche Handlungsweise schmachvoll. (Lebhafter Beifall.) Nach Besprechung einiger Werkstattangelegenheiten schloß die Versammlung.

**Luckenwalde,** 27. November. Gestern tagte in Lackner's Restaurant eine öffentliche Versammlung der Hutarbeiter und Arbeiterinnen von Luckenwalde. Dieselbe war von 4—5000 Personen besucht. Die Tagesordnung war: 1. Der Generalstreik und seine Bedeutung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Zum 1. Punkt hatte Kollege Völkel aus Berlin das Referat. Derselbe legte in klarer und deutlicher Weise die Bedeutung des Generalstreiks und seine event. Folgen dar. Referent führte aus, daß sich jetzt schon Entrüstung in Luckenwalde bemerkbar macht gegen diejenigen Leute, welche den friedlichen Arbeiter hiesiger Stadt zu einer derartigen Maßregel veranlaßt haben. Es sind sogar schon Gerüchte von Blättern der Bourgeoisie aufgebracht worden, daß man es hier mit sozialistischen „Aufhetzereien" zu thun hätte, und daß deshalb die Besetzung der Stadt durch Militär erfolgen müsse, um die Sicherheit des Eigenthums zu schützen. Gegen derartige Gerüchte müssen wir uns entschieden verwahren. Die Hutarbeiterschaft Luckenwaldes kämpft nur einen gerechten Kampf, und wird es wohl auch verstehen, denselben mit allen gesetzlichen Mitteln durchzuführen, um dadurch solche Gerüchte hinfällig zu machen. Des Weiteren wurde von Kollege Völkel ein Appell an das Solidaritätsgefühl sämmtlicher Anwesender gerichtet und einem Jeden es ans Herz gelegt, Hand in Hand, Schulter an Schulter mit den Streikenden diesen aufgezwungenen Kampf zum Siege zu führen. Es ist kein Grund vorhanden, den Muth sinken zu lassen, da nicht allein die Hutarbeiterschaft Deutschlands, sondern die Arbeiterschaft der ganzen Welt hinter den Streikenden steht, und dafür Sorge tragen wird, daß die Noth, das Schreckgespenst der Arbeiter, nicht an sie herantritt. In der Diskussion sprach Frau Gubela aus Berlin, und zwar richtete sie speziell an die Arbeiterinnen der Hutbranche den Appell, ebenfalls den aufgenommenen Kampf in Gemeinschaft mit den Männern ohne Furcht und Zittern weiter zu kämpfen, bis der Sieg errungen ist. Auch sie erklärt es für unbedingt nothwendig, daß die Arbeiterinnen Luckenwaldes sich insgesammt der Frauenbewegung Deutschlands anschließen, um auch ihre Interessen gegen den Kapitalismus zu wahren. Die Versammlung wurde nach Annahme folgender Resolution geschlossen: „Die heute im Lackner'schen Lokal tagende Versammlung erklärt den Generalstreik der hiesigen Hutarbeiter und Arbeiterinnen für gerechtfertigt und verpflichtet sich, mit allen gesetzlichen Mitteln dafür einzustehen.

* * *

**Achtung.** Die zum Donnerstag, den 28. November, nach der Brauerei Fried. Ichtheim einberufene Volksversammlung kann nicht stattfinden, da die polizeiliche Genehmigung nicht ertheilt wurde.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis.** Donnerstag, den 28. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Deichel, Sebastianstr. 39. Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Verschiedenen politischen Parteien im Reichstag. Referent Gottfried Schulz. 2. Aufstellung eines Kandidaten zur bevorstehenden Reichstagswahl. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

**Sozialdemokratischer Lese- und Diskutirklub Lassalle.** Jeden Donnerstag Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Ziemer, Cuvrystraße 16. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

**Kommunalwähler-Versammlung des 35. Kommunal-Wahlbezirks** am Donnerstag, den 28. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lehmann, Schwedterstr. 23. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl. Referenten: Rechtsanwalt Arthur Stadthagen und Robert [illegible]. 2. Diskussion und Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

**Große öffentliche Versammlung der Weber-, Tuchmacher-, Raschmacher-Gesellen, sowie der selbstständigen Arbeiter dieser Branchen Berlins und Umgegend** am Donnerstag, den 28. November, Abends 8 Uhr, im Lokal Königsbank, Große Frankfurterstr. 117. Tagesordnung: 1. Wie verhalten sich die Gesellen zu folgenden Fragen: Prozentfrage, Stuhlfrage, Kündigungswesen, Zweidrittel-Lohnsystem und sonstige Beschwerden. Referent A. Schuster. Korreferent: P. Wagner. Diskussion. 3. Formulirung event. Forderungen den Meistern gegenüber. 4. Verschiedenes.

**Große Versammlung des Vereins der Nähmaschinen- und Handarbeiterinnen Berlins und Umgegend** am Donnerstag, den 28. November, Abends 8 Uhr, in Moabit, Ahrend's Brauerei, im großen Saal. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Zubeil über: Zweck und Ziele der Frauenbewegung. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Wahl einer Bevollmächtigten. 5. Wahl einer Kassirerin. 6. Wahl einer Schriftführerin. 7. Verschiedenes. Herren und Damen aus sämmtlichen Berufszweigen haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Die Herren Berichterstatter sind hierzu eingeladen.

**Verein Berliner Papier- und Schreibwaaren-Händler.** Donnerstag, den 28. November, Abends 8½ Uhr, Versammlung im Restaurant Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: 1. Der Bescheid des Provinzial-Schulkollegiums und unser Verhalten dazu. 2. Waarenmuster-Auslegung und Einkauf. 3. Vereinsangelegenheiten. (Aufnahme neuer Mitglieder, Bericht bei der Sparkasse ꝛc.) 4. Verschiedenes und Fragekasten.

**Große öffentliche Versammlung der Sattler** und Berufsgenossen am Donnerstag, den 28. November, Abends 8½ Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a. Tagesordnung: 1. Ist die gegenwärtige Lage der im Sattlergewerbe beschäftigten Arbeiterschaft eine verbesserungsbedürftige? 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Gründung einer Werkstattsorganisation resp. Wahl von Werkstattsdelegirten. 4. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. Um das Erscheinen Aller wird dringend ersucht.

**Die Kranken- und Begräbnißkasse des Vereins sämmtlicher Berufsklassen** Berlin I hält Sonnabend, den 30. d. M., Abends 8 Uhr, Blumenstr. 74, bei Wallschläger eine Versammlung ab. Tagesordnung: Geschäftliches, Mittheilungen, Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung.

**Der Unterstützungsbund der Hausdiener Berlins** hält am 3. Dezember 1889 bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 74, eine Mitglieder-Versammlung ab, mit folgender Tagesordnung: 1. Mittheilungen. 2. Abrechnung von den Festen und Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. Die Kollegen werden gebeten recht zahlreich zu erscheinen.

**Der Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter** befindet sich Neue Roßstraße 78 bei Winzer. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11½ Uhr, sowohl an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. Die Arbeitsvermittelungs-Kommission.

**Gesang-, Turn- und gesellige Vereine** am Donnerstag: Männergesangverein „Cäcilia" Abends 9 Uhr in Bethin's Restaurant, [illegible] — Gesangverein „[illegible]" Abends 8½ Uhr im Restaurant [illegible] Köpnickerstraße 100. — Männergesangverein „Nordstern" Abends 9 Uhr Restaurant Pohl, Müllerstraße 7. — Schäfer'scher Gesangverein „[illegible]" Abends 9 Uhr bei Wolf u. Krüger, Skalitzerstraße 126. Gesangverein „Blüthenkranz" Abends 9 Uhr im Restaurant Brandenburgstraße [illegible] Männergesangverein „Alexander" Abends 9 Uhr im Restaurant Rose, [illegible]bergerstraße 8. — Männergesangverein „Firmitas" bei Kinner, Köpnicker[illegible] Nr. 68. — Gesangverein Männerchor „St. Urban" Abends 9 Uhr [illegible]straße 9. — Gesangverein „Deutsche Liedertafel" Abends 9 Uhr [illegible]straße 100. — Gesangverein „Norddeutsche Schleife" Abends von 9 [bis] 11 Uhr Michaelkirchstraße 39. — Männer-Gesangverein Sanges[illegible] Abends 9 bis 11 Uhr, Frankfurter Bierhallen (Krüger), Gr. Frankfurterstr. — „Brunonia" Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Lehmann, Alexan[illegible]straße 32. — Turnverein „Hasenhaide" (Lehrlings-Abtheilung) Abends 8 Uhr Diefenbachstraße 60—61. — „Berliner Turngenossenschaft" (7. Abtheilung) Abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle [illegible]straße 17—18; — desgl. 6. Männer-Abtheilung Abends 8 Uhr städtischen Turnhalle, Gubenerstraße 51. — Lübeck'scher Turnverein ([illegible] Abtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstraße 57—58. — Allgemeiner Arends'scher Stenographenverein, Abtheilung „Louisenstadt", Abends 8½ Uhr Restaurant Preuß, Oranienstr. 51. — Arends'scher Stenographenverein „Phalanx" Abends 8½ Uhr im Restaurant „Zum Buckower Garten", [illegible]straße 9. — Deutscher Verein Arends'scher Stenographen Abends 9 Uhr Heidt's Restaurant, Koppenstr. 75, Unterricht und Uebung. — Berliner Stenographen-Verein (System Arends) Abends 9 Uhr im Restaurant Friedr[illegible] — Stolze'scher Stenographenverein „Nord-Berlin" Abends 9 Uhr [illegible]straße 44. — Verein der „Naturfreunde" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible]straße 35. — Verein der Unruhstädter Abends 8½ Uhr im „Königstadt[illegible]" Holzmarktstraße 72. — Verein ehemaliger F. W. Rettschlag'scher Schüler 1. und 3. Donnerstag jeden Monats im Café Schiller, Landsbergerstr. [illegible] Abends 8 Uhr. — Rauchklub „Fernspitze" Abends 8½ Uhr im Restaurant [illegible] Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub „Arcona" Abds. 9 Uhr bei Zeplinski, Reichenbergerstraße 71. — Rauchklub „Dezimalwaage" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] Krautstraße 48. — Rauchklub „Vorwärts" Abends 9 Uhr bei Herrn [illegible] Restaurant „Zum Amboß", Breslauerstraße 27. — „Orientalischer [illegible]" Abends 9 Uhr im Restaurant Wiebert, Oranienstraße 8. — Rauchklub „Plepe" Abends 9 Uhr Langestraße 70 bei Heindorf. — „Kollegia" Abends 9 Uhr bei Thiemermann, Skalitzerstraße 65. — Theatergesellschaft „Adlerschwinge" Sitzung 8½ Uhr Gartenstraße 14 bei [illegible] — Musikverein „Vorwärts" Uebung Abends von 9—11 Uhr Fischerstr. [illegible] Neue Mitglieder erwünscht. — Vergnügungsverein „Farinelli" Abends [illegible] Sitzung Fidelitas Invalidenstraße 139. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

# Neueste Nachrichten.

**Vertagung des Reichstages.** Die „Berl. Börsen-Ztg." meldet in sehr bestimmten Tone: „Die Vertagung des Reichstages tritt am 14. Dezember ein; die Verhandlungen beginnen dann wieder am 8. Januar. Es ist nicht anzunehmen, daß die zweite Lesung des Reichshaushaltsetats noch vor dem 14. Dezember werde erledigt werden können. Ja, es ist sogar zweifelhaft geworden, ob die zweite Lesung des Sozialistengesetzes noch vor Weihnachten zu erledigen sein wird. Das Bankgesetz soll in jedem Falle noch vor den Ferien zum Abschluß gebracht werden."

**Auf Grund des Sozialistengesetzes** sind in Braunschweig die Nummern 39, 41 und 47 sowie das fernere Erscheinen des von Lüttichau herausgegebenen „Vereinsblattes für die Maurer und Bauarbeiter Deutschlands" verboten worden.

# Depeschen.

**(Wolff's Telegraphen-Bureau.)**

**Antwerpen,** 27. November. In dem Prozeß wegen der am 6. September d. J. erfolgten Explosion der Corvilain'schen Patronenfabrik hat das Zuchtpolizeigericht den Eigenthümer der Fabrik, Corvilain, zu 4½ Jahren und den Direktor derselben, Delaunay zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt. Außerdem wurde gegen dieselben unter Verurtheilung in die Kosten auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 12 000 Frks. erkannt.

**Madrid,** 27. November. In der gestrigen Sitzung der Kammer erklärten der Minister des Innern und der Arbeitsminister, daß auf Cuba vollständige Ruhe herrsche.

**New-York,** 26. November. Die Stadt Lynn (Massachusetts) ist durch eine heute Mittag ausgebrochene Feuersbrunst zum großen Theil in Asche gelegt worden. Zwölf Häuserblocks mit großen Schuhfabriken, sowie der Zentralbahnhof, mehrere Banken, Zeitungsoffizinen, Kirchen, Schulen, Klubs und zahlreiche Wohnhäuser sind niedergebrannt. Auch mehrere Menschen sind in den Flammen umgekommen. Der gesammte Schaden wird auf 10 Millionen Dollars geschätzt.

**New-York,** 27. November. Nach neueren Meldungen über die Feuersbrunst in Lynn sind über 100 Schuhfabriken eingeäschert, gegen 160 Familien obdachlos und mehr als 8000 Personen beschäftigungslos geworden. Der Bürgermeister hat einen Aufruf erlassen, in welchem er besonders sofortige Sendung von Kleidungsstücken erbittet.

# Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

**Zwei Wettende, Skalitzerstr. 44.** 1. Chambregarnisten haben bei den Stadtverordneten-Wahlen das Wahlrecht; Schlafburschen nicht. 2. Das vollendete 24. Lebensjahr.

**Nr. 200. J. W.** Als Entschädigung für Kost und Logis eines Dienstmädchens wird 1,25 M. pro Tag als angemessen zugebilligt.

**G. H. 165.** Sie sind zur nächsten Reichstagswahl nicht wahlberechtigt, weil Sie erst 24 Jahre alt sind. Daß Sie Militärpension beziehen und steuerfrei sind, wäre dagegen kein Hinderungsgrund.

**Fr. Pr.** Verklagen Sie die Dame bei der Gewerbe-Deputation. Sie hat kein Recht, Ihnen den ganzen Lohn zurückzubehalten.

Verantwortlicher Redakteur: R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

# 2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 279. Donnerstag, den 28. November 1889. 6. Jahrg.

## Unternehmerthum und Arbeiter.

III.

Edinburg, den 6. Oktober 1889.

Am Mittwoch, den 2. d. M. suchten wir zunächst in Saltburn on the sea, einem etwa ¾ Stunde Eisenbahnfahrt von Middlesborough reizend gelegenen kleinen Badeort, Mr. Whilwell auf, an den wir empfohlen waren, derselbe befand sich jedoch im Ausland. Leider war auch Mr. Toyn, der Sekretär der miners-association — von den Erzgruben — auf einer Geschäftsreise abwesend. Da derselbe gegen Abend zurück erwartet wurde, so verabredeten wir mit dem zweiten Sekretär Mr. Hobbs eine Zusammenkunft für den Abend in unserem Hotel in Saltburn. Wir fuhren hierauf nach Middlesborough, wo wir eine längere Besprechung mit Mr. Snow dem Sekretär der Hochofenleute hatten. Nachdem wir nach Saltburn zurückgekehrt waren, fand dann am Abend noch die Zusammenkunft mit den Herren Toyn und Lobbs statt.

Am Donnerstag, den 3. Oktober, fuhren wir direkt nach Newcastle und suchten, nachdem wir unsere Sachen im Hotel untergebracht hatten, zunächst den Mr. Reginald Guthrie, Sekretär der mining owners of North Durham (Kohlenindustrie) leider jedoch vergebens auf, da der Herr verreist war.

Von Mr. David Dale waren wir auch bei Dr. Robert Spence Watson, einem Rechtsanwalt, durch Schreiben eingeführt worden. Derselbe hat vielfach als Schiedsrichter in den Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern der Kohlenindustrie gewirkt und genießt, wie wir uns vielfach überzeugt haben, bei beiden Parteien außerordentliches Ansehen. Auch dieser Herr war abwesend; wir hinterließen die Bitte, uns eine Zeit für die Zusammenkunft zu bestimmen und fanden, als wir nach einigen Stunden in unser Hotel zurückkehrten, eine Einladung zum Abendessen, um in dieser Weise ungestört eine Besprechung abhalten zu können.

Hierauf begaben wir uns zu Herrn Reichwald, dem Vertreter der Firma Fr. Krupp in Essen, den wir antrafen, und von dem wir außerordentlich schätzenswerthe Informationen erhielten. Am Nachmittag fuhren wir nach Durham, um Mr. Cranford M. P., den Generalsekretär der Durham miners association zu sprechen, den wir auch antrafen; den Abend verlebten wir bei Dr. Watson, der in einem Vororte von Newcastle wohnt.

Am Freitag, den 4. ds. Mts. hatten wir, unserer vorher getroffenen Verabredung gemäß, zunächst eine längere Unterredung mit Mr. Guthrie, dann suchten wir Mr. Burt M. P., den Generalsekretär der Northumberland miners mutual confident association, auf, an dessen Stelle wir, nicht zu unserem Schaden, die beiden Sekretäre Nixon und Young antrafen, die uns willig alle gewünschte Auskunft gaben. Nach der mit diesen Herren geführten sehr langen Unterredung fuhren wir zu den Schiffsbauern Wigham, Richerson u. Co., Neptun-Works, in Lowalker und von da den Tyne hinunter nach Tynemouth, um wenigstens einen Ueberblick über die gewaltige verschiedenartige Industrie zu erlangen, die hier betrieben wird. In Tynemuth verlebten wir den Abend bei Herrn Reichwald, der uns in freundlichster Weise zum Mittagessen eingeladen hatte.

Sonnabend, den 5. d. M., besuchten wir zunächst Mr. Knight, Generalsekretär der Trades-Unions der Shipbuilders und Boilermakers, eine Organisation, welche die Arbeiter dieser Branchen im ganzen Königreich umfaßt. Sodann besuchten wir den Mr. Wm. Stanley, Sekretär der Tyneside and District Labourer's Association, diejenige der neugebildeten Union der ungelernten Arbeiter auf. Im Laufe des Nachmittags fuhren wir nach Edinburg, wo wir den Sonntag verlebten.

Da die Personen, die wir, wie vorstehend dargelegt, gesehen, in ihrer Lebensstellung, in ihrem Bildungsgrade und demgemäß auch in ihrer Denkungs- und Darstellungsart außerordentlich verschieden von einander waren, so ist es unmöglich, in einer allgemeinen Darstellung die erlangten Eindrücke wiederzugeben.

In zwei Punkten freilich können wir das Gehörte kurz zusammenfassen: erstens wurde ausnahmslos die Wirksamkeit der Trades-Unions und die Art und Weise, in welcher nunmehr die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern auf dem Wege der gegenseitigen Verhandlungen bezw. durch Schiedsrichter beigelegt werden, von beiden Seiten als befriedigend und zuträglich betrachtet. Zweitens wurde uns von den Vertretern der Arbeiter übereinstimmend und anscheinend aus innerster Ueberzeugung die Versicherung gegeben, daß ihre Bestrebungen sich nicht gegen die Arbeitgeber bezw. das Kapital richten. Man wolle nur den, dem Arbeiter zukommenden Antheil am Gewinn haben, im Uebrigen sei man von der Gegenseitigkeit der Interessen voll überzeugt.

Wir hatten es in den Tagen, auf welchen sich dieser Bericht bezieht, vorzugsweise mit den Vertretern der Arbeiter zu thun und dabei Gelegenheit zu den interessantesten Beobachtungen. Alle sind sie wirklich Arbeiter gewesen, die sich selbst, theils unter den schwierigsten Verhältnissen fortgebildet haben, und in ihre leitende, theilweise sehr einflußreiche Stellungen durch ihre Genossen, die Arbeiter ihrer betreffenden Branche, eingesetzt worden sind.

Mr. Snow, der Sekretär der Hochofenleute beispielsweise hat die Schule nur bis zum 8. Lebensjahre besucht; als er sie verließ, konnte er lesen und etwas addiren, aber nur sehr mangelhaft schreiben. Vom 8. Jahre hat er in der Landwirthschaft, dann 4 Jahre in London gearbeitet. Auf die Kunde von dem besseren Verdienst der Grubenarbeiter begab er sich nach Cleveland. Hier hatte er sich durch den Besuch einer Abendschule so fortgebildet, daß er sich bald in Bethätigung der auf Organisation gerichteten Bestrebungen seiner Mitarbeiter ausgezeichnet und vor ca. 6—8 Jahren von den Hochofenarbeitern berufen wurde, als ihr Führer oder, wie es heißt, Sekretär, eine Organisation unter ihnen zu Stande zu bringen.

Diese Aufgabe hat Snow, wie er sagt, ohne auf irgend welchen bösen Willen oder auf Widerstand seitens der Arbeitgeber zu stoßen, erfüllt. Gegenwärtig ist Snow Mitglied des Stadtraths von Middlesborough, in welcher Eigenschaft er uns, mit sichtbarer Befriedigung das wirklich schöne Stadthaus und die in demselben befindliche und von der Stadtbehörde unterhaltene öffentliche Lesehalle und die mehrere tausend Bände enthaltende öffentliche Bibliothek zeigte.

Die Trades-Unions der Hochofenleute richtet ihre Bestrebungen nur auf die Lohnfrage; mit Versicherung der Arbeiter in irgend einer Form beschäftigt sie sich nicht. Mr. Snow meinte in dieser Beziehung, daß die Aufgabe der Trades-Unions darin bestehe, Streiks zu vermeiden, nicht solche hervorzurufen oder zu begünstigen. Sammeln die Trades-Unions aber größere Fonds an, wie solches gewöhnlich mit dem gleichzeitigen Betriebe der Versicherung der Fall sei, so werde die Versuchung Streiks anzufangen vorhanden und es werde dieselbe um so größer sein, als eine Trennung der Fonds, den verschiedenen Zwecken der Versicherung entsprechend, nicht stattfinde, und der allgemeine Fonds daher leicht zu Streikzwecken verwendet werden könne.

Daß Snow gewillt ist, auch die berechtigten Interessen der Arbeitgeber zu achten, ging aus einer seiner Antworten recht schlagend hervor. Von unserer Seite war bemerkt worden, daß die Trades-Unions wohl soviel an Lohn zu erlangen suchen, wie nach Lage der Verhältnisse irgend möglich sei. Lebhaft, fast erregt, wurde dies von Snow mit dem Hinweis darauf bestritten, daß der Unternehmer immer seinen guten Verdienst haben müsse, da er anderen Falles sich zurückziehen und sein Kapital anderswo verwenden würde; dies aber müsse nachtheilig auf den Stand der Arbeit wirken.

Mit der Sozialdemokratie, von welcher er nur unklare Begriffe hatte, wollte Snow nichts gemein haben. Zum Beweise dessen führte er an, daß er jetzt gerade bemüht sei, die Dockarbeiter in Middlesborough im Sinne der Trades-Unions zu organisiren, wesentlich zu dem Zweck, sie nicht in die Hände von Burns fallen zu lassen.

Von Toyn und Hobbs, den Sekretären der Vereinigten Grubenarbeiter in den Eisendistrikten, wurde uns im Wesentlichen nur bestätigt, was wir bisher bereits gehört hatten. Beiden Leuten war der Arbeiter noch vollkommen anzusehen, sie waren aber sehr gut über die für sie maßgebenden Verhältnisse unterrichtet. In Mr. Hobbs, einem älteren Manne, lernten wir einen Idealisten kennen, der seine Aufgabe in der That als Wohlfahrt nach allen Seiten arbeitend, auffaßte. Höchst auffällig war uns bei zufälligem Hinweis auf den Streik in Westfalen die Bemerkung des Mr. Toyn, daß die westfälischen Grubenarbeiter vor Ausbruch des Streiks mit den Grubenarbeitern in England in Beziehung gestanden hatten. Wir wollen jedoch hier gleich bemerken, daß solche Beziehungen von Mr. Crawford, dem Generalsekretär der Grubenarbeiter in dem bedeutendsten Steinkohlenbezirke Englands, in Durham, entschieden in Abrede gestellt wurde.

In Dr. Watson lernten wir einen hochgebildeten, feinen Engländer, einen Gentleman in des Wortes voller Bedeutung kennen. Freilich hat uns die höchst anziehende Unterhaltung und die geistreiche Schilderung der bestehenden Verhältnisse nicht viel thatsächliches, namentlich nicht neues Material gebracht. Dennoch fehlt es nicht an höchst interessanten und erwähnenswerthen Mittheilungen.

So schilderte er u. A. den unter den englischen Arbeitern herrschenden außerordentlichen Bildungsdrang, für welchen er ganz merkwürdige Beispiele anführte. So waren ganz zufällig an einem Abend 8 oder 9 Arbeiter, die sich Rath bei ihm holen wollten, mit 2 Professoren aus Oxford zusammengetroffen, welch' letztere, erstaunt über diese Begegnung, sich anfänglich sehr reservirt verhalten hatten. Zufällig sei die Rede auf ein, erst vor einem Vierteljahr erschienenes staatspolitisches, schnell berühmt gewordenes Werk von Seely gekommen; da stellte sich heraus, daß alle diese Arbeiter das Werk nicht nur gelesen, sondern auch den Inhalt verstanden und über denselben so nachgedacht hatten, daß sich hieran eine etwa dreistündige höchst interessante Unterhaltung über das Werk geknüpft hatte. Das Erstaunen der Herren Professoren schilderte Doktor Watson in drastischer Weise.

Derselbe theilt uns als Beispiel noch einen weiteren Fall mit. Die Arbeiter verschiedener Orte des Bezirks lassen sich auf ihre Kosten im Winter junge Gelehrte kommen, die ihnen Vorlesungen halten müssen, gewöhnlich 12 über einen gewissen Gegenstand. Im vergangenen Winter wurde ein solcher Zyklus von Vorträgen an einem Orte über Geologie gehalten. Da kamen aus einem anderen etwa 5 Meilen (englische) entfernt gelegenen Orte, in welchem die Arbeiter das erforderliche Geld nicht aufzubringen vermocht hatten, regelmäßig 2 Arbeiter, natürlich zu Fuß, zu den Vorlesungen, um am nächsten Abend ihren Kollegen, so gut sie konnten, mitzutheilen, was sie gehört hatten.

In der That scheint, ganz abgesehen von den sehr begabten Führern der Arbeiter, das Bildungsbedürfniß bei den geringeren Klassen des englischen Volkes nicht unbedeutend zu sein, sicherlich wird von diesen Klassen mehr gelesen, als unter gleichen Verhältnissen in Deutschland. Ob aber der Umstand, daß Jedermann hier fast jeden freien Augenblick benutzt, um seine Zeitung zu lesen, der Arbeiter, der Gepäckträger, der Heizer wie der Maschinist auf der augenblicklich stehenden Lokomotive, als ein Zeichen des Bildungsdranges anzusehen ist, erscheint uns doch sehr fraglich. Hier fällt der Umstand wesentlich ins Gewicht, daß, abgesehen von den wenigen großen und führenden politischen Blättern, die meisten englischen Zeitungen fast gänzlich ausgefüllt sind mit Sensations- und Klatschgeschichten und mit bedeutungslosen Lokalberichten. Es ist wohl möglich, daß dieser Stoff das Lesen der Zeitungen so allgemein gemacht hat. Immerhin aber wird der Arbeiter, außer dem unfruchtbaren Stoff in seiner Zeitung doch hin und wieder auch Anderes finden, was geeignet ist, ihn geistig anzuregen und seinen Gesichtskreis zu erweitern.

Selbstverständlich richtete sich das Gespräch auch auf Dr. Watson's Thätigkeit als Schiedsrichter bei Lohnstreitigkeiten, auf welche Thätigkeit das große Ansehen zurückzuführen ist, das der Genannte in den betreffenden Kreisen genießt. Dabei meinte er, daß nur derjenige Schiedsspruch Aussicht habe, von beiden Parteien anerkannt zu werden und den Streik abzuwenden, der in feinfühligster Weise alle bestehenden und für die Gestaltung des Lohnes maßgebenden Umstände berücksichtigt. Dr. Watson vermied es anscheinend absichtlich direkt auszusprechen, daß der Schiedsspruch einfach darauf Rücksicht zu nehmen habe, auf welcher Seite gerade nach der Lage des Marktes und der wirthschaftlichen Verhältnisse, die größere Macht liege; aus seinen umschreibenden Worten ging es jedoch deutlich hervor, daß es thatsächlich so sei.

Auch dieser hochgebildete Mann hatte noch nicht vermocht, sich eine richtige Vorstellung von unserer kontinentalen Sozialdemokratie zu machen. Mit derselben bringt er lediglich das Streben in Verbindung, den Staat zum Eingreifen in die Arbeiterverhältnisse zu veranlassen, ein Streben, welches, wie er zugiebt, auch in England mehr und mehr Boden gewinne. Als wir die Ziele der kontinentalen Sozialdemokratie, und die Mittel, deren sich dieselbe zur Verwirklichung ihrer Absichten bedient, darlegten und unsere Ansicht aussprachen, daß für England die Gefahr des Eindringens solcher Ideen nicht ausgeschlossen sei, riefen wir damit nur ein fast ungläubiges Lächeln und die zuversichtliche Behauptung hervor, daß der Charakter des englischen Volkes diese Gefahr gänzlich ausschließe. In dieser Weise urtheilten noch alle über den Arbeitern stehende Personen, die wir bisher gesprochen haben, und auch die meisten Arbeiterführer selbst.

Es ist uns nicht erinnerlich, ob wir in unserem zweiten Berichte die Bemerkung des Mr. Hugh Bell hervorgehoben haben, daß die Arbeiter früher ausschließlich radikal oder liberal gewählt hätten, daß aber bei den letzten Wahlen viele Arbeiter in das konservative Lager übergegangen seien. Mr. Hugh Bell bezeichnete diesen Vorgang als unerklärlich und Staunen erregend. Dr. Watson führte denselben auf die das Nationalgefühl verletzende Politik Gladstone's in Bezug auf Irland zurück; er meinte aber, daß diese Erscheinung nicht lange vorhalten werde, da die natürlichen Verhältnisse den Arbeiter stets drängen werden, sich der liberalen bezw. radikalen Partei anzuschließen.

Wir können nicht umhin, hier nochmals hervorzuheben, daß der bei Dr. Watson verlebte Abend uns außerordentlich viel Interessantes geboten hat, und daß wir genußreichere Stunden bis dahin in England kaum verlebt hatten.

In dem Generalsekretär der Grubenarbeiter von Nord-Durham, Mr. Crawford, der auch Mitglied des Parlaments ist, fanden wir einen bereits bejahrten Mann, der von der neueren Entwickelung der Trades-Unions an als erfolgreicher Führer thätig ist. Er tritt mit dem unverkennbaren Bewußtsein der Macht auf, die er als Führer von 40 000 Arbeitern besitzt und sein außerordentliches Selbstbewußtsein äußerte sich drastisch in der Art, wie wir von ihm empfangen wurden und wie er sich in der Unterhaltung äußerte. Augenscheinlich war ihm die Begegnung mit uns nicht angenehm und wenn er uns überhaupt Rede stand, so verdankten wir dies nur dem Ansehen und der Achtung, welche Herr David Dale genießt, der uns empfohlen hatte.

Thatsächlich hörten wir auch nicht viel Neues. Crawford schilderte uns die Organisation seiner Union, welche, wie bereits bemerkt, 40000 Mitglieder umfaßt, die sich auf 190 Unterverbände, sogenannte Logen, vertheilen. Die Mitglieder zahlen wöchentlich 3 Pence Beitrag, wofür sie im Falle der Arbeitslosigkeit 10 Sh. wöchentliche Unterstützung erhalten. Wollen die Mitglieder sich auch eine Unterstützung im Falle der Erkrankung sichern, so müssen sie weitere Beiträge zahlen und zwar erwerben sie sich durch 3 Pence mehr ein Krankengeld von 5 Sh. die Woche, durch 6 Pence mehr ein solches von 10 Sh.

Von Juni 1888 bis dahin 1889 hat die Union des Mr. Crawford eine Einnahme von 37 785 Pfd. Strl. 4 Sh. 6 Pence und eine Ausgabe von rund 30 000 Pfd. Sterl. gehabt, sie besitzt einen Bestand von 42 000 Pfd. Sterl.

Mr. Crawford schilderte uns dann noch die uns freilich bereits bekannte Art und Weise, in welcher die Lohn- und andere Streitigkeiten durch Verhandlung mit den Arbeitgebern beigelegt werden.

Die Frage, ob irgend eine Hinneigung zur Sozialdemokratie in unserem Sinne in seiner Union, wie bei den Trades-Unions überhaupt bestehe, verneinte Mr. Crawford mit großer Entschiedenheit. Burns bezeichnete er als einen rabiaten Sozialisten, mit dem er nichts zu thun haben wolle, von dem er auch nicht annehme, daß er sich aufrichtig gemäßigteren Ansichten zuwenden könne.

In Bezug auf die Haltung der Trades-Unions, mindestens derjenigen der Grubenarbeiter, war uns aber doch der folgende Umstand von nicht geringer Bedeutung. Die Trades-Unions der Erz- und Kohlen-Grubenarbeiter in den verschiedenen Landestheilen haben eine durch Delegirte gebildete Vereinigung in „The Miners' National Union of Great Britain." Diese hat für den 8. d. Mts. eine allgemeine Versammlung nach Birmingham einberufen und als 4. Punkt folgendes auf die Tagesordnung gesetzt:

> „Die Repräsentanten der Grubenarbeiter, welche dem jüngsten Arbeiterkongreß in Paris beigewohnt haben, haben den dringenden (strong) Wunsch geäußert, daß ein internationaler Kongreß der Grubenarbeiter in England abgehalten werden möge und in gleicher Weise beschlossen, von der Miners' National Union of Great Britain zu verlangen, daß sie es übernehme, einen solchen Kongreß zu berufen zu einer Zeit und nach einem Ort, der ihr geeignet erscheinen sollte. Der Zentral-Ausschuß der genannten Assoziation, welcher diesen Gegenstand als einen solchen von großer Bedeutung erachtet, hat Herrn W. Crawford, M P. und Herrn Joseph Toyne ernannt, um die Frage vor die Konferenz zu bringen, von dem Gesichtspunkte aus derselben die Sympathie und Unterstützung der Konferenz zu sichern."

In diesem Vorgange, von welchem wir aus einem Papier Kenntniß erhalten, das uns Mr. Crawford mit anderen Papieren übergab, erblicken wir eine, wenn auch vielleicht unbewußte Hinneigung zur internationalen Sozialdemokratie. Wir hatten die Genugthuung später zu hören, daß diese Ansicht, wenn auch nur vereinzelt, auch von Engländern getheilt wird.

Mr. Crawford wurde erst, so zu sagen, zuthunlicher als er uns nach Beendigung der Besprechung in dem Geschäftshause der Union herumführte. Dieses Haus, zu welchen noch verschiedene Nachbargrundstücke gehören, ist nach englischen Verhältnissen sehr geräumig; es enthält die nöthigen, sehr gut eingerichteten Bureauräume, Konferenzzimmer und einen großen Sitzungssaal. An der Front des Hauses ist das lebensgroße Marmorstandbild eines Mannes — Macdonald ist sein Name — angebracht, der bereits vor ca. 50 Jahren für die Organisation der Grubenarbeiter gewirkt hat. Auch in dem Sitzungssaale sind verschiedene, freilich von sehr untergeordneter Künstlerhand angefertigte Marmorbüsten und Portraits von Arbeitern, die sich um die Organisation verdient gemacht haben, angebracht. Kurz alles zeigt, daß die Arbeiterverbindung über große Mittel zu gebieten hat, was auch aus dem Umstande hervorgeht, daß dieselbe jährlich rund 30 000 M. für Formulare und sonstige Drucksachen ausgiebt.

In Bezug auf die äußere Repräsentation leistet aber auch die Vereinigung der Grubenbesitzer wirklich Großartiges. Ihr Vereinshaus, welches wir am folgenden Tage bei dem Besuche des Sekretärs, Herrn Guthrie, kennen lernten, gehört zu den schönsten und größten in Newcastle. Auch dieses enthält schöne Büreauräume, einen Sitzungssaal, einen Saal für Vorlesungen und eine auffallend große Zahl von Konferenzzimmern, in denen die Arbeitgeber und Arbeiter bei den Versammlungen der gemeinsamen Komitee's entweder zusammen oder getrennt Konferenzen und Besprechungen abhalten können. Eine Sehenswürdigkeit ist die große, hochgewölbte Halle, welche die Bibliothek des Vereins enthält.

Auch von Herrn Guthrie haben wir wesentlich Neues nicht in Erfahrung gebracht. In Anbetracht der wichtigen Stellung dieses Mannes als Sekretär der Grubenbesitzer und der Kenntniß der Verhältnisse, die wir bei ihm voraussetzen müssen, erscheint es wohl angebracht, hier nochmals speziell hervorzuheben, daß nach seiner Versicherung die Grubenbesitzer mit dem bestehenden, durch die Trades-Unions geschaffenen Zustande vollkommen einverstanden sind; daß die Befürwortung bezw. Berufung eines internationalen Kongresses der Grubenarbeiter ein erster Schritt zur internationalen Sozialdemokratie sei, wurde auch von Mr. Guthrie zugegeben. Die Grubenbesitzer hätten aber durchaus keine Neigung, auch keine

Veranlassung, sich um solche Sachen zu kümmern, oder sich gar in diese inneren Angelegenheiten der Trades-Unions hineinzumischen.

Bei den Herren Nixon und Young, den Sekretären der „Northumberland miners mutual confident association" — den Generalsekretär Mr. Burt hatten wir, wie bereits gesagt, nicht zu Hause gefunden — mußten wir zunächst selbst eine größere Reihe von Fragen beantworten, aus denen wir erkannten, daß namentlich Mr. Young die Verhältnisse in Deutschland mit großem Interesse verfolgt. Hier, wie bereits in mehreren anderen Fällen, hatten wir Gelegenheit, die anscheinend in England allgemein verbreitete Ansicht zu berichtigen, daß die Führer des Streiks der westfälischen Grubenarbeiter verhaftet worden seien, lediglich weil sie eben den Ausstand geleitet hatten.

In Bezug auf die Sozialdemokratie erklärten beide Sekretäre, entschiedene Gegner derselben zu sein. Mr. Young gab aber unbedingt zu, daß sich die Anhänger der internationalen Sozialdemokratie bereits in den meisten, wenn nicht in allen Trades-Unions befinden, und daß die Zahl derselben im Zunehmen begriffen sei; auch er hielt den geplanten internationalen Kongreß der Grubenarbeiter für ein sozialdemokratisches und demgemäß gefährliches Unternehmen.

Dr. Watson, den wir später noch einmal zu sprechen Gelegenheit hatten und dem wir diese Aeußerung des Mr. Young mittheilten, bezeichnete diesen als einen sehr weitgehenden Pessimisten. Wir wollen die Frage nicht weiter erörtern, ob nicht Dr. Watson mit allen uns bisher bekannt gewordenen Arbeitgebern in Bezug auf die von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren als arge Optimisten bezeichnet werden könnten.

Mr. Young gab uns ein interessantes Bild von der Entwickelung der Assoziation und von den Schwankungen in der Zahl der Mitglieder, welche sich, je nach dem besseren oder schlechteren Gang der Industrie, eingestellt haben.

In Bezug auf die Regelung der Lohnfrage gab er an, daß die Arbeiter durchaus nicht immer den Führern folgen. Dies habe sich namentlich gezeigt, als nach dem großartigen Aufschwunge in den ersten siebziger Jahren der schwere Rückgang eintrat. Sie, die Führer, hatten die Nothwendigkeit erkannt, die von den Grubenbesitzern verlangte Herabsetzung der Löhne anzunehmen. Die Arbeiter aber waren nicht zu überzeugen und die Folge war der verderbliche Streik im Jahre 1876. —

Mr. Young machte uns auch nicht uninteressante Mittheilungen über den augenblicklichen Stand des Durchschnittsverdienstes der Grubenarbeiter in Durham und Northumberland.

Derselbe beträgt:

| | | in Durham | in Northumberland |
|---|---|---|---|
| für Hauer | in 8 stündiger Schicht | 5 sh. 2 d. | 5 sh. 8 d. |
| „ Schlepper | „ 10 „ „ | 4 „ 2½ „ | 4 „ 1 „ |
| „ Pferdetreiber | „ 10 „ „ | 3 „ 6 „ | 3 „ 6 „ |
| „ Schlepper | „ 11 „ „ | 4 „ 7 „ | |
| „ Treiber | „ 11 „ „ | 3 „ 3 „ | |

Die Hauer erhalten außerdem freie Wohnung und freie Kohle.

Für ein Haus ist in ländlicher Gegend im Uebrigen eine Miethe von 5 bis 6 Lstrl. für das Jahr zu zahlen, in den Städten, besonders in Newcastle steigt die Miethe bis 8, selbst auf 11 Pfd. Sterl. Diese Angaben stimmen mit denjenigen überein, die wir von Mr. Guthrie erhalten hatten.

Die Assoziation der Grubenarbeiter von Northumberland betreibt keine Kranken- oder Unfall- und Invalidenversicherung; hierfür besteht eine andere, dem Gebiete der Friendly Societies, angehörende Verbindung, die „Northumberland und Durham permanent relief."

Bisher hatten wir nur das Urtheil von Arbeitgebern gehört, die in einigem Zusammenhange mit der von den Trades-Unions ausgegangenen Bewegung und mit dem ganzen Ausgleichsverfahren bei vorkommenden Streitigkeiten standen; es war uns daher sehr erwünscht von Dr. Watson eine Einführung für die Herren Winham, Richerson u. Co., Eigenthümer der großen Schiffsbauanstalt Neptun Works, zu erhalten, welche soweit wir erfahren konnten, aktiv an der Bewegung wenig oder gar nicht betheiligt sind.

Die Unterhaltung mit Herrn Richerson konnte von uns in deutscher Sprache geführt werden, während er sich der englischen Sprache bediente. Unsere auch hier wieder angebrachte Frage, ob der jetzige Zustand für die englische Industrie günstig sei, bejahte er entschieden. Wir erwiderten hierauf, daß, nach unserer Kenntniß der Sache, die Löhne von den Trades-Unions doch entschieden in die Höhe geschraubt seien, worunter die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie doch unzweifelhaft gelitten haben müsse. Dieser Annahme gegenüber bestritt Mr. Richerson entschieden, daß die Trades-Unions im Stande seien, die Löhne willkürlich zu erhöhen beziehungsweise auf hohem Stande zu erhalten. Bei keiner Klasse seien in neuerer Zeit die Löhne so sehr gestiegen, wie gerade bei den Domestiken beiderlei Geschlechts, welche doch in keiner Weise organisirt seien. Aus diesem Vorkommniß gehe hervor, daß der Lohn sich lediglich nach der Lage des Arbeitsmarktes richte und diesem Gesetze müßten sich auch die Trades-Unions unterwerfen. Im äußersten Falle könne es den Trades-Unions gelingen, einen ihnen günstigen Zustand länger, als es das vorstehende Gesetz eigentlich gestatte, festzuhalten und demgemäß eine ungünstige Wendung länger aufzuhalten.

Mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß diejenigen Industriellen, welche mit den Trades-Unions ihrer Arbeiter zur Regelung der Löhne eine sogenannte gleitende Skala vereinbart haben, verpflichtet seien, den Rechnungsrevisoren der Arbeiter zur Feststellung der Verkaufspreise ihre Bücher vorzulegen, richteten wir an Mr. Richerson die Frage, ob er sich auch dazu verstehen würde. Er antwortete, daß in seiner Industrie keine gleitende Skala bestehe — was uns bekannt war —, daß die Arbeiter eine ähnliche Forderung an ihn noch nicht gestellt hätten, daß er aber durchaus nichts darin finden würde, einer solchen Forderung nachzukommen.

Im Uebrigen machte er uns detaillirte Mittheilungen über die Organisation den Schiffsbau-Arbeiter, die sich später jedoch als nicht ganz zutreffend erwiesen haben; denn die Angaben, die wir am folgenden Tage von Mr. Knight, dem Generalsekretär der United Society of Boilermakers and iron Shipbuilders, erhielten, lauteten in manchen Beziehungen doch anders.

Diese Union umfaßt die sämmtlichen, den erwähnten Kategorien angehörigen Arbeiter, gegenwärtig ca. 33 000, da sich die der Vereinigung angehörenden Arbeiter weigern, mit nicht unirten Leuten zu arbeiten, so stehen nur äußerst wenige und zwar die schlechten, die zu 2 und 3 Mann Beschäftigung auf ganz kleinen Werften oder in Reparaturwerkstätten finden, außerhalb der Vereinigung.

Die gesammte Einnahme der Union betrug im Jahre 1888 84 425 Pfd. Sterl. 15 Sh., an angesammeltem Kapital besaß dieselbe 53 028 Pfd. Sterl.

In der Schiffsindustrie ist die Einführung einer gleitenden Skala zur Regelung der Löhne nicht möglich, weil die Arbeiten vielfach verschieden sind. An die Stelle der Skala hat daher die Union ein System außerordentlich detaillirt ausgearbeiteter Akkordsätze für alle vorkommenden einzelnen Arbeiten mit den Vereinigungen der Arbeitgeber vereinbart, nach welchen der Lohn, je nach den Umständen, prozentweise erhöht oder vermindert wird. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß die vor 4 Jahren auf den niedrigsten Stand herabgedrückten Löhne, die vereinbarten Sätze noch nicht wieder erreicht haben.

Der einheitlichen Organisation der Schiffsbauarbeiter steht eine gleiche Organisation der Arbeitgeber noch nicht gegenüber. Zur Herbeiführung einer solchen soll aber in den nächsten Tagen eine Versammlung der Schiffsbauer stattfinden.

Schließlich hatten wir gestern noch eine außerordentlich interessante Begegnung mit dem Sekretär Wm. Stanley der ganz neugebildeten Trades-Unions der „ungelernten Arbeiter", also der Tagelöhner, Platzarbeiter und der Handlanger der gelernten Arbeiter und Trades-Unionisten. Mr. Stanley hatte augenscheinlich noch bis vor ganz kurzer Zeit gearbeitet; er muß dabei aber auch sehr viel und mit Erfolg studirt haben, denn er kannte die hauptsächlichsten nationalökonomischen Schriftsteller seines Landes und hatte sie, wie seine sehr klaren Ausführungen zeigten, auch verstanden.

Das traurige Schicksal der „ungelernten Arbeiter" hatte ihn zu diesem Studium geführt. Wie er sagte, hätten die gelernten Arbeiter mit Hilfe ihrer Trades-Unions bei allen Lohnerhöhungen Alles für sich in Anspruch genommen, für die theilweise in Lohn bei jenen stehenden ungelernten Arbeiter wäre nichts abgefallen. In besonders flotten Geschäftszeiten, wie gegenwärtig, habe sich bei steigenden Lebensmittelpreisen die Lage der ungelernten Arbeiter sogar verschlechtert. Das habe ihm Veranlassung zur Bildung einer Trades-Unions der „ungelernten Arbeiter" gegeben, welcher sich bereits etwa 12 000 Arbeiter im Distrikt angeschlossen hätten, auch seien bereits recht erfreuliche Erfolge erzielt worden.

Der Mann war von seiner Sache begeistert und augenscheinlich ein geübter Volksredner, denn er sprach zu uns, wie von der Rednertribüne.

Unsere Frage, ob seine Organisation im Zusammenhange stehe mit dem Streben des Leiters beim Londoner Dockarbeiter-Streik, die ungelernten Arbeiter im ganzen Königreich im sozialdemokratischen Sinne zu organisiren, verneinte er entschieden. Er schilderte uns in vollkommen zutreffender Weise die Ziele der internationalen Sozialdemokratie — zum ersten Male hörten wir das von einem Engländer —, versicherte uns aber, daß, wenn die sozialdemokratischen Lehren auch früher anziehend für ihn gewesen seien, sein Studium ihn doch dahin geführt habe, sich von der Sozialdemokratie abzuwenden. Jetzt erkenne er, daß Kapital und Arbeit zusammengehören, daß es unrecht sei, die Arbeitgeber und das Kapital anzugreifen.

Diese Versicherungen waren zwar von einem Arbeiter gut vorgetragen, sie kamen uns aber doch ziemlich verdächtig vor, denn mit anderen Papieren wurde uns auch eine kleine Wochenschrift „The Labour Elector" übergeben, welche an der Spitze eine Sentenz von Karl Marx trug und das Porträt und die Lebensbeschreibung von Benjamin Tillet, dem zweiten Führer im Londoner Streik brachte; Porträt und Lebensbeschreibung von Burns war für die nächste Nummer angemeldet. Wir waren nicht im Stande, den Widerspruch aufzuklären, da wir die Entdeckungen bezüglich der Wochenschrift erst im Koupee auf dem Wege nach Edinburg machten. Es wäre aber nicht unmöglich, daß sich unter der Leitung eines sehr geschickten Mannes hier eine kräftige sozialdemokratische Vereinigung unter den Augen derjenigen Männer gebildet hat, die das Eindringen der Sozialdemokratie für unmöglich erachten.

Wir haben bisher nur günstige Urtheile über die Thätigkeit der Trades-Unions zu berichten gehabt; den heutigen Bericht wollen wir mit dem ganz entgegengesetzten Urtheile des Vertreters der Firma Fr. Krupp, Herrn Reichwald, schließen. Derselbe ist seit langen Jahren und in umfangreicher Weise als Geschäftsmann in England thätig und nach dem Eindruck, den er macht, muß er wohl im Stande sein, scharf zu beobachten und richtige Schlüsse aus dem Beobachteten zu ziehen.

Herr Reichwald behauptet, daß die Trades Unions und deren Treiben der englischen Industrie entschieden Schaden zugefügt haben, indem sie derselben die Konkurrenz in und mit dem Auslande erschwert haben. Ohne diese Erschwerung würde es namentlich der deutschen Industrie nicht gelungen sein, gegen die englische Industrie aufzukommen, ja einen recht erheblichen Absatz auf dem englischen Markt selbst zu finden.

Dies Vordringen Deutschlands werde von den englischen Geschäftsleuten mit äußerst scheelen Blicken angesehen. Daher sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß man die Trades-Unions und ihr ganzes Gebahren so herausstreichen, um Deutschland zu veranlassen, ähnliche Einrichtungen auch bei sich einzuführen. In diesem Schritte aber würde Herr Reichwald einen außerordentlichen Nachtheil für die deutsche Industrie erblicken. Die Trades-Unions oder ähnliche Einrichtungen, die geeignet sind, die Stellung der Arbeiter immer machtvoller zu gestalten, würden auch in Deutschland wesentlich zur Steigerung der Löhne beitragen, damit die deutsche Industrie konkurrenzunfähig machen, sodaß sie die schwer erworbenen Positionen wieder aufgeben müßte.

Aus diesen Gründen warnte Herr Reichwald aufs Nachdrücklichste vor der Uebertragung der Trades-Unions oder ähnlicher Verhältnisse auf Deutschland, wenigstens solle man bestrebt sein, sich so lange wie möglich vor denselben zu bewahren.

Bei diesen Auseinandersetzungen fielen uns die Worte ein, welche uns Mr. Hugh Bell nachrief, als wir uns von ihm verabschiedeten; er meinte, es würde höchst wünschenswerth sein, wenn die Löhne in Deutschland recht bald die Höhe der englischen Löhne erreichen möchten.

gez. Dr. Beumer. gez. H. A. Bueck. gez. Caron.
gez. Möller.

---

# Versammlungen.

**Die allgemeine Stuhlarbeiter-Vereinigung** hielt am Montag Abend unter dem Vorsitz des Herrn Lehmann, Weinstraße 11, eine stark besuchte Versammlung ab. Man hörte einen Vortrag des Herrn Paul Wagner über den „achtstündigen Maximalarbeitstag". Die Verkürzung der Arbeitszeit an sich bezeichnete der Referent als eine nothwendige Konsequenz des seinerzeit vom Fürsten Bismarck im Reichstage anerkannten Rechts auf Arbeit. Die Arbeit sei aber auch eine Pflicht, von welcher nur entbunden sei, wer von der Arbeit anderer lebe. Wer sich in dieser glücklichen Lage nicht befinde, trotzdem aber nicht arbeite und infolge dessen unterstandslos sei, werde zur Zwangsarbeit in die Korrektionshäuser gesteckt. Diese Schmach sei für die davon Betroffenen umso größer, da sie an ihrer Unterstandslosigkeit völlig schuldlos wären; sie könnten daher verlangen, daß ihnen in der „Freiheit" Arbeit in ausreichendem Maße zu Theil werde. Redner untersucht nun, ob bei 8 stündiger Arbeitszeit das Volk seine Bedürfnisse einschränken müßte und kommt zu dem Schluß, daß dies nicht der Fall wäre, da der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehende Ausfall an der Produktion durch größere Intensität der Arbeit, technische Verbesserungen und Hineinziehung der jetzt gezwungenermaßen Feiernden in den Produktionsprozeß reichlich Deckung finden würde. Doch selbst wenn dies nicht eintrete, die Arbeiter aber dennoch den achtstündigen Arbeitstag verlangten, läge kein Grund zur Ablehnung dieser Forderung vor. Denn die Arbeiter, als die Schlechtestgestellten, hätten am meisten unter der Verminderung der Produktion zu leiden, auch wenn sie, als der weitaus größte Theil des Volkes damit einverstanden wären, müßten es die anderen Bevölkerungsklassen erst recht sein, umsomehr, da viele von ihnen, so verschiedene Beamtenkategorien, sich seit langem einer noch kürzeren Arbeitszeit erfreuten. Der Redner geht hierauf zur Untersuchung der Wirkungen über, die die Verkürzung der Arbeitszeit auf das Kapital ausüben würde und findet, daß diese nur günstige sein könnten. Heut würden die geschäftlichen Aufträge so weit wie möglich hinausgeschoben, weil die Auftraggeber wüßten, daß der Unternehmer nöthigenfalls die Arbeitszeit verlängern, wodurch die Aufträge doch ihre Erledigung fänden. Auf diese Weise werde die Saison immer kürzer und die Krise immer länger. Da aber der Lohn in der Krise immer mehr sinke, als er in der Saison steige, müsse das Arbeitereinkommen von Jahr zu Jahr geringer werden, ein Vorgang, der dem Arbeiter die Ueberwindung der Krisen immer schwieriger mache. Also gerade, wenn diese Krise am längsten, sei der Arbeiter am wenigsten widerstandsfähig. Da aber die Arbeiter nicht verhungern wollen, würden sie zu einem verzweifelten Schritt getrieben werden, entweder sie vergreifen sich an den Maschinen, als den vermeintlichen Urhebern ihrer Nothlage, und bereiten eine kleinbürgerliche Produktionsweise in zweiter Auflage vor, die sich dann allmählig wieder zur Großproduktion auswächst, so daß man nach fünfzig Jahren vor demselben Dilemma steht. — oder sie schonen die Maschinen, erklären sie einfach als ihr Eigenthum und nehmen die Leitung der Produktion in ihre Hände. Dieses gewaltsame Ende der kapitalistischen Produktionsweise würde aber selbstverständlich früher eintreten, als andernfalls das natürliche. Letzteres könne aber durch eine mit der Zunahme der Produktion Hand in Hand gehende Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden, wodurch der Kapitalismus zur höchsten Entwickelung gelangen, alsdann aber auf natürliche Weise absterben würde. Redner zeigt dies an einem recht einfachen Beispiel. Da die Zahl der Kapitalisten sich immer mehr verringert, sei anzunehmen, daß die gesammte Produktion eines Landes, bei ungestörter Entwickelung, einst in den Händen eines einzigen Mannes sich befinden werde. Dann sei der Tod der kapitalistischen Produktionsweise nahe. Wenn beispielsweise der Staat aus einem Unternehmer und hundert Arbeitern bestände, diese hundert Arbeiter täglich 100 Thaler verdienten und der Unternehmer ebenso viel, würde die gesammte Produktion eines Tages 200 Thlr. kosten. Würden die verdienten 200 Thaler voll ausgegeben, so könnten Konsumtion und Produktion bis in alle Ewigkeit sich die Wage halten. Allein dies geschieht nicht. Die Arbeiter geben wohl ihre 100 Thaler aus, der Unternehmer von den seinen aber vielleicht nur 50. Es muß also nothwendig ein Viertel der Produkte übrig bleiben. Weder durch Reduzirung der Arbeitszeit und der Arbeiterzahl, noch der Arbeitslöhne sei dies zu vermeiden, denn durch jene Maßnahmen würde das Arbeitereinkommen reduzirt, folglich auch die Kaufkraft der Arbeiter, das Uebel also noch verschlimmert. Der Unternehmer würde also gezwungen, gleich den Arbeitern sein Einkommen voll und ganz auszugeben, entweder durch den Kauf von Konsumartikeln über seinen Bedarf hinaus, oder durch Erhöhung der Arbeitslöhne in dem Maße, daß sein Profit zur Unterhaltung seines Hauswesens gerade hinreichte. Dann hätte aber die Produktion für ihn keinen Zweck mehr, denn er „arbeitet" mehr um Kapital zu bilden, als um seinen Unterhalt zu „verdienen". Er würde dann den Arbeitern die Produktionsmittel zur freien Verfügung überlassen. Das wäre das natürliche Ende der kapitalistischen Produktionsweise, — das aber viel später eintreten würde, als das willkürlich herbeigeführte. Die Verkürzung der Arbeitszeit wäre also ein „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Kapitalismus" und der Regierung, die ja gemeingefährliche Bestrebungen energisch bekämpft, warm zu empfehlen. Die Wirkung der verkürzten Arbeitszeit auf die ökonomische Lage der Arbeiter bezeichnet Redner ebenfalls als günstig, denn sie würde nach seiner Meinung die Profitrate beständig herabsetzen, die Lohnrate aber erhöhen, mithin Konsumtion und Produktion heben und somit auch den Unternehmer durch erhöhten Absatz für den Ausfall entschädigen. Dies Alles wäre aber zum Nutzen des gesammten Staates. Die Verkürzung der Arbeitszeit würde auch den Gesundheitszustand der arbeitenden Klassen heben. Auch dies wäre von ökonomischem Nutzen, denn ein großer Theil dessen, was heut in die Apotheke getragen werde, würde für Konsumartikel anderer Art ausgegeben werden. Im gesunden Körper wohne aber auch gesunder Geist. Das arbeitende Volk, einmal eingetreten in das ihm bis vor kurzem noch unbekannte Reich der Bildung, werde immer weiter darin vordringen und damit immer menschlicher werden. Der Egoismus, durch die Einschränkung der kapitalistischen Macht ohnedies eingeengt, würde der Humanität, der reinsten Menschenliebe allmälig Platz machen. Damit würden die „Engel" vorbereitet, die nach Ansicht mancher Leute nöthig seien für die zukünftige Gesellschaftsordnung. Das Wort des verstorbenen Dr. Duncker: „Die Menschheit lieb', sie lieb' im Dulden" ꝛc., würde immer mehr Arbeiterherzen erobern. Daß der Arbeiter in den Stand gesetzt werde, sich immer mehr zu bilden, liege auch ganz im Interesse der Staatsverwaltung. Denn wenn an dem bestehenden Staat alles so gut sei, wie es den Arbeitern tagtäglich gesagt werde, so würden dies die Arbeiter, wenn sie gebildet wären, doch sehr wohl erkennen und ohne Zweifel zu Stützen dieses Staates werden. Sollte aber der Arbeiter entdecken, daß „etwas faul ist im Staate Dänemark", so würde er den Ursachen jener Fäulniß auf den Grund kommen und Mittel zu ihrer Beseitigung finden. Wenn er also ohne Brille etwas sehen sollte, was die Herren Geheimräthe durch die Brille nicht wahrnehmen, so wäre er auch hier eine Stütze, ja der Retter des Staates. Selbstverständlich sei es, daß man ihm dann als den „Scharfsichtigeren" auch die Leitung des Staates anvertrauen müßte. Dafür wäre er dann um so mehr geeignet, da er seiner umfangreichen theoretischen Bildung auch die Erfahrung der industriellen Arbeit, der Grundstütze des Staates, in sich vereinigte. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei also im Stande, den Staat zu erhalten, resp. zu fördern: Ruhe und Frieden, Humanität, materiellen und geistigen Genuß, also die gesammte Kultur. Und wer sich jener Maßregel entgegenstelle, sei ein Feind des Friedens, ein Feind der Menschheit, ein Feind der Kultur. Er sei kein Staatsbürger, sondern ein Staatsw . . . . . Die Diskussion bewegte sich fast ausschließlich im Sinne des Referats und gelangte schließlich eine dementsprechende Resolution zur Annahme.

---

# Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

**50. P. J. G.** 1) Rückständiges Arbeitslohn, welches in einer Fabrikspartkasse untergebracht ist, kann stets vom Gläubiger auf Grund eines vollstreckbaren Urtheils gepfändet werden. 2) Der Gerichtsvollzieher muß einen Arbeits- und einen Sonntagsanzug, sowie einen Ueberzieher als unentbehrlich dem Schuldner belassen.

**J. C., Admiralstr.** 1) Nach der mitgetheilten Statutenbestimmung bildet das Sterbegeld ein eigenes Recht der Wittwe, auch wenn diese der Erbschaft entsagt. Die Klage der Kinder würden wir für aussichtslos halten. 2) Wir kennen den näheren Sachverhalt nicht und können daher nicht beurtheilen, ob der Verein Berliner Volksbäder verpflichtet war, den Verstorbenen zur Krankenkasse anzumelden. Ist die nach dem Gesetz erforderlich gewesene Anmeldung von dem hierzu Verpflichteten unterlassen worden, so ist derselbe schadenersatzpflichtig.

**Alter Abonnent.** Sie sind nicht zur Unterhaltung eines voreheliches Kindes Ihrer Frau verpflichtet; es dürfen daher auch Ihnen gehörige Sachen nicht wegen einer Forderung der Armenverwaltung gepfändet werden. Geschieht dies dennoch, so können Sie dagegen Interventionsklage erheben, müssen aber zuvor die Armenverwaltung unter Mittheilung des Sachverhaltes zur Freigabe auffordern.

**F. F.** Die Frau muß 6 Prozent Miethssteuer zahlen.

Verantwortlicher Redakteur: B. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Eading Berlin SW., Beuthstraße 2.